



2020

FUNDAMENTE

MEILENSTEINE DER REPUBLIK

A SOLID BASIS TO BUILD ON
MILESTONES OF THE REPUBLIC

25
Österreich in der Europäischen Union
Austria in the European Union

75
Zweite Republik
Second Republic

100
Bundesverfassung
National Constitution

REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

GEZITEN IK

THE SECOND REPUBLIC IS BORN

...





Wie in den vergangenen Jahren präsentierte das österreichische Parlament im Jubiläumsjahr 2020 mehrere künstlerische Installationen am Heldenplatz: dieses Jahr zu den Schwerpunkten 25 Jahre Österreich in der EU, 75 Jahre Zweite Republik und 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz.

Jahresbericht des Nationalrates 2020





Inhalt

VORWORT DES NATIONALRATSPRÄSIDENTEN

Wolfgang Sobotka | Belastbarer Parlamentarismus in Krisenzeiten 8

Doris Bures | Prüfungen für Freiheit und Demokratie 10

Norbert Hofer | 2020 – Ein Jahr für die Geschichtsbücher 12

Die Klubobleute über das Jahr 2020..... 14

FUNDAMENTE – MEILENSTEINE DER REPUBLIK..... 16

TRANSPARENZ UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT 24

COVID-19-Pandemie bestimmt parlamentarisches Geschehen 26

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG 34

PARLAMETARISCHE KONTROLLE 42

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss 44

Volksanwaltschaft – Überblick über ein bewegtes Jahr 46

Tätigkeit des Rechnungshofes im Jahr 2020 48

Anwältin der Soldatinnen und Soldaten..... 50

GEDENKEN – DAS PARLAMENT ALS ORT DER ERINNERUNG... 52

Ein Verantwortung tragendes Haus mit Geschichte..... 54

PARLAMENT INTERNATIONAL..... 62

Besuche und Reisen 64

Neue Ausstellung zeitgenössischer Kunst im Parlament 80

Margaretha Lupac-Stiftung: Demokratiepreis 2020 82

SANIERUNG..... 84

Kraftakt und Feinarbeit im Jahr der Krise 85

Tonnenschwere Eleganz krönt den neuen Saal 87

Nationalrat 2020 in Zahlen..... 90

Service und Information | Angebote des Parlaments..... 94

Bildnachweis | Impressum 97

Belastbarer Parlamentarismus in Krisenzeiten

Die Corona-Pandemie forderte vor allem am Beginn des Jahres unser demokratisches System. Das Parlament war stets flexibel, handlungsfähig und lösungsorientiert, wovon wir bis weit über die COVID-19-Krise hinaus profitieren werden.

Wolfgang Sobotka | Präsident des Nationalrates

Das Jahr 2020 war geprägt von einem Thema: der Corona-Pandemie. Sie zwang uns, unser Leben, unsere Gewohnheiten und auch unsere Freiheiten einzuschränken, zu überdenken und einer für uns alle neuen und sehr herausfordernden Situation anzupassen. Das österreichische Parlament, als gesetzgebende Kraft dieses Landes, hatte im vergangenen Jahr daher ein noch nie dagewesenes Pensum an Ausschuss- und Plenarsitzungen zu absolvieren. Die Maßnahmen mussten dabei immer wieder zeitnah an neue Erkenntnisse, neue Situationseinschätzungen der Expertinnen und Experten und das teilweise nur unklar vorhersehbare Infektionsgeschehen angepasst werden. Es war eine Ausnahmesituation, in der der Parlamentarismus in Österreich eindrucksvoll bewiesen hat, dass er zu jeder Zeit ein starkes und stabiles Fundament unserer Demokratie ist.

Die Pandemie wird uns auch in diesem Jahr weiter beschäftigen. Neu ist aber sicherlich, dass wir nun auf Erfahrungen und Lehren der vergangenen Monate zurückgreifen können. Das Hohe Haus stellte unter Beweis, wie rasch und dennoch sorgfältig Gesetze und Verordnungen in Krisenzeiten beschlossen werden können und wie belastbar und gefestigt unser Parlamentarismus in Österreich ist. Neben der umfassenden Gesetzgebungsfunktion des Hauses wurde aber auch großer Wert darauf gelegt, dass das Parlament in dieser schweren Krise ein offenes Haus für die Bürgerinnen und Bürger bleibt. So wurden noch im Frühjahr virtuelle Angebote auf breiter Basis ausgebaut und zusätzliche Formate neu etabliert. Heute können beispielsweise Führungen und Workshops der Demokratiewerkstatt wie selbstverständlich virtuell stattfinden. Auch der Tag der offenen Tür konnte auf diesem Wege realisiert werden.

Mit gleich drei Ausstellungen wurde 2020 der Heldenplatz bespielt. Sie beschäftigten sich mit den Schwerpunkten 25 Jahre Österreich in der

Europäischen Union, 75 Jahre Zweite Republik und 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz. Auch die vielfältigen internationalen Kontakte wurden umgestellt und wichtige Termine und Abstimmungsgespräche in Form von Videokonferenzen abgehalten. Die Weltkonferenz der Interparlamentarischen Union, die im August 2020 in Wien hätte stattfinden sollen, wurde ebenso zu einem virtuellen Ereignis. Die Durchführung der Weltkonferenz als Präsenzveranstaltung in Wien ist nun für September 2021 – eine positive Entwicklung der Pandemie vorausgesetzt – in Aussicht genommen.

„Es war eine Ausnahmesituation, in der der Parlamentarismus in Österreich eindrucksvoll bewiesen hat, dass er zu jeder Zeit ein starkes und stabiles Fundament unserer Demokratie ist.“

Wolfgang Sobotka

Trotzdem vermögen alle diese Formate und Behelfe den persönlichen Kontakt, das Gespräch und die gemeinsam verbrachte Zeit nicht zu ersetzen. Es wird für das Haus, für uns alle, eine große Freude sein, wenn wieder Gäste vor Ort in einem sicheren Rahmen begrüßt werden können, Jugendliche wieder die Demokratiewerkstatt beleben und auch poli-



tische Zusammentreffen neuerlich auf persönlicher Ebene stattfinden können.

2020 war auch das Jahr, in dem der Terror Österreich erreicht hat. Das, wovor viele Menschen schon seit vielen Jahren eindrücklich gewarnt hatten und das wir bisher nur von unseren europäischen Nachbarn kannten, wurde am 2. November schreckliche und grausame Realität. Ein irregeleiteter Attentäter erschoss in der Wiener Innenstadt mehrere völlig unschuldige Menschen, sie wurden skrupellos mitten aus ihrem Leben gerissen. Unser Gedenken gilt den Opfern, ihren Familien und Freunden.

Am Beginn des neuen Jahres sollten wir nun hoffnungsvoll und positiv in die Zukunft blicken. Die ersten Impfdosen zur Bekämpfung der Pandemie sind in Österreich angekommen und wurden den besonders vulnerablen Gruppen teilweise bereits verabreicht. Wir gehen gemeinsam in ein Jahr, in dem wir hoffen, zu einer Normalität, wie wir sie vor dem März 2020 kannten, zurückkehren zu können.

Ich freue mich, als Präsident des Nationalrates meinen Beitrag leisten zu können, und danke ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen in der Präsidiale sowie allen Mandatarinnen und Mandataren unseres Hauses für die gemeinsame und stets konstruktive Arbeit in dieser für uns alle herausfordernden Zeit. Blicken wir jetzt gemeinsam in ein neues Jahr 2021, in dem wir hoffentlich wieder zu gewohnten Abläufen zurückkehren und gleichzeitig jene Erfahrungen aus der Krisenzeit mitnehmen, die uns auch künftig von Nutzen sein können.

Prüfungen für Freiheit und Demokratie

Das abgelaufene Jahr gehört sicherlich zu den in vielerlei Hinsicht einzigartigen Episoden der österreichischen Parlamentsgeschichte. Die COVID-19-Pandemie drückte auch dem Hohen Haus ganz entschieden seinen prägenden Stempel auf.

Doris Bures | Zweite Präsidentin des Nationalrates

Gerade in der größten Gesundheitskrise der Zweiten Republik war und ist es von entscheidender Bedeutung, rasch die zur Bekämpfung der Pandemie nötigen Maßnahmen auf eine breite politische Basis zu stellen und damit entsprechende Rechtssicherheit zu schaffen. Doch auch unter den erschwerten Bedingungen dieser Pandemie zeigte das Parlament – als Herzkammer der Demokratie – seine ungebrochene Arbeits- und Funktionsfähigkeit.

Die Pandemie bedeutet immerhin einen noch nie da gewesenen Eingriff in die persönlichen Grund- und Freiheitsrechte, weshalb die Einbindung des Hauptausschusses in die Erlassung von bestimmten Verordnungen ein wesentliches Instrument parlamentarischer Mitsprache und Kontrolle darstellt. Und auch die wichtige parlamentarische Kontrolltätigkeit durch den Untersuchungsausschuss betreffend die mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung wurde professionell weitergeführt. Auch die pandemiebedingten Wirtschaftshilfen, die über die Cofag vergeben werden, sollten durch einen entsprechenden Unterausschuss parlamentarisch effizient kontrolliert werden.

APPLAUS FÜR „MUTMACHERINNEN“

Die Corona-Krise hatte abseits der parlamentarischen Kernaufgaben auch große Auswirkungen auf beliebte Traditionen des Parlaments. Veranstaltungen konnten, wenn überhaupt, nur in sehr limitierter Art und unter Einhaltung größter Sicherheits- und Hygienebestimmungen stattfinden. Als seit 2002 aktive Pink-Ribbon-Botschafterin war es mir gerade in diesem schwierigen Jahr ein besonderes Anliegen, am 1. Oktober anlässlich des Weltbrustkrebstags in Kooperation mit der Österreichischen Krebshilfe zur Präsentation des Buchs „Mutmacherinnen – Dem Krebs ein Lächeln entgegenhalten“ einzuladen und einmal mehr ein Zeichen zur Bewusstseinsbildung für Vorsorge und Achtsamkeit im Umgang mit

Frauengesundheit zu setzen. Zwölf Patientinnen schildern darin auf schonungslose und sehr berührende Art und Weise, wie sie persönlich mit der Diagnose Brustkrebs umgegangen sind. Die Texte der Schriftstellerin Jula Rabinowich und Aufnahmen der Fotografin Sabine Hauswirth runden dieses Werk ab. Meine Bewunderung und all mein Respekt gelten diesen zwölf mutigen Frauen und deren ungebrochenem Lebenswillen.

Eine Premiere erlebten wir wenige Wochen später. Der Tag der offenen Tür am Nationalfeiertag, dem 26. Oktober 2020, wurde erstmals bloß virtuell abgehalten und eröffnete den Bürgerinnen und Bürgern einen ausschließlich virtuellen Besuch im Demokratiequartier. Kurz danach, konkret am 2. November, wurde das Land von einem blutigen Terroranschlag im Herzen der Bundeshauptstadt erschüttert.

BLUTIGER TERROR IN WIEN

Aus diesem Anlass war es nötig, klar und geschlossen zu signalisieren, dass sich unser Land von Terror keinesfalls einschüchtern lässt, denn Österreich ist eine starke Republik, die auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität fußt. Unsere liberale parlamentarische Demokratie lässt sich von feigen Mördern, die unschuldige Menschen öffentlich hinrichten, nicht erschüttern. Wir weichen vor diesem blutigen Terroranschlag auf Wien keinen Millimeter zurück! Niemals dürfen unsere demokratischen Werte ins Wanken gebracht werden, denn das ist das Ziel der Terroristen – demokratische Gesellschaften zu destabilisieren und sie ihre eigenen Werte, etwa über die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten aus vorgeblichen Sicherheitserwägungen, verraten zu lassen.

Auch der im BVT-Untersuchungsausschuss geortete Reformbedarf im Sicherheitsapparat wurde

angesichts des Terroranschlags auf traurige Art und Weise dramatisch vor Augen geführt.

KULTUR UND KONTROVERSE

Bei der Eröffnungsrede zum diesjährigen Brucknerfestival in Linz am 13. September war das Thema der Kontroverse Leitmotiv dieser Kulturveranstaltung, die damals noch unter spezifischen Corona-bedingungen stattfinden konnte. So hielt ich entsprechend fest: „In Kunst und Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung hat die Kontroverse ein großes kreatives Potenzial. Einzig in gesellschaftspolitischen Debatten scheint die Kontroverse immer mehr aus der Mode zu fallen. Immer enger werden unsere sozialen Kreise und das Umfeld,

ben und mit eingeübten Reflexen verdrängt werden. Hinzu kommt ein neuer Zeitgeist: Haltungen werden zunehmend durch Narrative ersetzt. Der politische Diskurs wird als lähmender Streit diffamiert. Aus Argumenten werden Messages – im besten Fall noch kontrollierbar. Und der demokratiepolitische Wert einer öffentlichen Kontroverse wird für Umfragewerte geopfert.

Als Demokratin und Parlamentarierin erfüllt mich diese Entwicklung mit Sorge, weil wir dadurch auch den Respekt für unser Gegenüber verlieren. Heinrich Mann hat einmal gesagt: ‚Die Demokratie ist im Grunde die Anerkennung dafür, dass wir alle füreinander verantwortlich sind.‘ Und der Philosoph Karl

Popper beschreibt seine Denkrichtung des kritischen Rationalismus als Lebenseinstellung, eine Einstellung – und ich zitiere –: ‚die zugibt, dass ich mich irren kann, dass du recht haben kannst und dass wir zusammen vielleicht der Wahrheit auf die Spur kommen‘. Die Kontroverse also als Motor in eine bessere Welt... Dieses Bemühen aufzugeben und nur mehr die zu hören, die am lautesten sind, nur mehr die zu sehen, die neben uns stehen, und kaum mehr Mitgefühl für andere aufzubringen – das gefährdet unseren gesellschaftlichen Konsens und Zusammenhalt. Nicht abrupt, doch wie in einer Sanduhr: Korn für Korn.“

Unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger haben im vergangenen Jahr viele Prüfungen bestehen müssen, und auch das Parlament leistete seine Beiträge, um zur Bewältigung dieser gewaltigen Krise samt ihrer lange anhaltenden Folgewirkungen beizutragen. Wichtig war dabei, dass bei allem gesellschaftlichen Stress die demokratischen Regeln und Prozesse des Parlamentarismus vital aufrechterhalten werden konnten. Für die engagierten Leistungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlaments wie auch der Parlamentsklubs in diesen herausfor-

dernden Krisenzeiten möchte ich mich ganz herzlich und aufrichtig bedanken.

*Wir wollen zwar etwas hören, aber hören nicht mehr zu.
Wir wollen zwar etwas sehen, aber schauen nicht mehr genau hin.
Wir wollen zwar etwas spüren, aber fühlen nicht mehr mit.*

in dem wir uns bewegen. Immer selektiver werden die Meinungen und damit immer kleiner die Lebensrealitäten, die wir wahrnehmen.

Viel bequemer und sicherer scheint es doch, sich in den gewohnten kommunikativen Blasen einzurichten und zu bewegen. Unangenehme Widersprüchlichkeiten können kommod beiseitegescho-



2020 – Ein Jahr für die Geschichtsbücher

Norbert Hofer | Dritter Präsident des Nationalrates

Als das Jahr 2020 begann, berichteten Medien über ein Virus, das gerade in der Region Wuhan sein Unwesen trieb. Das Coronavirus war in China, es war weit weg. Niemand ahnte in den ersten Tagen des neuen Jahres, dass dieses Virus das gesamte Leben in unserem Land auf den Kopf stellen würde. Mit jedem Tag mehr kam auch das Virus näher – ehe es Ende Februar 2020 dann endgültig auch in Österreich angekommen war. Tirol meldet am 25. Februar 2020 die ersten beiden COVID-19-Fälle. Zur gleichen Zeit wird ein Anwalt in Wien mit einer Sars-Cov-2-Infektion in einem Krankenhaus behandelt. In den nächsten Tagen und Wochen sind auch die heimischen Medien voll mit Berichten von neuen Infektionen mit dem Coronavirus – und diese Berichte sollten uns das ganze Jahr hindurch begleiten. Bis zum März 2020 war es für uns alle denkunmöglich, dass Geschäfte, Restaurants, Hotels, Schulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen von heute auf morgen einfach für mehrere Wochen zusperren, dass es von einem Tag auf den anderen nicht mehr gewünscht ist, jemanden mit Händedruck zu begrüßen, oder dass der Mund-Nasen-Schutz in unserem Alltag plötzlich so alltäglich wird wie der Schlüssel für die eigene Wohnung.

Das Coronavirus hatte und hat auch die Arbeit im österreichischen Parlament beeinflusst und verändert. Wie in vielen Firmen wurde auch im Hohen Haus auf Heimarbeit umgestellt. Trotzdem musste ein Weg gefunden werden, wie das Parlament, das Herzstück der Demokratie, weiter schlagen kann. Hier galt es, zwei Bereiche erfolgreich unter einen Hut zu bringen. Die diversen notwendig geworde-



nen gesetzlichen Maßnahmen in der Bekämpfung der Pandemie in Österreich bedeuteten für das Hohe Haus eine Mehrbelastung im Vergleich zu einem normalen Parlamentsjahr. Im Kalenderjahr 2020 wurden nicht weniger als 64 Plenarsitzungen abgehalten – dazu kommen noch Hunderte Ausschuss-, Unterausschuss- und Präsidialsitzungen. Das Arbeitspensum für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlaments war in diesem Jahr besonders hoch und musste unter erschwerten Bedingungen erbracht werden: Viele mussten neben dem Job noch die Betreuung ihrer Kinder organisieren oder beim Fernunterricht unterstützen. Die Leistung, die heuer im Hohen Haus von allen Kolleginnen und Kollegen erbracht wurde, war außergewöhnlich, wofür ich mich sehr herz-



lich bedanken möchte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bewiesen, dass das Parlament auch unter schwierigsten Umständen funktioniert und damit die Demokratie in Österreich am Laufen gehalten werden konnte.

Im Jahr 2020, genau am 1. Oktober, feierte die österreichische Bundesverfassung ihren 100. Geburtstag. Sie stammt aus der Feder des Rechtsphilosophen und Staatsrechtlers Hans Kelsen. Diese Bundesverfassung ist das Fundament, auf dem die Republik Österreich aufgebaut wurde. In ihr ist nicht nur das Prinzip der Demokratie festgeschrieben, sondern auch das Prinzip des Rechtsstaats. Die Verfassung wurde in der jungen Vergangenheit für ihre Schönheit und Eleganz gelobt. Sie hatte auch mit beinahe einhundert Jahren auf dem Buckel im innenpolitisch turbulenten Jahr 2019 immer die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit parat. In diesem Jahr musste eine Vielzahl an Gesetzen im Parlament verabschiedet werden, um die Coronamaßnahmen der Bundesregierung auch rechtlich zu verankern. Dabei klappte nicht alles reibungslos – einige Gesetze und Verordnungen wurden letztlich vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig eingestuft und damit aufgehoben. Es muss für die Zukunft – bei aller gebotenen Eile, die oft in der Entstehung der Gesetze vorherrscht – darauf geachtet werden, dass die Politik mit der österreichischen Bundesverfassung einen sorgsameren Umgang pflegt als dies in diesem Jahr ab und an der Fall war.

Neben der Verfassung gab es in diesem Jahr ein weiteres Jubiläum. Der Bundesrat feierte sein 75-jähriges Bestehen. Die in den Medien oftmals nicht so präsente zweite Kammer des Parlaments konnte sich in ihrem Jubiläumsjahr einige Male bemerkbar machen. Aufgrund der Situation, dass die Regierungsparteien ÖVP und Grüne im Bundesrat über keine Mehrheit verfügten, nützten die Oppositionsparteien die sich ihnen gesetzlich bietende Möglichkeit des Einspruchsrechts. Mit diesem aufschiebenden Veto drückte der Bundesrat

„Das Jahr 2020
war wohl in
allen Belangen
ein Jahr für die
Geschichtsbücher.“

Norbert Hofer

mehrheitlich seine Ablehnung mancher Gesetze aus. Das ist Teil eines lebendigen Parlamentarismus.

Innenpolitisch hoch brisant gestaltete sich der Auftakt des parlamentarischen Untersuchungsausschusses betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung – in den Medien zumeist als Ibiza-Untersuchungsausschuss bezeichnet. Zigtausende Seiten an Aktenmaterial wurden den Fraktionen übermittelt, die auf Basis dieser Unterlagen die geladenen Auskunftspersonen befragten. Das Coronavirus war auch hier ein beeinflussender Faktor, musste der Ausschuss doch zum Ende des Jahrs in einen größeren Saal in der Nationalbibliothek ausweichen. Der Untersuchungsausschuss wird das Hohe Haus auch noch im kommenden Jahr 2021 beschäftigen.

Das Jahr 2020 war wohl in allen Belangen ein Jahr für die Geschichtsbücher. Unsere bisher gewohnte Art zu leben wurde auf eine harte Probe gestellt. Das österreichische Parlament hat aber bewiesen, dass es auch in schwierigen Zeiten funktioniert und damit unsere geliebte Demokratie am Leben hält. Darauf können wir stolz sein.



Die Klubobleute über das Jahr 2020



AUGUST WÖGINGER (ÖVP)

Österreich steht durch COVID-19 vor der größten Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine der wesentlichen Eigenschaften unseres Landes und seiner Bevölkerung ist es, gestärkt aus Krisen hervorzugehen. Damit uns das gelingt, arbeiten wir im Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei seit Beginn der Pandemie auf Hochtouren dafür, dass unsere Republik diese Gesundheits- und Wirtschaftskrise erfolgreich meistert. Mit 103 Mitgliedern sind wir die stärkste Fraktion – bestehend aus 71 Nationalratsabgeordneten, 25 Mitgliedern des Bundesrates und sieben Abgeordneten zum Europaparlament – und haben eine besondere Verantwortung, die wir auch wahrnehmen.

Umfangreiche Maßnahmen für Arbeit, Wirtschaft und zur Entlastung der Menschen haben heuer unsere parlamentarische Arbeit geprägt – mit dem Ziel, so viele Leben, Arbeitsplätze und Unternehmen wie möglich zu retten. Gemeinsam wird uns das gelingen.



PAMELA RENDI-WAGNER (SPÖ)

2020 war ein Jahr maximaler Herausforderungen und großer Lehren. Die Corona-Krise – die größte Gesundheitskrise seit 100 Jahren – hat nicht nur unsere Gesellschaft an ihre Grenzen gebracht. Auch Demokratie und Parlamentarismus wurden stark gefordert. Jeden Tag musste aufs Neue abgewogen werden zwischen dem Schutz der Gesundheit und der Freiheitsrechte. Die SPÖ zeigt als größte Oppositionspartei nicht nur Fehlentwicklungen und Versäumnisse der Bundesregierung auf, sondern macht auch konstruktive Lösungsvorschläge. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Virus werden uns auch 2021 und darüber hinaus alles abverlangen. Umso wichtiger ist es, die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen und unseren Sozialstaat und das öffentliche Gesundheitssystem weiter zu stärken. Klar ist, dass wir diese Krise

nur mit Zusammenhalt meistern können. Diese Lehre gilt es auch in die Zukunft zu tragen.



HERBERT KICKL (FPÖ)

Das parlamentarische Jahr 2020 war natürlich ebenso von der Corona-Krise geprägt wie alle anderen Lebensbereiche der Österreicherinnen und Österreicher. Zu Beginn der Krise hat auch die FPÖ die Maßnahmen der Regierung mitgetragen. Doch im weiteren Verlauf des Jahres haben ÖVP und Grüne die Angst der Menschen vor der Pandemie dazu missbraucht, um die Grund- und Freiheitsrechte immer weiter auszuhöhlen. Auch vor verfassungswidrigen Maßnahmen sind sie nicht zurückgeschreckt. Gleichzeitig haben sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihrer Geringschätzung des Parlamentarismus Ausdruck verliehen. Die Freiheitliche Partei konnte ein solches Verhalten natürlich nicht widerstandslos hinnehmen und hat daher zahlreiche Anfragen, Anträge und auch Misstrauensanträge eingebracht, um die Regierung dazu zu bewegen, wieder auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren.



SIGRID MAURER (GRÜNE)

2020 hat das österreichische Parlament vor besonders große Herausforderungen gestellt. Sehr kurzfristig mussten die gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung der Pandemie geschaffen werden. Das Parlament hat bewiesen, dass es auch für eine solch enorme Krisensituation gut gerüstet ist. Für den Grünen Klub war es das erste Jahr in Regierungsverantwortung seit Gründung der Partei. Es freut mich, dass es gelungen ist, grüne Schwerpunkte zu setzen: mit dem größten Budget für den Klimaschutz aller Zeiten, den Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder auch mit dem international beachteten Gesetzespaket gegen den Hass im Netz. Mit dem Ziel, den Austausch zwischen Parlament und Zivilgesellschaft zu verstärken, gehen wir ins neue Parlamentsjahr – für den Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und saubere Politik.



BEATE MEISL-REISINGER (NEOS)

Corona ist eine demokratische Zumutung, so die deutsche Kanzlerin Angela Merkel im Sommer. Das Virus hält die Welt in seiner Gesamtheit in Atem: gesundheitlich, wirtschaftlich, gesellschaftspolitisch – und demokratiepolitisch. Zur Bekämpfung des Virus wird weltweit – auch in Österreich – in die Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen. Wir NEOS haben uns zu Beginn der Krise dafür eingesetzt, dass der Nationalrat weiter tagt und dass das Parlament zumindest im Rahmen des Hauptausschusses bei Verordnungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie eingebunden wird. Weiters ist es als Oppositionskraft unsere Aufgabe, konstruktive Vorschläge zu machen, Lösungen einzufordern und kritische Kontrolle zu leben. Parlamentarismus braucht Kontrolle – mit dem Untersuchungsausschuss als höchste Kontrollinstanz. Er darf daher nicht zur Farce verkommen. Wenn Auskunftspersonen, aber auch Mandatarinnen und Mandatare den Ausschuss mit Füßen treten, dann gefährdet das unseren Rechtsstaat und langfristig unsere Demokratie.

20 20



FUNDAMENTE

MEILENSTEINE DER
REPUBLIK

Österreich in der
Europäischen Union

25

Zweite Republik

75

Bundesverfassung

100

J A H R E

2020 blickte das Parlament auf drei wichtige Meilensteine der österreichischen Geschichte zurück: 25 Jahre Österreich in der EU, 75 Jahre Zweite Republik und 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz. Trotz der Corona-Pandemie konnten im Rahmen von Veranstaltungen und Ausstellungen wichtige Themen diskutiert und interessante Einblicke gegeben werden. Das grafische Leitmotiv bildet eine temporäre, stilisierte Flagge, die die Farben der Flaggen der EU-Länder vereint und sie nach Häufigkeit gewichtet.

Der Auftakt zur Reihe „Fundamente – Meilensteine der Republik“ war die Eröffnung der künstlerischen Installation zum Thema 25 Jahre Österreich in der Europäischen Union zum Jahreswechsel 2019/2020 durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und den Präsidenten des kroatischen Sabor, Gordan Jandroković. „Der Heldenplatz hat für Österreich eine besondere historische Bedeutung – vor allem verbunden mit den Tagen des ‚Anschlusses‘ im März 1938. Diese einseitige Konnotation müssen wir in der Zukunft auflösen. Wir müssen diesen Platz im Herzen Wiens zu einem Platz der Demokratie und des Parlamentarismus machen“, so der Nationalratspräsident, der Ende Oktober 2018 die erste Schau zu 100 Jahre Erste Republik initiierte. Insgesamt hat das Parlament bisher sechs Ausstellungen und künstlerische Installationen am Heldenplatz realisiert, die Hunderttausende interessierte Menschen besucht haben.

25 JAHRE ÖSTERREICH IN DER EU | VORAUSSCHAUENDER RÜCKBLICK

Gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission sowie dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Wien veranstaltete das österreichische Parlament am 10. Februar 2020 eine Diskussionsveranstaltung im Haus der Europäischen Union in Wien. Unter dem Titel „25 Jahre Österreich in der EU – Vorausschauender Rückblick nach dem Brexit“ diskutierten, moderiert von Gerald Groß, die Leiterin des Department für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, Ulrike Guérot, sowie Stefan Lehne, Visiting Scholar von Carnegie Europe Brüssel, und der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Paul Schmidt. Einleitende Worte zur Veranstaltung sprachen Martin Selmayr, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Bundesratspräsident Robert Seeber. In einer Videobotschaft war auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, zugeschaltet. Die Keynote kam von Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka resümierte in seinen abschließenden Worten die Veranstaltung.

75 JAHRE ZWEITE REPUBLIK | ZUM BEGRIFF DES ÖSTERREICHISCHEN

Am 23. April 2020 wurde die künstlerische Installation am Heldenplatz um das Thema 75 Jahre Zweite Republik erweitert. Die Schau ermöglichte einen Rückblick auf die positiven Errungenschaften und Erfolge der vergangenen Jahrzehnte in Österreich. Am 27. April 2020, genau 100 Jahre nach der Konstituierung der Provisorischen Staatsregierung am 27. April 1945, diskutierten Journalistinnen und Journalisten über 75 Jahre Unabhängigkeit, die österreichische Mentalität, historische Verantwortung und nationales Selbstverständnis. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka führte als Moderator durch die Veranstaltung, die aufgrund der Corona-Pandemie aufgezeichnet wurde. Als GesprächspartnerInnen waren die Journalistinnen und Journalisten Ingrid Thurnher (ORF III), Martina Salomon (Kurier), Eva Linsinger (Profil), Andreas Koller (Salzburger Nachrichten), Thomas Götz (Kleine Zeitung) sowie Gerald Heidegger (ORF online) eingeladen.

Die Diskussion nahm ihren Ausgang von zwei sehr gegensätzlichen Beschreibungen der österreichischen Seele, die Nationalratspräsident Sobotka eingangs zitierte: Zum einen „sensibel und kenntnisreich“, wie Anton Wildgans sagte, zum anderen „eine Brutstätte der Neurose und des Verdrängens“, wie Erwin Ringel es beschrieb. Der Begriff des Österreichischen stand im Fokus der Debatte, die auch die Geschichte des Landes beleuchtete – beispielsweise die neutrale Vermittlerrolle in Konfliktsituationen, die Österreich in den vergangenen Jahrzehnten oft eingenommen hatte. Beleuchtet wurde auch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die Geschichtsbetrachtung sowie das Geschichtsbewusstsein des Landes. Auch der Umgang mit jüdischen Opfern und ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten wurde angesprochen, sowie Fragen der Restitution und der Kampf gegen Antisemitismus heute. Schließlich warf die Veranstaltung auch einen Blick auf die Coronapandemie und den Umgang der Gesellschaft mit diesem Thema sowie die Zukunft nach dieser Krise.

100 JAHRE BUNDESVERFASSUNG | FEIERSTUNDE UND ERINNERUNG AN KELSEN

Die Feiern zu 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) begannen im Parlament bereits Ende September. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka diskutierte am 25. September gemeinsam mit Verfassungsrichter Christoph Herbst und der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Elisabeth Lovrek, sowie Schülerinnen und Schülern des Akademischen Gymnasiums Wien direkt an deren Schule über Stärken und Schwächen der Bundesverfassung. Die Schule hat einen besonderen Bezug zu diesem Thema, denn Hans Kelsen – der Architekt unserer österreichischen Verfassung – hat hier im Jahr 1900 maturiert.

Am 1. Oktober 2020 wurde sowohl die künstlerische Installation zu 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz am Heldenplatz eröffnet, als auch im Rahmen eines Festakts dem historischen Beschluss des Gesetzes durch die Konstituierende Nationalversammlung vor genau 100 Jahren am 1. Oktober 1920 gedacht. Nationalratspräsident Sobotka unterstrich in seiner Rede die beiden Grundprinzipien, die die Verfassung prägen – den demokratischen Parlamentarismus und die Dezentralisation. Er habe keine Angst um die Demokratie, auch wenn sie immer wieder Angriffen ausgesetzt sei, meinte der Nationalratspräsident im Hinblick auf die Krisenfestigkeit der Bundesverfassung, wenngleich er Sorge in Bezug auf den politischen Umgang miteinander äußerte. Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler begrüßte die Gäste und attestierte in ihren Worten der Bundesverfassung „beachtliche Vitalität“, sie könne aber auch unbequem und herausfordernd sein, etwa wenn sie die Grenzen des politischen Spielraums aufzeige.

Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung, und Bundespräsident Alexander Van der Bellen richteten ebenfalls Worte an die Anwesenden und ZuseherInnen. Das Staatsoberhaupt nannte die Bundesverfassung einen „perfekten Wegweiser“, ein „Fundament der Demokratie“ und ein „Fundament unserer Republik“. Edtstadler sprach davon, dass sie der Republik als „Kompass“ durch das Jahrhundert gedient habe.

Anschließend diskutierten Bundeskanzlerin a. D. und Verfassungsgerichtshofpräsidentin a. D. Brigitte Bierlein, Universitätsprofessor und Kelsen-Biograf Thomas Olechowski sowie Parlamentsdirektor und Präsident der Wiener Juristischen Gesellschaft Harald Dossi über Verfassung und Rechtsstaat. Brigitte Bierlein hob insbesondere die Etablierung des Verfassungsgerichtshofs 1920 und seine Vor-

bildwirkung in Europa und darüber hinaus hervor. Bierlein verwies auch auf die Novelle von 1929 und die stärkere Einbindung des Bundespräsidenten in die Verfassung. Von einem „Gesamtkunstwerk der österreichischen Verfassungsordnung“ sprach Harald Dossi, der die Förderung des Verfassungsbewusstseins als wesentlich ansah, weil damit auch die für eine Demokratie so wichtige Teilhabe am politischen Leben zusammenhänge. Den Kompromisscharakter der Bundesverfassung hob Thomas Olechowski hervor. Das B-VG stehe für ihn für einen Weg der Mitte zwischen extrem rechts und extrem links, sowie für Werte wie Demokratie und Rechtsstaat, die die Freiheit des Einzelnen schützen. Moderiert wurde der Festakt von Gerald Groß, für die musikalische Begleitung sorgte das Selini Quartet.

Würdigung von Hans Kelsen

Der Architekt der Bundesverfassung, Hans Kelsen, rückte in einem Fachgespräch zwischen dem Kelsen-Biografen und Universitätsprofessor für Rechtsgeschichte, Thomas Olechowski, und dem Leiter der Abteilung für Parlamentswissenschaftliche Grundsatzarbeit, Christoph Konrath, nochmals in den Fokus. Das Parlament beteiligte sich mit dieser Veranstaltung wie in den vergangenen Jahren an der Reihe „Österreich liest“ – dieses Mal allerdings aufgrund der Corona-Pandemie in rein virtueller Form.

Das österreichische Parlament unterstützte zudem die Ausstellung des Jüdischen Museums Wien mit dem Titel „Hans Kelsen und die Eleganz der österreichischen Bundesverfassung“, die von 1. Oktober 2020 bis 5. April 2021 zu sehen sein wird. Weitere Informationen finden Sie unter www.jmw.at.



75 JAHRE KONSTITUIERENDE SITZUNGEN VON NATIONALRAT UND BUNDESRAT

Anlässlich des 75. Jahrestags der konstituierenden Sitzungen des National- und des Bundesrates luden die aktuellen PräsidentInnen der beiden Kammern, Wolfgang Sobotka und Andrea Eder-Gitschthaler, am 15. Dezember 2020 zu einer virtuellen Festveranstaltung ins Parlament in der Hofburg ein. Nur wenige Wochen nachdem die ersten Wahlen nach der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch die Alliierten stattfanden, traten am 19. Dezember 1945 der Nationalrat und der Bundesrat zu ihrer jeweiligen konstituierenden Sitzung zusammen.





CHANCEN-GERECHTE BILDUNG

SOCIAL-OPPORTUNITY EDUCATION

The state is responsible for ensuring that all citizens have access to education and training. This is a fundamental principle of the Austrian federal system. The state ensures that education and training are accessible to all, regardless of their social background or financial situation. This is achieved through various measures, such as providing financial support, creating opportunities for vocational training, and ensuring that education is of high quality. The state also plays a role in promoting equality of opportunity, ensuring that all citizens have the same chance to succeed through education and training.



DER STAAT ZAHLT MIT

AUSTRIAN FEDERAL FINANCING

The state plays a significant role in financing various public services and infrastructure. This includes funding for education, healthcare, and social security. The state also plays a role in financing the development of infrastructure, such as roads, bridges, and public transport. The state's financing is based on a system of taxes and contributions, which are levied on citizens and businesses. The state's financing is also influenced by the federal system, with different levels of government (federal, state, and municipal) contributing to the overall financing of public services and infrastructure.



Umweltpolitik und Klimaziele

Environmental Policy and Climate Goals

The state is committed to protecting the environment and addressing climate change. This is reflected in various policies and measures, such as promoting renewable energy, reducing greenhouse gas emissions, and protecting natural resources. The state also plays a role in setting and achieving climate goals, such as the Paris Agreement. The state's commitment to environmental protection and climate action is based on the principle of sustainable development, which seeks to meet the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.





75 Jahre danach blickten die höchsten VertreterInnen des Staats auf die wichtigsten Meilensteine und Erfolge in den letzten Jahrzehnten zurück. Neben Grußworten von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, gemeinsamen Statements des Nationalrats- und des Bundesratspräsidiums sprachen auch die fünf Klubobleute der Parlamentsparteien. Moderiert wurde die musikalisch umrahmte Veranstaltung von Rebekka Salzer.

Die Festrede unter dem Titel „Die Würde des Hauses – Leiden und Größe der parlamentarischen Demokratie“ hielt Konrad Paul Liessmann, Professor für Philosophie an der Universität Wien. Der Festredner setzte sich mit grundlegenden Ideen der repräsentativen Demokratie auseinander und warf die Frage auf, wie sie angesichts fundamentaler gesellschaftlicher, sozialer, technologischer und politischer Veränderungen eine zeitgemäße Form erhalten können.

„Wir müssen
diesen Platz
im Herzen Wiens
zu einem Platz
der Demokratie
und des
Parlamentarismus
machen.“

Wolfgang Sobotka

Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. Artikel 1. Bundes-Verfassungsgesetz.

Das B-VG hatte eine wechselvolle Geschichte. So wurde es im Juli 1925 und im Dezember 1929 in wichtigen Punkten abgeändert, 1929 wurde beispielsweise die Rolle des Bundespräsidenten und der Bundesregierung gestärkt. Im Mai 1934 wurde sie zur Gänze außer Kraft gesetzt und durch eine autoritäre Verfassung ersetzt. Vier Jahre später gab es unter dem Regime der Nationalsozialisten überhaupt keine österreichische Verfassung mehr. Ein selbstständiges Österreich konnte erst wieder im April 1945 errichtet werden. Abermals wurde das B-VG zur Grundlage der Republik und ist es bis heute – trotz zahlreicher Änderungen – geblieben.

Im Jahr 2003 machte das Parlament einen Vorstoß zu einer grundlegenden Staats- und Verfassungsreform und setzte dazu den Österreich-Konvent unter dem Vorsitz des ehemaligen Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler ein. Der Konvent tagte vom 30. Juni 2003 bis 31. Jänner 2005 und legte einen umfassenden Bericht vor. Im Februar 2007 wurde unter dem Vorsitz des Leiters des Verfassungsdiensts im Bundeskanzleramt, Georg Lienbacher, eine Expertengruppe beim Bundeskanzleramt eingerichtet. Als eines der Ergebnisse daraus wurde im Rahmen des sogenannten Demokratiepakets das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt, die Briefwahl eingeführt und die Legislaturperiode des Nationalrates von vier auf fünf Jahre verlängert. Auf der Grundlage der Vorschläge dieser Expertengruppe beschloss das Parlament unter anderem auch die Bereinigung des Bundesverfassungsrechts und die Neuregelung weisungsfreier Behörden. Das neue Bundeshaushaltsrecht basiert ebenso wie die Schaffung der neun Landesverwaltungsgerichte, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesfinanzgerichts auf Vorschlägen des Österreich-Konvents.

Sie sind an weiteren Inhalten zum Thema 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz interessiert? Besuchen Sie unsere Homepage www.parlament.gv.at und informieren Sie sich im Detail über die Ausstellung und die Veranstaltungen zu diesem Thema, entdecken Sie Leben und Werk des Verfassungsarchitekten Hans Kelsen in einem Fachgespräch zwischen seinem Biografen Professor Olechowski und Expertinnen und Experten aus dem Parlament. Oder hören Sie Kelsen selbst in einem Video und lesen Sie die Beratungsprotokolle, Verfassungsentwürfe und Eingaben der Bürgerinnen und Bürger aus dem Jahr 1920, die schlussendlich zum Beschluss unserer Verfassung führten. Sehr gerne lassen wir Ihnen auch unsere Publikationen zu diesem Thema zukommen. Schreiben Sie dazu bitte ein Mail an: print@parlament.gv.at.







THEMA

Transparenz und
Handlungsfähigkeit



COVID-19-Pandemie bestimmt parlamentarisches Geschehen

Schon wenige Wochen nach der traditionellen Regierungserklärung sah sich die österreichische Bundespolitik mit der COVID-19-Pandemie konfrontiert, die alle thematischen Schwerpunkte überschattet hat. Am 25. Februar wurden die ersten Coronafälle in Österreich bekannt, woraufhin nicht nur die Bundesregierung, sondern auch das österreichische Parlament als gesetzgebende Gewalt, massiv gefordert war und rasch und entschieden gehandelt hat.

Drei Tage nach der Angelobung des ersten türkis-grünen Kabinetts durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen stellte sich am 10. Jänner die neue Regierung dem Nationalrat vor. Laut Bundeskanzler Sebastian Kurz habe es eine neue Form der Kompromissfindung ermöglicht, dass sowohl die Volkspartei als auch die Grünen ihre zentralen Wahlversprechen umsetzen könnten. Auch Vizekanzler Werner Kogler sprach von einem guten Pakt, der einen Fokus auf den Klima- und Umweltschutz lege. Außerdem betonte Kogler den proeuropäischen Charakter der neuen Bundesregierung.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka drückte seinen Dank gegenüber Bundespräsident Van der Bellen und der Kanzlerin der Übergangsregierung, Brigitte Bierlein, aus, die nach der Abberufung der Regierung Kurz I in einer schwierigen Phase einen ganz wesentlichen Dienst für den Staat geleistet hätten. Er wünschte zudem der neuen Bundesregierung, die erstmals aus mehr weiblichen als männlichen Mitgliedern besteht, alles Gute und drückte seine Hoffnung auf eine konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit mit dem Parlament aus.

GESETZGEBUNG IN HERAUSFORDERNDEN ZEITEN

„Die Österreicherinnen und Österreicher können sich darauf verlassen, dass in Zeiten der Krise im Parlament alle zusammenstehen und die obersten Staatsorgane sich dieser Verantwortung mehr denn je bewusst sind, um rasch unbürokratische Lösungen anbieten zu können“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zum parlamentarischen Prozedere in Zusammenhang mit den COVID-19-Maßnahmen im März dieses Jahrs.

Handlungsfähigkeit des Hohen Hauses zu jeder Zeit gegeben

Um die unmittelbar dringlichen Maßnahmen der Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Coronavirus auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, traten Nationalrat und Bundesrat unter größtmöglichen Schutzmaßnahmen im Hohen Haus und den verfassungs- und geschäftsordnungsrechtlichen Vorgaben entsprechend bereits am Samstag, 14. März, und Sonntag, 15. März, zu ersten außerplanmäßigen Sitzungen zusammen. Darauf verständigten sich die Parlamentsfraktionen in einer gemeinsamen Sonderpräsidiale von Nationalrat und Bundesrat. Die entsprechend einvernehmlichen Sitzungen am Samstag dienten der Einbringung und Zuweisung der gesetzlichen Grundlagen. Tags darauf tagte der Nationalrat, erstmals in der Geschichte an einem Sonntag, neuerlich zur Debatte und Beschlussfassung. Um den Gesetzgebungsprozess korrekt abzuschließen, trat schließlich der Bundesrat zusammen.

Diesen außerplanmäßigen Sitzungen sollten im Verlauf des Jahrs 2020 noch einige weitere außerplanmäßige Sitzungen und Ausschüsse folgen, um eine gesetzeskonforme und rasche Umsetzung legislativer COVID-19-Maßnahmen im Sinne aller BürgerInnen sicherzustellen.

Die gesetzlichen Maßnahmen umfassen unter anderem die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz). Damit soll die Finanzierung von Maßnahmen im Umgang mit der rasanten Ausbreitung des Coronavirus in Österreich sichergestellt werden. Das Gesetzespaket passier-



te den Nationalrat einstimmig, wobei ihm mittels Abänderungsantrag noch Berichtspflichten gegenüber dem Parlament sowie die Möglichkeit der Anwendung von Zwangsmitteln durch Sicherheitsbehörden hinzugefügt wurden. Einstimmig angenommen wurden auch drei mit dem Gesetzespaket inhaltlich zusammenhängende Anträge, die weitere Maßnahmen beinhalteten.

Seit Mitte März sind National- und Bundesrat zu mehreren außerplanmäßigen Sitzungen zusammengetreten, um rasch eine rechtliche Grundlage für die COVID-19-Gesetzgebung zu schaffen. Dabei fanden erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik auch Sitzungen beider Kammern am selben Wochenende statt. Ein rasches und beherztes Handeln war gerade zu Beginn der Krise oberstes Gebot.

„Aufgrund der Komplexität der Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Coronavirus haben wir uns darauf verständigt, die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen noch weiter zu vertiefen. Rechtsstaatlichkeit muss auch in Krisenzeiten auf Punkt und Beistrich eingehalten werden. Die schwierige Situation für Unternehmen und zahlreiche Menschen duldet kein Warten. Alle Parlamentsparteien leisten dazu ihren Beitrag“, so der Nationalratspräsident am Rande einer Sonderpräsidiale.

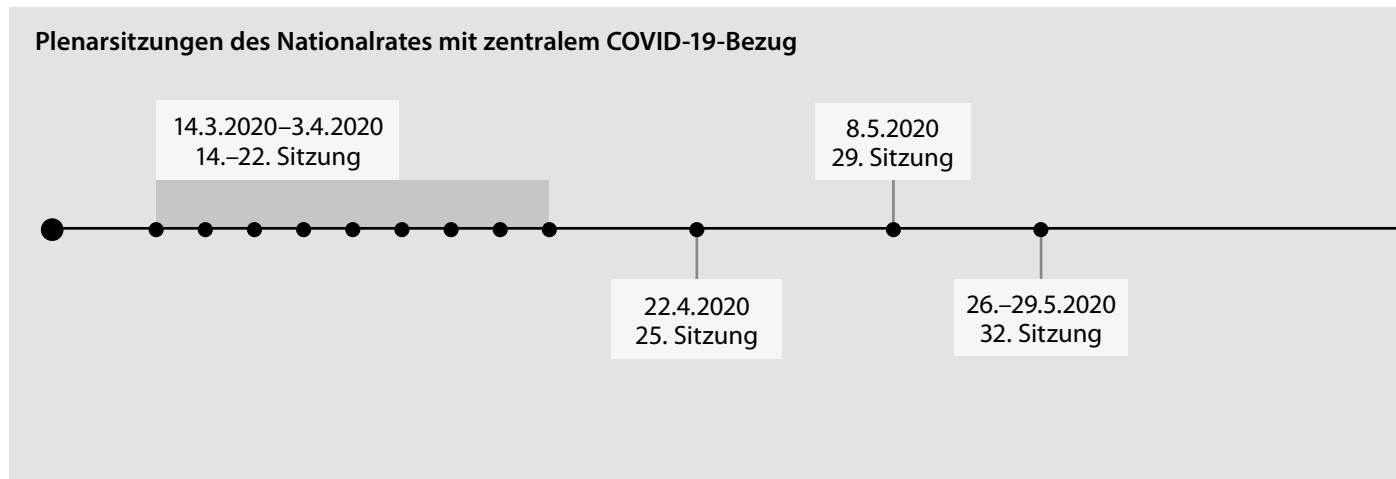
Mit Tagungsbeginn im September 2020 wurden im Hohen Haus weitere gesetzliche Maßnahmen beschlossen, die neben einer umfassenden Novelle



des Epidemiegesetzes von 1950 auch die rechtliche Basis für die den Gesundheitsminister beratende Coronakommission und die Coronaampel schufen.

Der intensive Gesetzwerdungsprozess rund um die rechtliche Verankerung der Coronaampel sowie betreffend umfassende Betretungs- und Ausgangsregelungen nahm am 23. September im Nationalrat seine erste parlamentarische Hürde. Nach zwei Begutachtungsverfahren, über 16.400 Stellungnahmen und einem Expertenhearing wurden die Novellen zum Epidemie-, Tuberkulose- und COVID-19-Maßnahmengesetz schließlich auch im Plenum mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und SPÖ beschlossen.

Plenarsitzungen des Nationalrates mit zentralem COVID-19-Bezug



Im Vorfeld wurde im Gesundheitsausschuss von den Koalitionsparteien ein gesamtändernder Abänderungsantrag eingebracht und mit einer Mehrheit aus ÖVP, Grünen und SPÖ beschlossen, der eine Reihe von Neuerungen enthielt, wie etwa eine Klarstellung der Zuständigkeiten – Verordnungen sind beispielsweise nun primär vom Gesundheitsminister zu erlassen. Weiters kann eine Verhängung von Ausgangsbeschränkungen nur noch unter Einbeziehung von und im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates erfolgen. Das COVID-19-Maßnahmengesetz wird zudem nicht wie ursprünglich vorgesehen bis Ende 2021 verlängert, sondern nur bis 30. Juni 2021.

Plenarsitzungen vorbereitet. Ein in einer Sonderpräsidiale festgelegter, adaptierter Sitzplan für die Fraktionen sieht eine Aufteilung der MandatarInnen auf den Redoutensaal und die Besuchergalerie vor, um einen angemessenen Abstand zwischen den Abgeordneten sicherzustellen und das Ansteckungsrisiko zu minimieren.

Mit Tagungsbeginn im Herbst 2020 wurde der Große Redoutensaal schließlich durch Glastrennwände zwischen den Sitzplätzen baulich so verändert, dass er den strengen COVID-19-Schutzmaßnahmen des Hohen Hauses genügt und künftige Plenarsitzungen wieder in gewohnter Form stattfinden können.

Das COVID-19-Maßnahmenpaket für einen reibungslosen Parlamentsbetrieb umfasst allerdings noch weitere Punkte. So werden bis auf Weiteres Ausschusssitzungen in größeren Räumlichkeiten des Demokratiequartiers abgehalten, das betrifft auch den Ibiza-Untersuchungsausschuss. Neben einer umfassenden Maskenpflicht für MitarbeiterInnen des Parlaments werden auch regelmäßig COVID-19-Schnelltests vor allen Sitzungen zur Verfügung gestellt und das gesamte Ausweichquartier unter anderem mit Desinfektionsmittel(-spendern) ausgestattet.

KRISENBUDGET 2020/2021

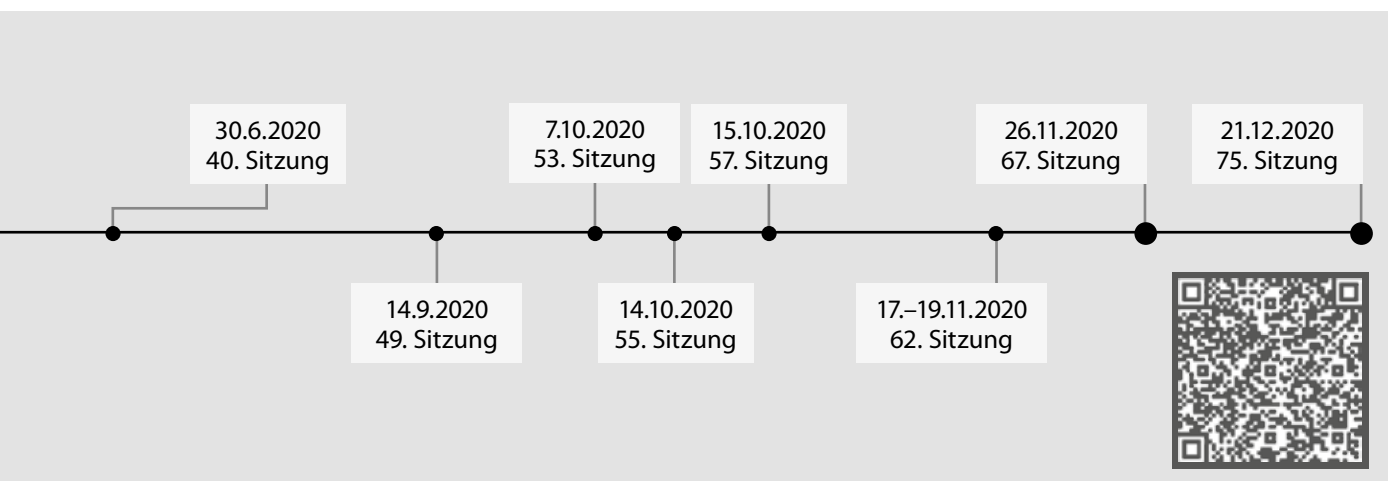
Da der Nationalrat aufgrund der Neuwahlen im Herbst 2019 kein Budget für das Jahr 2020 beschlossen hat, galt ab Anfang des Jahrs ein automatisches Budgetprovisorium mit eingeschränkten Ausgabenbefugnissen. Es sollte ursprünglich rückwirkend mit 1. Jänner durch ein gesetzliches Provisorium ersetzt werden, das dann bis zum Beschluss eines regulären Bundeshaushalts im April in Form des Bundesfinanzgesetzes 2020 als Grundlage für die Haushaltsführung des Bunds dient.

Außergewöhnliche Zeiten verlangen auch außergewöhnliche Maßnahmen, stellte Finanzminister Gernot Blümel in seiner Erklärung vor dem Nationalrat am 20. März fest. Aufgrund der Tatsache, dass das Corona-



Sitzungsbetrieb weiterhin in der Hofburg

Bereits Mitte März hat sich die Präsidialkonferenz darauf verständigt, die Nationalratssitzungen weiterhin in der Hofburg, aber unter veränderten organisatorischen Rahmenbedingungen abzuhalten. So werden neben dem Nationalratssitzungssaal auch Außenräume wie der Kleine Redoutensaal oder das Dachfoyer zur unmittelbaren Verfolgung der



virus auch Österreich erreicht und massiv beeinträchtigt hatte, konnte im März 2020 die Budgetdebatte nicht in gewohnter Form stattfinden. Seit 1953 gab es erstmals keine klassische Budgetrede.

Aufgrund der Entwicklungen habe das Bundesministerium für Finanzen eine Woche vor dieser Nationalratssitzung die Budgetansätze noch einmal adaptiert, erklärte Finanzminister Blümel vor dem Nationalrat. Statt eines soliden Überschusses musste man eine Korrektur in Richtung eines Minus von 600 Mio. Euro im administrativen Budget vornehmen. Es habe sich aber gezeigt, dass auch diese Zahlen nicht halten würden. Das nun vorliegende „Budget der Krise“ sollte sicherstellen, dass die Menschen in diesen schwierigen Zeiten ihre Fixkosten decken können und möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die im Frühjahr von der Regierung ergriffenen Maßnahmen umfassten einerseits einen 4-Milliarden-Euro-Soforthilfefonds, andererseits ein weiteres Paket in der Höhe von 38 Milliarden Euro, das einen Schutzschirm für die österreichische Volkswirtschaft bilden soll. Darin enthalten sei u. a. die Möglichkeit für Unternehmen, Steuerstundungen vorzunehmen, erläuterte Blümel. Weitere neun Milliarden Euro seien für Garantien und Haftungen vorgesehen, um die Liquidität in den Betrieben zu gewährleisten. All dies werde sich natürlich auf das Budget auswirken, aber die Gesundheit der ÖsterreicherInnen und der Erhalt der Arbeitsplätze seien wichtiger.

Die parlamentarischen Beratungen über das Budget 2021 konnten schließlich im November abgeschlossen werden. Nach insgesamt zehntägigen Verhandlungen gab der Nationalrat grünes Licht für das nunmehr bereits zweite Corona-Krisenbudget und den neuen Bundesfinanzrahmen. Änderungen gegenüber dem vom Ausschuss freigegebenen Budgetentwurf wurden nicht mehr vorgenommen, somit ist der türkisen Regierung im kommenden Jahr ein Defizit von rund 22,6 Milliarden Euro gestattet.

Bereits vor dem Bundesfinanzgesetz 2021 hatte der Nationalrat ein umfangreiches Budgetbegleitgesetz und weitere mit dem Budget in Zusammenhang stehende Gesetzesvorlagen verabschiedet. Sie bringen unter anderem eine Mindestpension von 1.000 Euro im Zuge der gestaffelten Pensionserhöhung, eine Verlängerung der Kurzarbeit und weitere Corona-hilfen.

INFOBOX

Konkret sind im Budget für das Jahr 2021 Ausgaben in der Höhe von 97,8 Milliarden Euro und Einnahmen in der Höhe von 75,17 Milliarden Euro veranschlagt. Damit ergibt sich ein Abgang von 22,63 Milliarden Euro. Ursprünglich hatte die Regierung lediglich ein Minus von 21 Milliarden Euro erwartet. Allerdings wackeln aufgrund des harten Lockdowns diese aktualisierten Zahlen. Gesamtstaatlich rechnet Finanzminister Gernot Blümel mit einem Maastrichtdefizit im kommenden Jahr von 9,8 Prozent des BIPs, wie er im Budgetausschuss ausgeführt hat.

Die Staatsschuldenquote könnte demnach auf 87,9 Prozent steigen. Abseits von Corona sind im Budget 2021 Prozent 1,1 Milliarden Euro für neue Budgetschwerpunkte wie Sicherheit, Bildung und Klimaschutz einge-
preist.

Die Beschlüsse im Plenum fielen jeweils mit den Stimmen von ÖVP und Grünen, lediglich die Budgets der obersten Organe fanden breitere Unterstützung.



„Nicht der erhobene Zeigefinger, sondern die helfende Hand hat Österreich groß gemacht. Geben wir aufeinander Acht und tun wir das, was uns seit jeher auszeichnet: Halten wir zusammen!“

Wolfgang Sobotka

KREATIVE LÖSUNGEN FÜR EIN OFFENES PARLAMENT

Die COVID-19-Pandemie befasste den Nationalrat in unterschiedlichen Ausprägungen, Intensitäten und thematischen Zusammenhängen das ganze Jahr 2020 über. Abseits von Ausschuss- und Plenarsitzungen war die Corona-Krise auch in Bezug auf Veranstaltungen ein großes Thema und veranlasste das Parlament zu kreativen Lösungen, um auch Führungen, den Besuch der Demokratiewerkstatt oder von Plenarsitzungen sowie die Teilnahme an diversen Veranstaltungen aufrechterhalten zu können.

Transparenz und ein offenes Parlament sind gerade in Krisenzeiten wichtiger denn je, um den BürgerInnen größtmöglichen Einblick in die Krisengesetzgebung zu geben. So war es beispielsweise ein großes Anliegen, die Besuchergalerie so bald wie möglich wieder für BesucherInnen zu öffnen, damit Interessierte uneingeschränkt den Sitzungen beiwohnen können.

Das Parlament im virtuellen Raum

Ging es zu Beginn der Krise noch darum, den reibungslosen Parlamentsbetrieb und die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit des Hohen Hauses sicherzustellen, sah man sich schon bald neuen Herausforderungen gegenüber.

Im März mussten kurzfristig alle Veranstaltungen, Führungen und auch Besuche der Demokratiewerkstatt abgesagt werden.

Es konnten aber rasch kreative Lösungen gefunden werden. Bei **virtuellen Führungen** beispielsweise begleiten die DemokratievertreterInnen seit dem Frühjahr ihr Publikum live via Youtube durch vier markante Orte des Parlaments: das Parlament in der Hofburg, den Heldenplatz, das Palais Epstein sowie die Baustellenführung im Parlament am Ring.

Auch die vielfältigen Veranstaltungen, die jedes Jahr im Hohen Haus stattfinden, wurden in den digitalen Raum verlegt und via **Livestream auf der Homepage des Parlaments** übertragen. So war es auch auf dieser Ebene möglich, die Öffentlichkeit an Fest- und Gedenktagen teilhaben zu lassen und das Parlament noch näher an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen.

Die **Demokratiewerkstatt** kommt mit ihren Onlineworkshops direkt in die Klassenzimmer der Schulen, in deren Zentrum Themen wie Parlament, Medien und PolitikerInnen für die Zielgruppe der Acht- bis 18-jährigen am Programm stehen. Darüber hinaus wird das Onlinelehrlingsforum ab kommenden Jahr für Berufsschulen und Lehrlingsgruppen ab 16 Jahren zur Verfügung stehen. Weiters konnte mit der **virtuellen Demokratiewerkstatt** auf der Kinderinternetseite des Parlaments – www.demokratiewerkstatt.at – eine passende Ergänzung zu den analogen Angeboten der Demokratiewerkstatt geschaffen werden.

46 Schülerinnen und Schüler der 9. Schulstufe übernehmen in diesem Jahr erstmals im virtuellen Raum für einen Tag beim **Online-Jugendparlament** am 27. November 2020 die Arbeit von PolitikerInnen und diskutierten über die Schule 2.0 als topaktuelles Thema. Wie bei realen Abläufen im Hohen Haus wurden im Online-Jugendparlament Klubs gebildet, Gesetzentwürfe in Ausschüssen vorberaten sowie im virtuellen Plenum am Freitag diskutiert und abgestimmt. Ein fiktiver Gesetzesvorschlag zum Thema Schule 2.0 sollte die Jugendlichen zur Diskussion, Meinungs- und Kompromissuche anregen. Die Nationalratsabgeordneten Carina Reiter (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Hannes Amesbauer (FPÖ) und Johannes Margreiter (NEOS) standen ihnen dabei mit Tipps aus der politischen Praxis zur Seite.

MIT EINEM KLICK INS PARLAMENT – DER TAG DER OFFENEN TÜR 2020

Das Jahr 2020 hat aufgrund der Corona-Pandemie viel Neues und Unerwartetes für die Österreicherinnen und Österreicher bereitgehalten. So wie die Menschen im Land hat sich auch das Parlament binnen weniger Tage auf diese ungewöhnliche Situation einstellen müssen. Umso mehr war es dem Präsidium des Nationalrates und des Bundesrates ein wichtiges Anliegen, den Tag der offenen Tür auch in ungewöhnlichen Zeiten abzuhalten – in neuem Gewand und im virtuellen Raum.

Der Tag der offenen Tür 2020 fand ausschließlich im virtuellen Raum statt. Das Parlament hat sein digitales Angebot umfassend ausgebaut und ermöglicht den

Bürgerinnen und Bürgern, im Rahmen von virtuellen Führungen das Haus zu erleben. Gemeinsam mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka konnte man am 26. Oktober unter anderem einen Blick hinter die Kulissen der Sanierung werfen, die Hofburg als Tagungsort des Parlaments erkunden oder das Palais Epstein virtuell entdecken. Ganz unter dem Motto: Mit einem Klick ins Parlament!

Auf der Website des Parlaments wurde ein virtueller Besuch des Hohen Hauses in Form von insgesamt 18 Videos realisiert – von Statements aller Klubobleute bis hin zu Führungen durch das Demokratiequartier und durch das historische Parlamentsgebäude am Ring, das aktuell saniert wird.



Durch Scan des QR-Codes kann man nach wie vor einen virtuellen Blick hinter die Kulissen werfen. Der Tag der offenen Tür orientiert sich grafisch am Leitmotiv des Jahres 2020.

PARLAMENT INFORMIERT

Veranstaltungen, Konferenzen und auch Seminare haben im abgelaufenen Jahr – bedingt durch die COVID-19-Pandemie – verstärkt im virtuellen Raum stattgefunden. Doch schon vor dieser Krise hat sich das Parlament der Ausweitung seines Informationsangebots verschrieben und in den letzten Monaten drei neue Formate kreiert, die das Hohe Haus und seine Abläufe erklären und hinter die Kulissen blicken lassen. Sie sollen das Parlament in erster Linie zu den Menschen nach Hause bringen, es (be-)greifbarer machen und somit neue Anknüpfungspunkte zwischen Parlament, als Vertreterin des Volks, und den Bürgerinnen und Bürgern schaffen. Alle Formate werden auf www.parlament.gv.at veröffentlicht und stehen dort dauerhaft zur Verfügung.

Das Parlament – Was ist das?

Dies war der Titel des ersten **Erklärvideos**, das bereits im September 2019 auf der Homepage des Parlaments online ging. Von allgemeinen Abläufen im Hohen Haus über die Rolle beider Kammern des Parlaments und der Klubs bis hin zum 25-jährigen

Jubiläum Österreichs als EU-Mitglied wird in diesen kurzen Videos verständlich und auf einprägsame Weise alles Wissenswerte rund um das Parlament behandelt.

Seit dem Start in der zweiten Jahreshälfte 2019 wurden bereits zwölf Folgen veröffentlicht.



Parlament erklärt – Der Podcast

Parallel zu den animierten Erklärvideos ist auch der **Podcast** des Parlaments online gegangen. Er lässt spannende Einblicke hinter die Kulissen zu und behandelt Bereiche des Parlamentsbetriebs, die in der breiten Öffentlichkeit oft nicht bekannt sind.

Die bisher 34 Folgen widmen sich einem breiten Themenspektrum: Die Menschen, die das Hohe Haus tagtäglich am Laufen halten, stehen genauso im Fokus wie gesellschaftspolitische Diskussionen oder tagespolitische Themenfelder.



POLITIK AM RING

Die neue **Diskussionssendung** des Parlaments „Politik am Ring“ gibt den üblicherweise nicht öffentlichen Debatten in parlamentarischen Ausschüssen erstmals eine öffentliche Plattform. Einmal im Monat – jeweils am dritten Montag im Monat – diskutieren Bereichssprecherinnen und Bereichssprecher (z. B. für Gesundheit, Sicherheit, Außenpolitik etc.) der fünf Fraktionen unter Einbindung von Expertinnen und Experten über ein aktuelles Gesetzesvorhaben. Das Format wurde vom Parlament gemeinsam mit der Initiative Demokratie21 entwickelt. Durch die Diskussion führt der frühere ORF-Moderator Gerald Groß.

Die Sendung wird jeweils ab 21 Uhr aus dem Dachfoyer der Hofburg übertragen und ist auf der Website des Parlaments live zu sehen. Sie ist dort auch dauerhaft in der Mediathek des Parlaments abrufbar.

In der ersten Sendung am 16. November 2020 diskutierten die Gesundheitssprecherinnen und -sprecher unter dem Eindruck der Corona-Krise die Frage: Pandemiebekämpfung und Pflege-reform – ein Widerspruch?



Die GesundheitssprecherInnen aller Fraktionen diskutieren mit FachexpertInnen unter der Moderation von Gerald Groß.

THEMA

Menschen mit Behinderung



Barrieren abzubauen und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu ermöglichen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Menschen mit Behinderung, für die eine aktive politische Beteiligung und die Möglichkeit, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können, von großer Bedeutung ist. Diesen Zielen hat sich das österreichische Parlament als Zentrum der Demokratie verschrieben.

GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE ALLER MENSCHEN

Besonders bei der gesellschaftlich und demokratiepolitisch gleichen Teilhabe aller Menschen kommt den Parlamenten im Allgemeinen eine entscheidende Rolle zu. Die Gesetzgebung hat bei ihrer Arbeit den Anforderungen von Menschen mit Behinderung Rechnung zu tragen, gerade auch im Hinblick auf internationale Abkommen wie die UN-Behindertenrechtskonvention. Genauso müssen die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Verwaltung und in der Rechtsprechung berücksichtigt werden.

Dabei nimmt das österreichische Parlament eine Vorbildfunktion ein, es setzt Maßstäbe und engagiert sich auf unterschiedlichen Ebenen für Menschen mit Behinderung.

Österreich hat in einem Nationalen Aktionsplan bereits Zielsetzungen, Verantwortlichkeiten und zeitlich festgelegte Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention definiert, um die Umsetzung der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen noch weiter in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken. Dementsprechend müsse Barrierefreiheit in Gebäuden genauso Standard werden wie in bürokratischen Verfahren oder am Arbeitsmarkt.

„Wir können uns
keine geteilte
Gesellschaft leisten.“

Wolfgang Sobotka



Bei der Veranstaltung "Bildung - Inklusion - Digitalisierung" wurden im Großen Redoutensaal die Möglichkeiten, wie Inklusion durch Digitalisierung beschleunigt und intensiviert werden kann, diskutiert.

Inspirationen zur Inklusion im österreichischen Bildungssystem

Inklusion in der Bildungslandschaft mit und durch Digitalisierung stand im Fokus der Veranstaltung „Bildung – Inklusion – Digitalisierung“, die am 18. Februar gemeinsam mit der Essl Foundation und der Sinnbildungsstiftung im Ausweichquartier des Parlaments stattgefunden hat. Unter dem Motto: Inspirationen zur Inklusion im österreichischen Bildungssystem wurden fünf internationale Initiativen vorgestellt, die sich wegweisend mit dem Thema auseinandergesetzt haben und nur stellvertretend für unzählige innovative Unternehmen und Ideen in diesem Bereich stehen.

Nationalratspräsident Sobotka sieht in den Projekten, die präsentiert wurden, große Chancen auf dem Weg zu Barrierefreiheit. Entwicklungen am technologischen Sektor könnten vielen Menschen Teilhabe an Bildung ermöglichen. Das österreichische Parlament setze sich ein, diesen Weg der Teilhabe zu gehen. Ein offenes Parlament, das für alle Menschen erreichbar und zugänglich ist, sei nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern darüber hinaus eine Frage der Kommunikation, unterstrich der Nationalratspräsident. Barrieren auszuscheiden muss das Ziel sein, so Sobotka.

Die fünf vorgestellten Initiativen bieten Unterstützung für unterschiedliche Arten von Behinderung, hob

Martin Essl, Gründer der Essl Foundation, hervor. Sie seien bereit, nach Österreich zu kommen, so Essl, der es als sein Herzensanliegen bezeichnete, durch etwaige Implementierung dieser Innovationen in Bezug auf Bildung deutlich voranzukommen. Die Veranstaltung stellte für ihn zugleich den Auftakt für die Zero Project Conference, die in derselben Woche in Wien stattfand, dar. Es gehe darum, Innovationen, die „wirklich fit, sehr innovativ, aber auch skalierbar“ sind, auf der ganzen Welt bekannt zu machen. Inklusive Bildung sei nicht nur eine Frage der Menschenwürde, um später ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, sondern damit zusammenhängend sei auch, selbst Geld verdienen zu können.

DAS ÖSTERREICHISCHE PARLAMENT ALS PARTNER DER ZERO PROJECT CONFERENCE

„Innovative Practices and Policies on Education“ war das Thema der diesjährigen Zero Project Conference, die von 19. bis 21. Februar 2020 im Vienna International Centre stattfand. In diesem Rahmen tauschen sich auf Initiative der Essl Foundation über 600 internationale ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen aus 80 Ländern über Selbstbestimmung und politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung aus. Schwerpunkte waren unter anderem alternative Wohnformen, die Beteiligung an Wahlen und anderen politischen

INFOBOX

Im Lauf des Vormittags wurden die fünf ausgewählten Initiativen im Rahmen einer Impulsdiskussion im Plenarsaal vorgestellt.

Speechgear

Streamer ist ein System des US-Unternehmens Speechgear mit einem speziellen Ansatz der unmittelbaren Untertitelung, Übersetzung und Notizfunktion über deren Website. Das Service soll etwa Studierende mit Hörbehinderung dabei unterstützen, Gespräche, Vorträge und Seminare in Bildungseinrichtungen in Echtzeit zu verfolgen. Außerdem ermöglicht das Programm BenutzerInnen, Aussagen zu kategorisieren oder einem Livetranskript Notizen hinzuzufügen. Mit diesem System könne jede Art von Gespräch in Echtzeit übersetzt bzw. untertitelt werden, so ein Vertreter.

Livox

Livox aus Brasilien ist eine alternative Kommunikationsplattform für Menschen mit Lernschwierigkeiten bzw. für Menschen, die nicht verbal kommunizieren können. Die Software mit einer auf Symbolen basierenden Sprache soll beispielsweise eingeschränkten Jugendlichen die Möglichkeit geben, voll am Unterricht teilzunehmen. Die BenutzerInnen wählen virtuelle Karten mit Bildern und Phrasen aus, die anderen gezeigt oder vorgelesen werden können. Das Programm verwendet künstliche Intelligenz, um auf die Bedürfnisse der BenutzerInnen zu reagieren und Bedienungsfehler zu korrigieren.

Inklusive Bildung

Das Projekt Inklusive Bildung Österreich hat das Ziel, für Menschen mit Lernschwierigkeiten und

Prozessen sowie Technologien, die Inklusion und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern.

„Der Schutz und die Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen haben in Österreich einen hohen Stellenwert“, untermauerte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Keynotespeech im Rahmen der Konferenz.

Eine der grundlegendsten Aufgaben der Politik sei es, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen. So gelte die Öffnung des Parlaments und der demokratischen Entscheidungsprozesse für alle dabei als entscheidender Grundsatz für jedes politische Handeln.

Die Öffnung des Parlaments gehe aber weit über die bauliche Barrierefreiheit hinaus. Menschen mit Behinderungen sollten ermutigt werden, sich aktiv in die politische Diskussion einzubringen. Erst dann könne man von voller Teilhabe sprechen, so Sobotka. Ziel müsse die Vermeidung unbeabsichtigter Diskriminierung und die Sensibilisierung hinsichtlich der Bedürfnisse behinderter Menschen sein. Österreich habe im Jahr 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und somit einen wichtigen Schritt zum Schutz dieser Rechte gesetzt, indem es einheitliche Standards in Bezug auf Gesetzgebung und Vollziehung anstrebe, so Sobotka. Zur Umsetzung der UN-Konvention habe

„Die Öffnung des Parlaments geht aber weit über die bauliche Barrierefreiheit hinaus. Menschen mit Behinderung sollten ermutigt werden, sich aktiv in die politische Diskussion einzubringen. Erst dann kann man von voller Teilhabe sprechen.“

Wolfgang Sobotka

Behinderungen, die bislang in einer Tagesstruktur oder Werkstatt für Menschen mit Behinderungen tätig sind, eine dreijährige Qualifizierung zur Bildungsfachkraft zu etablieren. Als künftige Bildungsfachkräfte vermitteln sie an Hochschulen Studierenden sowie Lehr-, Fach- und Führungskräften die Lebenswelten, spezifischen Bedürfnisse und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen aus erster Hand. Dazu ist ein Standort in Wien mit dem Kooperationspartner Jugend am Werk und ein Standort in Graz mit dem Kooperationspartner Atempo im Aufbau.

Sonokids

Sonokids ist ein australisches Unternehmen, das Apps und Softwareprogramme für blinde oder sehbehinderte Kinder unter dem Namen Ballyland entwickelt. Kinder stärken damit ihre technischen Fähigkeiten, verbessern ihre Orientierung und das räumliche Bewusstsein. Bereits Fünfjährige können mit den Programmen von Sonokids lernen. Ballyland stellt den spielerischen Umgang mit digitaler Technologie in den Vordergrund, um den Kindern ein Teilhaben an der digitalen Gesellschaft zu ermöglichen.

Orcam

Künstliches Sehen mit der Orcam ermöglicht Klienten eine direkte Übersetzung des Gesehenen. Die künstliche Intelligenz des Geräts reicht von Texterkennung über Gesichtserkennung bis zur Farb- und Produkterkennung. Die 22 Gramm leichte Orcam wird mit einem Magneten am Brillenbügel befestigt und per Handzeichen oder Spracherkennung bedient. In Deutschland übernimmt die Krankenkasse bereits die vollen Kosten, was von dem Hersteller nun auch für Österreich angestrebt wird. Eine Orcam kann ab dem Volksschulalter bis ins hohe Alter verwendet werden.



Österreich den Nationalen Aktionsplan unter anderem mit dem Ziel erstellt, Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung niederschwelliger und einfacher anzubieten und den bürokratischen Aufwand so klein wie möglich zu halten.

In seiner Funktion als Präsident des Nationalrates sei es ihm ein persönliches Anliegen, entsprechende Schritte in diese Richtung zu setzen. Auch in der Parlamentsdirektion würde es ab diesem Jahr Hilfestellung für MitarbeiterInnen durch entsprechende Schulungen über den Umgang mit Menschen mit Behinderung geben.

INKLUSIVE MASSNAHMEN DES ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENTS

Aktuell werden weitere Schritte zur umfassenden Barrierefreiheit gesetzt. In Zusammenarbeit mit ExpertInnen von myAbility und Öziv werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion im Rahmen von eigens konzipierten Programmen im Umgang mit Menschen mit Behinderung geschult. Dem Sicherheitspersonal wird beispielsweise vermittelt, wie es in Gefahrensituationen mit beeinträchtigten Menschen umge-

hen kann. So werden nicht nur die fachlichen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen erweitert, sondern auch ein tieferes Bewusstsein für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung geschaffen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnten 2020 nur zwei von sechs geplanten Schulungen stattfinden, im kommenden Jahr sollen diese aber fortgesetzt werden.

Barrierefreiheit im Web

Die Website des Parlaments ist in ihrer aktuellen Form mit dem Bildschirmleser für Onlinegrafiken und durch die laufenden Bemühungen, die Texte nach und nach in leichte Sprache zu übersetzen, bereits zu weiten Teilen barrierefrei. Letzteres erleichtert besonders Menschen mit Problemen bei komplexen Satzkonstruktionen das Verständnis für parlamentarische Abläufe und ermöglicht so eine niederschwellige Teilhabe am gesamten Prozess.

Bis Ende des Sommers erfolgte eine umfassende Barrierefreistellung aller PDF-Dokumente auf den Websites des Parlaments und mit September 2020 wurde eine Barrierefreiheitserklärung nach dem Web-Zuständigkeits-Gesetz veröffentlicht.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Bemühungen,

wie dem Vorleseservice Leopold auf der Parlamentshomepage, der Schulung der MitarbeiterInnen für Barrierefreiheit im digitalen Raum und der Erarbeitung zentraler Inhalte der Website in leichter Sprache, wurde 2020 auch ein Rahmenvertrag mit myAbility zur Beratung und Begleitung in Richtung Waca-Zertifizierung abgeschlossen.

Barrierefreiheit im Historischen Parlamentsgebäude nach der Sanierung

Im Zuge der Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes werden auch Maßnahmen implementiert, die über die gesetzlich festgeschriebenen Anforderungen hinausgehen.

Diese sollen nicht nur Besucherinnen und Besuchern mit Beeinträchtigungen ermöglichen, sich frei und unabhängig im Parlamentsgebäude zu bewegen. Auch für Mandatarinnen und Mandatare sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung soll ein barrierefreier Arbeitsplatz und eine uneingeschränkte Arbeitsatmosphäre geschaffen werden. Ausreichend Rollstuhlplätze in den Sitzungssälen sowie induktive Höranlagen, Bodenmarkierungen und Kennzeichnungen in Brailleschrift ermöglichen eine barrierefreie Mobilität im renovierten Haus. Beschilderungen werden mit Near-field-Communication ausgestattet und das gesamte Gebäude ist über ein taktiles Leitsystem erschließbar. Alle Infoscreens sind darüber hinaus mit dem Zweisinnesystem ausgestattet. Auch außerhalb des Parlamentsgebäudes wurde auf einen barrierefreien Zugang geachtet. So ist sowohl der Zugang zum Parlament von der U3-Station Volkstheater sowie von den umliegenden Garagen durchgehend barrierefrei und es finden sich genügend Parkplätze für Menschen mit Behinderung in der direkten Umgebung des Hauses.

Bildung und Qualifikation als Schlüssel zur Barrierefreiheit im digitalen Bereich

Im Vorfeld zum Purple-Light-up-Day 2020 fand im Parlament eine Diskussionsveranstaltung statt, deren Schwerpunkt auf der Barrierefreiheit im Internet als Voraussetzung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung lag.

Teilnehmer waren Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, ebenso wie Martin Essl von der Essl Foundation und Kurt Essler von der AfB mildtätige und gemeinnützige Gesellschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen. Die geschäftsführende Vorständin der WAG Assistenzgenossenschaft Jasna Puskaric, und die Geschäftsführerin von Microsoft Österreich, Dorothee Ritz, waren online zugeschaltet.



(oben) Am Tag der Gebärdensprache bedankten sich Nationalratspräsident Sobotka und der Dritte Präsident des Nationalrates bei den GebärdendolmetscherInnen, die alle Sitzungen des Hohen Hauses begleiten

(unten) Martin Essl diskutiert auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit ExpertInnen die Möglichkeiten, Inklusion in Österreich zu fördern

Moderiert wurde von Purple-Light-up-Botschafterin Julia Moser von myAbility.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte, dass die COVID-19-Krise zu wichtigen Erkenntnissen geführt habe: „Wir sind viel schneller in digitale Prozesse gestartet als angenommen und wie auch eine Studie gezeigt hat. Digitalisierung ist ein enormer Umbruch, aber die Krise legt auch Lücken offen: Es wird in der Technologie einen Schub geben müssen, der Menschen mit Behinderung noch intensiver hereinholt.“

Martin Essl betonte, dass „die Welt nach Corona nicht mehr dieselbe sein wird wie vorher“ und stellte die Forderung nach Digitalisierung für jedermann an den Beginn seines Statements. Er forderte, dass Digitalisierung und Barrierefreiheit gemeinsam gedacht werden müssten. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung sowohl in die technischen



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

PARLAMENT in der Hofburg



Entwicklungen als auch in wirtschaftliche Fragen sei eine unbedingte Notwendigkeit.

Jasna Puskaric sah Barrierefreiheit ebenfalls als zentral für Menschen mit Behinderungen an. Die Zeit der Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung müsste vorbei sein und diese Personengruppe müsste auch nach der Corona-Krise wieder am normalen Leben teilnehmen können.

Dorothee Ritz von Microsoft Österreich trat für einen neuen Blick auf den Begriff „Arbeit“ ein: Arbeit sei eine Tätigkeit und nicht nur ein Ort. Arbeit könne vieles bedeuten. Jetzt sei die Chance da, Arbeit humaner zu gestalten. Behinderung sei dabei ein zentraler Faktor. Ebenso wie Martin Essl forderte Dorothee Ritz die Möglichkeit voller gesellschaftlicher Partizipation von Menschen mit Behinderung ein.

Dies bedinge auch andere Anspruchsverfahren am Arbeitsmarkt, unterstrich Ritz. Als Beispiel nannte sie die Anstellung eines Menschen mit einer Erkrankung aus dem Autismusspektrum: Dieser brauche eine Eingewöhnungsphase, eine sofortige Einstellung würde hier nicht funktionieren, Ängste müssten überwunden werden. Ebenso wie Nationalratspräsident Sobotka sah Ritz Aus- und Weiterbildung als Schlüsselemente an.

Purple-Light-up-Day 2020

Das österreichische Parlament hat ein weithin sichtbares Zeichen für Menschen mit Behinderung gesetzt und wie schon im vergangenen Jahr auch heuer wieder die Fassade der Hofburg am Josefsplatz (siehe Bild links) und zusätzlich das Ausweichquartier am Stubenring lila beleuchtet. Am 3. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, soll mit dieser Bestrahlung auf die große Bedeutung der ökonomischen Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung hingewiesen werden.



1) Die Diskussion fand im Innenhof des Palais Epstein und COVID-19-bedingt auch teils via Videoschaltung statt.

2) Nationalratspräsident und Nationalratsabgeordnete Kira Grünberg am Rande der Zero Project Conference in Wien

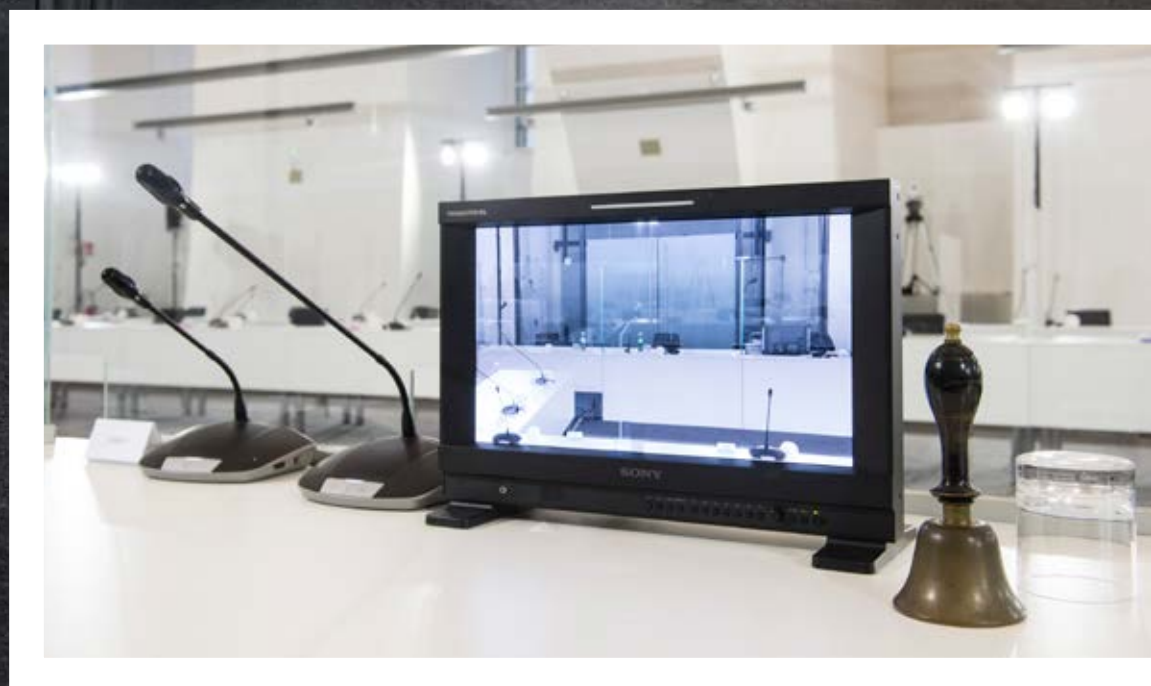
3) Die Diskussion wurde – wie alle Sitzungen und ausgewählte Veranstaltungen des Parlaments – online und offline von GebärdendolmetscherInnen für Gehörlose übersetzt.

A photograph of two men in dark blue suits standing in a large, ornate hall, likely a parliament. The man on the left is seen from the back, holding a yellow suitcase. The man on the right is in profile, wearing a white face mask and carrying a large black leather satchel. In the foreground, a black chair has two white boxes placed on it; the top box is labeled 'IBIZA' and the bottom box is labeled 'Aufklärung'. The background features a large, dark, arched opening and a framed picture on the wall.

THEMA

Parlamentarische
Kontrolle





Der Ibiza-Untersuchungsausschuss

In der Plenarsitzung des Nationalrates am 22. Jänner 2020 wurde der Ibiza-Untersuchungsausschuss offiziell eingesetzt und am 23. Jänner 2020 konstituiert. Im Ausschuss vertreten sind fünf Abgeordnete der ÖVP, drei der SPÖ, je zwei der FPÖ und der Grünen sowie ein Mandatar der NEOS. Den Vorsitz führt gemäß der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Als Verfahrensrichter fungiert aktuell Dr. Wolfgang Pöschl, sein Stellvertreter ist Dr. Ronald Rohrer; Verfahrensanwalt ist Dr. Andreas Joklik, seine Stellvertreterin ist Mag. Dr. Barbara Weiß, LL. M.

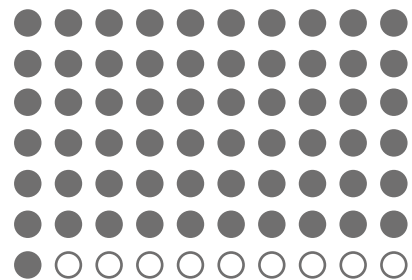
Ausschusstage: **27**

Dauer (hh:mm): **237:45**



Geladene Auskunftspersonen: **70**

Nichterscheinen festgestellt: **9**



Anzahl der Seiten der gelieferten Akten:



Nicht öffentlich: **375.300 Seiten**



Eingeschränkt: **702.870 Seiten**



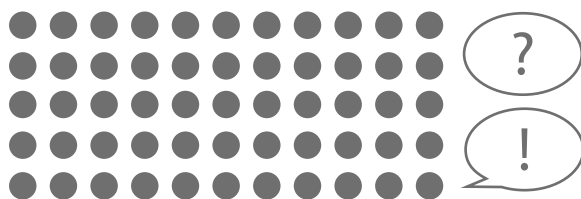
Vertraulich: **17.318 Seiten**



Geheim: **3.339 Seiten**



Streng Geheim: **400 Seiten sowie 1 Datenträger mit Audio- und Video-Dateien**



Befragte Auskunftspersonen: **55***

Sitzungen mit Befragungen: **24**
Befragungsdauer (hh:mm): **166:23**

* Aufgrund des Terroranschlags in Wien am 2. November 2020 wurden die Sitzungen des Untersuchungsausschusses vom 4. und 5. November 2020 abgesagt und die sechs Auskunftspersonen wurden bzw. werden zu einem späteren Zeitpunkt befragt.

Volksanwaltschaft – Überblick über ein bewegtes Jahr

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise war 2020 für alle Menschen in Österreich ein herausforderndes Jahr. Diese Herausforderungen spiegeln sich in den Beschwerden wider, die die Volksanwaltschaft erreichten.

Neben den rund 16.000 Beschwerden über die Verwaltung des Bundes, der Länder und Gemeinden im Allgemeinen langten 2020 rund 1.000 Beschwerden ein, die sich auf die COVID-19-Maßnahmen der letzten Monate bezogen. Die Volksanwaltschaft (VA) setzte dabei alle notwendigen Schritte, um trotz der Lockdowns 1 und 2 alle Beschwerden in angemessener Zeit zu bearbeiten. Die Bandbreite an Themen ist groß – von den Ausgangsbeschränkungen in Alten- und Pflegeheimen über die Beantragung des Fixkostenzuschusses bis hin zu widerrechtlichen Strafmmandaten der Polizei.

Die COVID-19-Krise hat aber insbesondere die präventive Menschenrechtskontrolltätigkeit der VA erschwert. Durch die Beschränkungen waren weniger Kontrollbesuche in Einrichtungen möglich, in denen es zum Entzug oder zur Einschränkung der persönlichen Freiheit kommt oder kommen kann, etwa in Justizanstalten, Anhaltezentren oder Pflegeheimen. Trotz der schwierigen Situation müssen menschenrechtliche Standards jedoch immer eingehalten werden. Aus den Fehlern bei der Umsetzung der COVID-19-Maßnahmen sollten rasch die richtigen Konsequenzen gezogen und die rechtlichen Grundlagen nachgebessert werden.

EINIGE EXEMPLARISCHE EINBLICKE IN DIE HERAUSFORDERUNGEN

Die Maßnahmen, die bereits im Frühjahr zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus in den Gefängnissen gesetzt wurden, waren einschneidend. Daher leitete die VA schon im März eine begleitende Prüfung ein. Der Menschenrechtsbeirat, der aus Expertinnen und Experten der Zivilgesellschaft und Ministerien besteht und ein Beratungsorgan der VA ist, wurde um Einschätzung der Maßnahmen aus menschenrechtlicher Sicht gebeten. Diese waren zwar weitreichend, aber – wie der internationale Vergleich zeigte – noch verhältnismäßig.

Im ersten Lockdown setzten die sechs für die präventive Menschenrechtskontrolle zuständigen

Kommissionen ihre Kontrollbesuche in Alten- und Pflegeeinrichtungen vorübergehend aus, da sie vom Gesundheitsministerium weder Schutzausrüstung noch Empfehlungen zur Ansteckungsvermeidung erhielten. Stattdessen führte die VA im Mai eine Befragung mit zahlreichen Pflegedienstleitungen durch, um die Situation in den Heimen besser einschätzen zu können. Mithilfe von österreichweiten Telefoninterviews erhoben die Kommissionen die zu bewältigenden Probleme während und nach dem Lockdown. Ein Ergebnis war, dass viele Probleme am Pflegepersonalmangel lägen oder durch diesen verstärkt würden. Bereits im März wies die VA öffentlich darauf hin, was zu wenig Pflegepersonal in den Heimen für die Menschenrechte der Bewohnerinnen und Bewohner bedeute. Aus den Antworten der Befragung erarbeitete die VA entsprechende Empfehlungen an Behörden, Politik und Pflegeeinrichtungen. Einige der Punkte griff die Politik auf: So gibt es in den Verordnungen des Gesundheitsministeriums sowie der Länder mittlerweile Regeln für Alten- und Pflegeheime. Die Kontrollbesuche der Kommissionen finden wieder im gewohnten Umfang statt.

Generell fühlten sich viele Menschen in Alten- und Pflegeheimen durch die COVID-19-Maßnahmen bedroht und entmündigt. Die Volksanwälte wiesen wiederholt darauf hin, dass die sehr restriktiven Vorschriften rechtlich durchaus fraglich seien.

Außerdem erreichten die VA zahlreiche Berichte über tatsächliche oder vermeintliche Härtefälle bei der Bestrafung durch die Polizei, insbesondere während des ersten Lockdowns. Einerseits legte die Polizei eine übertriebene Härte an den Tag, andererseits wurden die Verbote österreichweit auch sehr unterschiedlich gehandhabt. Nachdem der Verfassungsgerichtshof einige Punkte der COVID-19-Verordnungen aufgehoben hatte, bot die VA Betroffenen ihre Unterstützung gegen rechtswidrige Strafen an. Aufgehoben werden können derzeit jedoch nur Strafbefehle, nicht aber Organstrafmandate, die gleich ohne Verfahren bezahlt wurden.

Darüber hinaus richtete die Wirtschaft zahlreiche Anfragen an die VA, bei denen es unter anderem um die Frage des Schadenersatzes für Unternehmen ging. Beispielsweise bei dem als Unterstützung für

Unternehmen bereitgestellten Fixkostenzuschuss I gestalteten sich die Auszahlungen teilweise zu bürokratisch.

Die COVID-19-Maßnahmen betrafen auch viele 24-Stunden-Pflegekräfte aus dem Ausland. Sie bekamen trotz hoher Verdienstrückgänge wegen geschlossener Grenzen oft keine Unterstützung aus dem Härtefallfonds, unter anderem weil sie kein inländisches Bankkonto besitzen. Die VA stellte klar, dass inländische und Konten im europäischen Ausland gleich zu behandeln seien. Alles andere verstoße gegen die SEPA-Verordnung der EU.

Die Beschwerden häufen sich auch beim Coronafamilienhärtefonds. Familien, die unverschuldet in Not geraten sind, erhofften sich unbürokratische und rasche Hilfe. Aber selbstständig Erwerbstätige erhalten den gesamten Unterstützungsbetrag erst, wenn der Einkommensverlust mittels Steuerbescheid berechnet werden kann – also im nächsten Jahr.

Im Bildungsbereich waren es beispielsweise Fragen zum COVID-19-bedingten Fernunterricht, zur Art und Weise, wie angesichts der COVID-19-Maßnahmen die Zentralmatura durchgeführt werden kann, zur Organisation des universitären Lehrbetriebs und auch zu damit zusammenhängenden dienstrechtlichen Themen.

Da persönliche Kontakte eingeschränkt werden mussten, musste auch das persönliche Sprechstundenangebot in den Bundesländern vor Ort reduziert werden. Die Sprechstunden konnten die Volksanwälte bereits im ersten Lockdown teilweise durch eine telefonische Beratung ersetzen.

NEUE SCHWERPUNKTE FÜR DIE ZUKUNFT

Um für die Zukunft besser gerüstet zu sein, plant die VA, ihr Onlineangebot auszubauen. Auf diese Weise sollen – auch abseits der Pandemie – ein jüngeres Publikum sowie Frauen besser angesprochen werden. Diese Herangehensweise wird durch eine österreichweite IMAS-Umfrage vom Frühjahr 2020 gestützt. Der Schwerpunkt der Umfrage lag auf der Bekanntheit und dem Kenntnisstand über die Aufgabenbereiche, dem Image, der Kontaktaufnahme sowie den Befugnissen der VA. Neben dem insgesamt sehr positiven Bild der Institution zeigte sich, dass besonders jüngere Menschen nur wenig über die VA wissen. Abgesehen vom Ausbau des Onlineangebots möchte sich die VA daher in Zukunft in Schulen umfangreicher präsentie-



ren. Bei Frauen ist der Bekanntheitsgrad der Institution zwar verhältnismäßig hoch, trotzdem nehmen diese ihre Angebote weniger in Anspruch. Hier gilt es, mit spezifischen Angeboten wie der jährlich stattfindenden Ringvorlesung „Eine von fünf“ weitere Akzente zu setzen.

Das Zentrum für Gerichtsmedizin der Med-Uni Wien veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) und der VA die interdisziplinäre Ringvorlesung „Eine von fünf“, um der Tabuisierung und Verharmlosung von Gewalt an Frauen aktiv entgegenzuwirken. Diese findet im Rahmen der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ statt und greift jedes Jahr einen neuen Schwerpunkt rund um das Thema häusliche bzw. geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen auf.

Die Ringvorlesung selbst konnte 2020 coronabedingt nicht an der Med-Uni Wien durchgeführt werden. Die Auftaktveranstaltung fand jedoch online statt und erreichte sogar ein breiteres Publikum. Im Fokus standen diesmal die Täter – Männer, die Gewalt gegen Frauen und Kinder ausüben – und die opferschutzorientierte Täterarbeit. Österreichweit verfolgten den Livestream über 250 Teilnehmende, weitere 430 Interessierte sahen die Veranstaltung über das Internet nach.

Über die Tätigkeit der VA, weitere Beschwerden und Schwerpunkte wird im Jahresbericht der VA ausführlich Bilanz gezogen. Mit den coronabedingten Aspekten wird sich die VA in einem eigenen Berichtsband befassen. Er erscheint im Frühjahr 2021.

Tätigkeit des Rechnungshofes im Jahr 2020

Die weltweite COVID-19-Pandemie hat auch die Arbeit des Rechnungshofes im Jahr 2020 maßgeblich geprägt. Trotzdem hat er seine Prüf- und Beratungstätigkeit umfassend wahrgenommen.



PRÜFEN UND BERATEN

Im Jahr 2020 legte der Rechnungshof dem Nationalrat 50 Berichte inklusive Bundesrechnungsabschluss 2019 und Allgemeiner Einkommensbericht vor. Wesentliche Berichte waren u.a.

- Pflege in Österreich (Bund 2020/8)
- Digitalisierungsstrategie des Bundes (Bund 2020/11)
- Steuerung und Koordinierung des Straf- und Maßnahmenvollzugs (Bund 2020/10)
- Haushaltsrücklagen des Bundes (Bund 2020/21)
- Zentralmatura (Bund 2020/22)
- Leseförderung an Schulen (Bund 2020/3)
- Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft (Bund 2020/46).

Mit seinem Bericht „Pflege in Österreich“ lieferte der Rechnungshof eine umfassende bundesweite Analyse zum Thema Pflege und stellte fest, dass Österreich auf die demografischen Veränderungen in Bezug auf die Pflege nicht ausreichend vorbereitet ist.

In seinem Bericht „Digitalisierungsstrategie des Bundes“ kritisierte der Rechnungshof, dass nicht nur eine Digitalisierungsstrategie für Österreich fehlte, sondern auch ein Maßnahmenplan für eine schrittweise Umsetzung und eine diesbezügliche gesamtstaatliche Koordination.

Im Bericht „Steuerung und Koordinierung des Straf- und Maßnahmenvollzugs“ wies der Rechnungshof darauf hin, dass bisher noch keine Evaluierung der Wirksamkeit der im Rahmen der Extremismusprävention und Deradikalisierung gesetzten Maßnahmen stattfand.

Zum System der „Haushaltsrücklagen des Bundes“ empfahl der Rechnungshof insbesondere, Rücklagenentnahmen nur bei unvorhersehbaren Erfordernissen vorzunehmen und vorhersehbare Rücklagen durchgängig in das Bundesfinanzgesetz aufzunehmen sowie die Ablauforganisation bei Rücklagenentnahmen zeitlich zu straffen und den Verwaltungsablauf zu vereinfachen.

Im Bericht „Zentralmatura“ stellte der Rechnungshof fest, dass es starke Ergebnisschwankungen im Fach Mathematik – insbesondere an den AHS, aber auch an den BHS – gab, allerdings eine Analyse, welche Faktoren für die Schwankungen verantwortlich waren, im Bildungsministerium nicht vorlag.

Ein schlechtes Zeugnis stellte der Rechnungshof der „Leseförderung“ an Volksschulen und neuen Mittelschulen aus und kritisierte, dass eine umfassende Strategie zur Steigerung der Lesekompetenz nicht eingeführt wurde.

In seinem Bericht „Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft“ wies der Rechnungshof auf einen stark steigenden Sanierungsbedarf der Trinkwasser-, aber auch der Abwasserleitungen in Österreich hin.

Neben dem Prüfen stand im Jahr 2020 auch die Beratung im Zentrum der Tätigkeiten. Präsidentin Margit Kraker nahm an acht Sitzungen des Rechnungshofausschusses, an drei Sitzungen des Budgetausschusses, sowie an sieben Sitzungen des Nationalratsplenums teil. Der Rechnungshofausschuss behandelte 30 Berichte einschließlich des Tätigkeitsberichts 2019 sowie die Einkommenserhebung. Somit waren Ende des Jahres 82 Berichte des Rechnungshofes aus den Jahren 2018 bis 2020 sowie der Allgemeine Einkommensbericht offen.

Die Rechnungshof-SprecherInnen der fünf Parlamentsfraktionen waren im Februar 2020 auf Einladung von Präsidentin Kraker zu einem Gedankenaustausch im Rechnungshof zu Gast. Zu Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode stand das Thema der zukünftigen Gestaltung der Zusammenarbeit des Rechnungshofes mit dem Rechnungshofausschuss des Nationalrates im Fokus der Besprechung.

BAUHERRENAUSSCHUSS

Die Präsidentin des Rechnungshofes ist gemäß dem Parlamentsgebäudesanierungsgesetz Mitglied im Bauherrenausschuss des Nationalrates, dem obersten Kontrollgremium der Sanierung des Parlamentsgebäudes. Neben ihr sind die Mitglieder der Präsidialkonferenz – die drei Mitglieder des Nationalratspräsidiums und die Klubobleute der Parlamentsfraktionen – im Bauherrenausschuss vertreten. Die Rechnungshofpräsidentin enthält sich allerdings bei Abstimmungen ausdrücklich der Stimme. Sie bringt die Expertise des Rechnungshofes aus Prüfungen von Bauvorhaben ein. Im Jahr 2020 fanden vier Sitzungen des Bauherrenausschusses statt.

Der Nationalrat novellierte im November das Parlamentsgebäudesanierungsgesetz. Dabei wurde auch präzisiert, dass die Rechnungshofpräsidentin dem projektbegleitenden Kontrollgremium in beratender Funktion angehört.

KUNDENZUFRIEDENHEITSBEFRAGUNG

Der Rechnungshof führt im Rahmen seiner Wirkungsziele alle drei Jahre eine Befragung der Abgeordneten des Nationalrates und der Landtage durch. Damit holt er Rückmeldungen zur Qualität seiner Leistungen, etwa hinsichtlich der Aktualität gewählter Prüft Themen oder der Verständlichkeit seiner Berichte, ein. Dieses Feedback, das dem Rechnungshof einen Eindruck von der Zufriedenheit der Abgeordneten mit seiner Arbeit verschafft sowie Handlungspotenziale

aufzeigt, nutzt der Rechnungshof zu seiner stetigen Weiterentwicklung.

Nach der letzten Befragung 2017 fand jetzt eine neue Umfrage im vierten Quartal 2020 statt. In der Umfrage gaben 97 Prozent der Abgeordneten an, eine sehr positive oder eher positive Meinung zum Rechnungshof zu haben. Die Ergebnisse dieser Befragung sind im Tätigkeitsbericht 2020 des Rechnungshofes veröffentlicht.

Der Rechnungshof dankt allen Abgeordneten, die sich die Mühe gemacht haben, an der Befragung teilzunehmen.

TÄTIGKEIT DES RECHNUNGSHOFES IM JAHR VON COVID-19

In der Krise zählt der Zusammenhalt. Alle Institutionen und insbesondere wesentliche Einrichtungen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereichs, der Bund und die Länder, sowie alle Förder- und Unterstützungsstellen sind in solchen Zeiten mehr denn je gefordert.

Auch der Rechnungshof nimmt die ihm übertragene Verantwortung wahr und leistet seinen Beitrag. So hat er bereits im Frühjahr sein Prüfungsprogramm für 2020 angepasst, indem er dieses um die Prüfungen der vielfältigen COVID-19-Krisenbewältigungsmaßnahmen erweiterte. 2021 werden diese Prüfungen einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt darstellen, um den Parlamenten und der Öffentlichkeit Prüfberichte zu allen wesentlichen Ausgabenbereichen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie vorlegen zu können. Ein besonderer Fokus wird auf die Finanzierungsströme aus dem Krisenbewältigungsfonds gelegt werden, um die Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Transparenz herzustellen. Es ist auch zur Struktur sowie zum Ausmaß der finanziellen Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern ein Bericht geplant.

PRÜFUNGSSCHWERPUNKT BÜRGERNUTZEN VERLÄNGERT

Der Rechnungshof sieht es als seine Verpflichtung an, Maßnahmen in den unterschiedlichen Bereichen (z. B. Gesundheit, Förderungen, Bildung, Umwelt und Klima) umfassend zu kontrollieren und objektiv zu beurteilen, denn es muss sichergestellt werden, dass öffentliche Mittel bedarfsorientiert und wirksam eingesetzt werden. Prüfungen der COVID-19-Maßnahmen passen gut zum bestehenden mehrjährigen Prüfungsschwerpunkt „Leistungsqualität und Bürgernutzen“ des Rechnungshofes, da es gerade auch in dieser Ausnahmezeit vorrangig um die Qualität geht, insbesondere hinsichtlich Zeitnähe und Wirksamkeit der öffentlichen Leistungserbringung. Diesen ursprünglich für drei Jahre vorgesehenen Prüfungsschwerpunkt hat der Rechnungshof daher um ein Jahr bis 2021 verlängert.

Anwältin der Soldatinnen und Soldaten

Die Parlamentarische Bundesheerkommission wurde 1955 mit der Gründung des Bundesheeres als demokratisch legitimates Kontrollorgan eingerichtet. Der Nationalrat war der Ansicht, dass eine zahlenmäßig starke und umfassende Organisation wie das Bundesheer das Ventil der Beschwerde benötige.

Eine Beschwerde an die Parlamentarische Bundesheerkommission ist völlig unabhängig vom Dienstweg. Die Kommission ist in ihren Entscheidungen frei. Jederzeit, unverzüglich, unmittelbar und unangekündigt kann sie alle Truppenteile, Stäbe, Dienststellen und Behörden des Bundesheeres im In- und Ausland überprüfen.

PRÄSIDIUM DER PBHK

Im letzten Jahr der sechsjährigen Funktionsperiode der Parlamentarischen Bundesheerkommission von 2015 bis 2020 hatte Abg. z. NR Reinhard Bösch (FPÖ) turnusgemäß die Funktion des amtsführenden Vorsitzenden inne und Abg. z. NR a. D. Otto Pendl (SPÖ) sowie Abg. z. NR Michael Hammer (ÖVP) übten die Funktion eines Vorsitzenden aus.

WER KANN SICH BESCHWEREN?

Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat mittelbar oder unmittelbar eingebrachte Beschwerden

- von Personen, die sich freiwillig einer Stellung unterziehen oder sich freiwillig zum Ausbildungsdienst gemeldet haben,
- von Stellungspflichtigen,
- von Soldatinnen und Soldaten,
- von SoldatInnenvertreterInnen,
- von Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes sowie
- von Personen, die Ausbildungsdienst geleistet haben,

entgegenzunehmen und – es sei denn, die Kommission erkennt eine Geringfügigkeit des behaupteten Beschwerdeggrundes – zu prüfen und über ihre Erledigung Empfehlungen zu beschließen. Der angeführte Personenkreis kann sich über Mängel oder Übelstände im militärischen Dienstbereich, insbesondere über persönlich erlittenes Unrecht oder Eingriffe in dienstliche Befugnisse, beschweren.

Darüber hinaus ist die Parlamentarische Bundesheerkommission berechtigt, von ihr vermutete Mängel oder Missstände im militärischen Dienstbereich von Amts wegen zu prüfen.

JAHRESBERICHT

Der Jahresbericht der Parlamentarischen Bundesheerkommission bietet einen Einblick in die umfassende Arbeit der Kommission. In ihm sind zum Schutz aller Beteiligten die Angaben anonymisiert angeführt.

Der Jahresbericht ist inzwischen zu einer Messlatte für das Bundesheer, aber auch für die Ressortverantwortlichen geworden. Sein Hauptzweck ist es jedoch, Jahr für Jahr die Verantwortlichen zu erreichen, die damit eine Vorstellung davon bekommen sollen, welches Verhalten die Republik Österreich von ihren Soldatinnen und Soldaten erwartet.

Im Berichtsjahr 2020 war das Beschwerdeaufkommen doppelt so hoch wie in den Jahren zuvor. Diese hohe Zahl war insbesondere auf das vermehrte Beschwerdeaufkommen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Assistenzeinsatz zurückzuführen. Dabei waren die zwei auffälligsten Beschwerdegründe die unterschiedlichen Besoldungsansätze bei den im Einsatz stehenden Soldatinnen und Soldaten und die restriktive Vorgehensweise betreffend die Dienst- bzw. Freizeitregelungen.

Gerade im Jahr 2020 waren angesichts der COVID-19-Pandemie neuartige Unterstützungen und Assistenzleistungen des Bundesheeres erforderlich; eine Teilmobilisierung von Einheiten wurde durchgeführt und dabei musste – wenngleich nicht überraschend – ein hohes Verbesserungspotenzial festgestellt werden. Den Soldatinnen und Soldaten sei für ihren Einsatz gedankt!



Die Kommission unterstützt das Vorhaben der gesetzlichen Anpassungen betreffend die Besoldung der Soldatinnen und Soldaten im Assistenzeinsatz und begrüßt die geplanten Modernisierungsmaßnahmen, denn nur mit einem zukunftsfähigen Heer kann die umfassende Landesverteidigung auch in den kommenden Jahren garantiert werden.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Kommission steht seit mehr als einem Jahrzehnt im regelmäßigen Austausch mit ähnlichen internationalen Institutionen.

Ursprünglich als gemeinsame Veranstaltung der Parlamentarischen Bundesheerkommission und von DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance – in Wien geplant, wurde die 12ICOAF aufgrund der massiven Reisebeschränkungen vom 26. bis 30. Oktober 2020 online – unter der Leitung von DCAF – abgehalten, an der 50 Staaten teilgenommen haben. Der Schwerpunkt der 12ICOAF lag auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Tätigkeit der Ombudsinstitutionen.



THEMA

Gedenken – Das
Parlament als Ort
der Erinnerung

CHIT FREY

Ein Verantwortung tragendes Haus mit Geschichte

Das österreichische Parlament hat für unsere Gedenk- und Erinnerungskultur eine besondere Verantwortung. Als Haus mit bewegter Geschichte ist es heute Ort wichtiger Gedenkveranstaltungen und Zentrum des erinnerungspolitischen Diskurses.

2020jährten sich viele bedeutende Ereignisse unserer jüngeren Geschichte. Der Blick zurück offenbarte aber nicht nur positive Ereignisse wie 100 Jahre Beschluss des Bundes-Verfassungsgesetzes oder 25 Jahre Österreich in der Europäischen Union. Es war auch das Jahr, in dem sich die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zum 75. Mal jährte. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besuchte deswegen am 22. Jänner die Gedenkstätte.

„Das besondere Jubiläum des 75. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz ist ein Appell, unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen“, betonte Sobotka vor Ort. „Wir müssen uns dem menschenverachtenden Wesen des Nationalsozialismus und der damit verbundenen niederträchtigen Taten immer gewahr sein und tragen die Verantwortung dafür, dass ein solches Schreckgespenst in Österreich, Europa und der Welt nicht mehr Fuß fassen kann.“

Rund 18.000 bis 20.000 Österreicherinnen und Österreicher wurden in den Lagerkomplex Auschwitz deportiert, von ihnen überlebten nur 1.500. Im Rahmen seines Besuches informierte sich Sobotka über die derzeit laufende Überarbeitung der österreichischen Ausstellung in Block 17. Das neue Ausstellungskonzept „Entfernung. Österreich und Auschwitz“ wird die Opfer in den Vordergrund stellen, aber auch österreichische Täterschaft und Mittäterschaft thematisieren.

Des weiteren hielt der Präsident eine Rede bei der Eröffnung des Symposiums der European Jewish

Association, die von Rabbi Menachem Margolin geleitet wird und die von Brüssel aus in den EU-Mitgliedstaaten aktiv ist.

HOLOCAUST-GEDENKEN ALS IMMERWÄHRENDE AUFGABE

Bundesratspräsident Robert Seeber und Nationalratspräsident Sobotka luden anlässlich des Internationalen Holocaust Gedenktages am 27. Jänner 2020 zu einer Veranstaltung in die Wiener Börsensäle. Die Keynote zur Veranstaltung hielt die Historikerin Martha Keil, die sich mit der Frage aus-

„75 Jahre nach
der Befreiung des
Konzentrationslagers
gedenkt das Land in
Demut und Scham
allen Opfern, Toten
und gepeinigten
Überlebenden des
nationalsozialistischen
Irrsinns.“

Wolfgang Sobotka



1945

Internationaler Tag des Gedenkens
an die Opfer des Holocaust

75. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau

2020

einandersetzte, was Erinnern an Auschwitz heute bedeutet. Sexistische, antisemitische und rassistische Beleidigungen und Drohungen seien auch heute für viele Menschen Alltag, gab sie zu bedenken und warnte vor einer allmählichen Verschiebung der moralischen Grenzen.

Vor der Keynote hatte Benjamin Nägele, Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, in seiner Gedenkrede daran erinnert, dass das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wie kein zweites Lager für das unmenschlichste Verbrechen der Geschichte stehe. Er rief dazu auf, Antisemitismus und Extremismus aktiv zu bekämpfen und über die Vermittlung historischer Fakten hinaus eine wertorientierte innere Haltung, ein Gewissen zu fördern. In seinen Schlussworten bekräftigte Nationalratspräsident Sobotka das Bekenntnis zur Verantwortung Österreichs für seine Vergangenheit. Es gelte, sich aus der eigenen Geschichte nicht wegzustehlen, sondern sich ihr zu stellen. Für Österreich bedeutet das, laut Sobotka, sich besonders dem Antisemitismus entgegenzustellen, in welchen Formen er auch auftreten möge.

Musikalisch umrahmt wurde der Abend mit Kompositionen von Viktor Ullmann, Hans Krása, Gideon Klein und Pavel Haas, die alle in Auschwitz ermordet wurden. Über die Komponisten und ihr Werk sprach Moderator Gerald Groß mit dem Leiter des Zentrums exil.arte Gerold Gruber.

KULTUR DER ROMA UND SINTI | FESTER BESTANDTEIL ÖSTERREICHISCHER IDENTITÄT

In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 wurden vier Roma bei einem Rohrbomben-Attentat in Oberwart heimtückisch ermordet. 25 Jahre später wurde im Rahmen einer Gedenkveranstaltung vor Ort der Opfer gedacht. Nationalratspräsident Sobotka bezeichnete das Attentat als perfiden Anschlag auf die demokratischen Grundwerte. „Die Kultur der Roma und Sinti ist ein Bestandteil der österreichischen Identität, die durch Vielfalt und ein klares Bekenntnis zu den Volksgruppen geprägt ist“, so Sobotka. Der Nationalratspräsident mahnte auch ein: „Wir dürfen nicht müde werden, weiter gegen jede Form von Vorurteilen und Diskriminierung entschieden aufzutreten.“

„Von Hass gereinigt,
können soziale Medien
die Demokratie auch
stärken.“

Magdalena Pöschl



Auch am Welt-Roma-Tag am 8. April und am 2. August, dem Gedenktag an den nationalsozialistischen Massenmord an Roma und Sinti, trat Nationalratspräsident Sobotka für eine Schärfung des Bewusstseins für die Anliegen der österreichischen Roma und Sinti ein. Eine für den 8. April geplante Veranstaltung konnte aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht stattfinden.

4. MÄRZ 1933 | GESCHICHTE MAHNT ZUM GEDENKEN

„Es braucht das Gedenken, um auch gut in ein Morgen der parlamentarischen Demokratie zu

kommen“, betonte Nationalratspräsident Sobotka am 4. März 2020 anlässlich der Gedenkveranstaltung zum Ende der parlamentarischen Demokratie am 4. März 1933, als die Regierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß mit der Ausschaltung des Parlaments das Ende einer noch jungen demokratischen Entwicklung einleitete. „Wir müssen die Demokratie immer wieder aufs Neue verteidigen, und das gelingt uns am besten, wenn wir alle gemeinsam aktiv für unser Gemeinwesen eintreten“, sagte Sobotka. „Wer die Gefahren kennt, kann sie bekämpfen. Wer sie definiert, kann sie bewältigen.“ Zum Abschluss seiner Eröffnungsrede leitete er



zum Thema das Abends über: „Wie werden soziale Medien die parlamentarische Demokratie begleiten und herausfordern?“

Magdalena Pöschl, Professorin am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien, verwies in ihrer Keynote „Soziale Medien in der Demokratie: Gift oder Arznei?“ auf die Bedeutung sozialer Medien im politischen Kontext. Demokratie brauche abseits von Wahlzellen und Parlamenten auch einen öffentlichen Raum wie etwa Marktplätze, die integrativ wirken und die Lebenswelten der Menschen verbinden. Die Digitalisierung löse

durch die unbegrenzte Information und durch offene Räume eine Euphorie aus, aber es fehlen die Regeln. So würden sich auch Falsch- und Hassnachrichten auf privaten Plattformen verbreiten, wobei die Plattformen selbst entscheiden, was gelöscht wird und was nicht. Auch durch Echokammern werde der Diskurs geschwächt.

Für Pöschl gibt es aber auch positive Seiten digitaler Kommunikation, wie das Beispiel von Fridays for Future gezeigt habe. Sie kommt daher zum Schluss: „Von Hass gereinigt, können soziale Medien die Demokratie auch stärken.“

INFOBOX

Am 4. März 1933 wurde das Ende der parlamentarischen Demokratie eingeläutet. Die ohnehin schon angespannte Situation der noch jungen Demokratie – die Regierungskoalition hatte nur eine Stimme Mehrheit – eskalierte bei einer Abstimmung im Nationalrat und es entbrannten Diskussionen um Formalfehler. Die Nationalratspräsidenten Karl Renner von der Sozialdemokratischen Partei, Rudolf Ramek von den Christlichsozialen und Josef Straßner von der Großdeutschen Volkspartei traten nacheinander zurück, um selbst mitstimmen zu können – die Präsidenten waren laut damaliger Geschäftsordnung nicht stimmberechtigt. Da ein Nationalrat ohne Präsidium nicht vorgesehen war, gab es für diesen Fall keine Regelungen und die Sitzung konnte formal nicht geschlossen werden. Der Nationalrat wollte am 15. März 1933 erneut zusammentreten, um die Sitzung fortzusetzen, wurde aber durch Einschreiten der Polizei im Auftrag von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß mit Zustimmung von Bundespräsident Wilhelm Miklas daran gehindert. Das Parlament war somit ausgeschaltet, die Demokratie beendet.



In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von ORF-Journalistin Nadja Mader sprachen Lisa Stadler (Social-Media-Managerin bei *derstandard.at*), Richard Schmitt (Chefredakteur von *oe24.at* und *oe24-TV*) und Gerald Heidegger (Leiter der Redaktion von *orf.at*) u. a. über Klarnamen in Internetforen, die Vermittlung von Medienkompetenz an Schulen und darüber hinaus sowie Regeln für Plattformbetreiber.

SONDERPRÄSIDIALSITZUNG ANLÄSSLICH DES GEDENKTAGES

Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnte der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nicht in gewohnter Weise begangen werden. Am 5. Mai trafen sich daher nur die Mitglieder der Präsidialkonferenzen von National- und Bundesrat zu einer gemeinsamen Sonderpräsidialsitzung, zu der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit Bundesratspräsident Robert Seeber eingeladen hatte.

„75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers gedenkt das Land in Demut und Scham allen Opfern, Toten und gepeinigten Überlebenden des national-

sozialistischen Irrsinns“, sagte Nationalratspräsident Sobotka. Aus seiner Sicht forme dieses Gedenken die Gewissheit, dem Rassenwahn in Österreich auch in Zukunft keinen Platz zu lassen. Der Nationalratspräsident zeigte sich in Anbetracht der außergewöhnlichen Zeiten der österreichischen Gesellschaft gegenüber dankbar, die in ihren Grundfesten an Rechtsstaatlichkeit und Solidarität festhalte. Das Konzentrationslager Mauthausen stehe in einem düsteren Gegenteil zu unserer heutigen Gesellschaft. Sobotka betonte das Privileg und die Verantwortung jener Generationen, die aus persönlicher Begegnung mit Überlebenden die Geschichte am Leben erhalten und an nachfolgende Generationen weitergeben müssten. Bundesratspräsident Seeber erinnerte an das durch die NS-Schreckensherrschaft millionenfach ausgelöste Leid und rief dazu auf, die Erinnerung an diese Gräueltaten nicht verblassen zu lassen.

Per Video wurde ein in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen aufgezeichnetes Gespräch eingespielt, an dem die Leiterin des Mauthausen Memorials Barbara Glück, die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich Hannah Lessing, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch

und der Primarius für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Schriftsteller Paulus Hochgatterer teilnahmen. Moderiert wurde das Gespräch von ORF-Redakteurin Rebekka Salzer. Das Gespräch drehte sich unter anderem um die Fragen, inwieweit Krisenzeiten verstärkten Juden Hass oder ein Erstarken der Nationalstaaten hervorrufen und wie sich Antisemitismus über die Jahre verändert hat.

SIMON WIESENTHAL PREIS

In seiner Sitzung am 8. Juli 2020 beschloss der Nationalrat die Vergabe eines neuen Preises. Der Simon-Wiesenthal-Preis soll künftig einmal jährlich besonderes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und Aufklärung über den Holocaust würdigen und wird mit 30.000 Euro dotiert sein. Der Preisträger oder die Preisträgerin wird 15.000 Euro erhalten, zwei weitere Preise werden mit je 7.500 Euro ausgezeichnet. Zuständig für die Vergabe wird der beim Parlament eingerichtete Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer

INFOBOX

Simon Wiesenthal wurde 1908 im damals österreichischen Galizien geboren. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er verhaftet und in verschiedene Konzentrationslager deportiert. Er entging nur durch glückliche Umstände der Ermordung und wurde 1945 von US-amerikanischen Truppen aus dem Konzentrationslager Mauthausen befreit. Nach dem Krieg gründete er ein Dokumentationszentrum und begann, nationalsozialistischen Verbrechen nachzuspüren, zudem engagierte er sich in der Vertriebenenhilfe. Sein Dokumentationszentrum in Wien setzte sich zum Ziel, NS-Verbrecher ausfindig zu machen und Zeuginnen und Zeugen zu finden. Die aufsehenerregende Gefangennahme des NS-Verbrechers Adolf Eichmann 1960, dem anschließend in Israel der Prozess gemacht wurde, war nicht zuletzt durch die hartnäckige Suche Wiesenthals möglich geworden. Trotz aller Gegenstimmen und vieler Anfeindungen gab Wiesenthal nie auf, den Verbrechen des Nationalsozialismus nachzugehen. 1982 wurde sogar ein Bombenanschlag seitens Rechtsradikaler auf ihn verübt. 2005 starb Simon Wiesenthal hochbetagt in Wien. Seine sterblichen Überreste wurden in Herzliya (Israel) beigesetzt.

des Nationalsozialismus sein. Die Entscheidung wird das Kuratorium des Nationalfonds auf Basis eines Vorschlags einer sechsköpfigen Jury treffen. In der Plenardebatte sprachen sich ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS für diesen Preis aus. Lediglich die FPÖ war dagegen, aber nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil sie den Preis nach Bruno Kreisky benennen wollten.

Nationalratspräsident Sobotka, der die Auszeichnung initiiert hatte, appellierte mit Nachdruck an den gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus, denn es gehe um Österreich und darum, wie wir mit unserer Geschichte umgehen. Für ihn sei der Preis eine „Herzensangelegenheit“.

Die Tochter von Simon Wiesenthal, Paulinka Kreisberg, unterstützte die Initiative: „Gerade in der heutigen Zeit, in der Rassismus und Antisemitismus zunehmen, in der der Holocaust vermehrt geleugnet wird, ist der Entschluss Österreichs, einen Simon-Wiesenthal-Preis ins Leben zu rufen, von großer Bedeutung.“ Der Preis sei ganz im Sinne ihres Vaters, so Kreisberg, dieser habe immer gegen Doppelmoral, gegen Fremden Hass und gegen die Diskriminierung von Minoritäten gekämpft. Er hätte es als eine große Ehre empfunden, dass der Preis seinen Namen trägt.

SEKUNDÄRANALYSE ZUR ANTISEMITISMUSSTUDIE

Am 2. September 2020 wurde die Sekundäranalyse zur Antisemitismus-Studie 2018 präsentiert, die ebenfalls im Auftrag der Parlamentsdirektion von IFES (Institut für empirische Sozialforschung) durchgeführt wurde. Im Rahmen der Studie wurden Dimensionen des Antisemitismus und ihre Zusammenhänge erfasst. Die Analyseergebnisse stärken die These eines latenten bzw. manifesten Antisemitismus. Die Sekundäranalyse betont auch die Bedeutung von Bildung: Wer über höhere formale Bildungsabschlüsse verfügt, äußert sich in allen Dimensionen weniger antisemitisch als formal niedriger Gebildete. Zudem wurden die wirtschaftliche Situation und die Religion als Einflussfaktoren für Antisemitismus untersucht.

Die wissenschaftliche Forschung im Auftrag des Parlaments wird fortgesetzt: Die Antisemitismus-Studie 2020 fokussiert inhaltlich auf den Einfluss sozialer Medien sowie fremdsprachiger Medien und auf die Affinität zu Verschwörungstheorien.

Weitere Informationen unter:
www.antisemitismus2018.at

Terror in Wien

Gemeinsame Erklärung des Nationalrates im Wortlaut

In tiefer Betroffenheit sehen wir die Folgen dieses brutalen islamistischen Terroraktes. Menschen, die ihr Leben verloren haben. Menschen, die am Körper verletzt wurden und um ihre Gesundheit bangen. Menschen, die zutiefst verängstigt sind.

In den laufenden Ermittlungen der Behörden zeigen sich jetzt Hinweise auf eine dem Anschlag zugrunde liegende verblendete, menschenverachtende Gewaltideologie. Es ist Sache der Ermittlungsbehörden und der Gerichte, das restlos aufzuklären, Verbindungen offenzulegen und Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Was wir heute und jetzt tun können, ist dem Terror und der Gewalt an sich eine klare Absage zu erteilen. Terror zielt auf die Gemeinschaft als solche. Ihm geht es nicht nur um die einzelnen Opfer. Gerade die Willkür in der Auswahl der Opfer zielt darauf ab, die Freiheit, die Teil unserer gesellschaftlichen Identität ist, an sich zu treffen. Das ist menschenverachtend und das ist feige.

Was auch immer die Täter bezwecken wollten, unsere liberale Demokratie bleibt standhaft. Wenn das Ziel des Terrorismus darin liegt, unsere Gesellschaft zu spalten, dann erreicht er damit genau das Gegenteil.

Wir stehen gemeinsam in der Ablehnung von Gewalt und Terror.

Unsere demokratische Gesellschaft steht dafür, Unterschiede und Trennendes gewaltfrei, in einem parlamentarischen Verfahren zu bearbeiten, und darüber Gemeinsamkeit zu bilden. Dieses Bekenntnis zu Parlamentarismus und Demokratie ist stark und unerschütterlich.

Jeder extremistischen und totalitären Gesinnung erteilen wir eine Absage und treten mit aller Kraft dagegen auf. Es ist Sache des Staates, sei-

ner demokratischen Institutionen und der gesamten Zivilgesellschaft, solchen Gesinnungen für alle Zukunft den Nährboden zu entziehen.

In diesen Stunden gilt unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme den Opfern und ihren Angehörigen. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, ihnen Unterstützung und Hilfe zuteilwerden zu lassen.

Wir bedanken uns bei allen Einsatzkräften der Polizei, des Bundesheeres und der Rettung, die in einer äußerst belastenden und hochriskanten Einsatzsituation professionell agiert haben und agieren.

Und wir bedanken uns bei all den Menschen, die sich in diesen schweren Stunden solidarisch gezeigt haben und zeigen, und im Rahmen ihrer Möglichkeiten geholfen haben und helfen. Es gibt Mitbürger, die unter Einsatz ihres Lebens geholfen haben, Verletzte aus dem Gefahrenbereich zu bringen. Es gibt Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Menschen Unterkunft gewährt haben, und es gibt viele weitere mitmenschliche Beiträge.

Es ist dieser Geist von Gemeinsamkeit, der Österreich auszeichnet, und der uns durch diese schweren Stunden trägt.

Es ist dieser Geist von Gemeinsamkeit, der unsere Demokratie standhaft bleiben lässt.

*Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka
Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures
Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer
ÖVP-Klubobmann August Wöginger
Grüne-Klubobfrau Sigrid Maurer
SPÖ-Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner
FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl
NEOS-Klubobfrau Beate Meini-Reisinger*

Am 2. November ereignete sich ein Terroranschlag in Wien, bei dem unschuldige Passantinnen und Passanten brutal aus dem Leben gerissen und viele weitere verletzt wurden. Eingedenk dieses schockierenden Ereignisses veröffentlichte die Präsidiäle des Nationalrates eine gemeinsame Erklärung, der Nationalrat trat am 5. November zu einer Sondersitzung zusammen.





THEMA

Parlament
International



Besuche und Reisen

AUSLANDSREISEN DES PRÄSIDENTEN DES NATIONALRATES	
05.–06.01.2020	Tschechische Republik
20.–21.01.2020	Polen
29.–30.01.2020	Italien
12.–13.02.2020	Slowakei (Treffen der Parlamentspräsidenten im Austerlitz+Format)
29.02.–03.03.2020	Ägypten
05.–06.03.2020	Albanien und Nordmazedonien
25.–26.06.2020	Schweiz
14.–18.07.2020	Deutschland
07.–08.09.2020	Deutschland

BESUCHE BEIM PRÄSIDENTEN DES NATIONALRATES

13.01.2020	Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich Prof. Dr. Martin Selmayr
30.01.2020	Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga
11.02.2020	CEO des American Jewish Committee (AJC) David Harris
12.02.2020	Erster Untergeneralsekretär des VN-Büros für Terrorismusbekämpfung Vladimir Voronkov
26.05.2020 18.09.2020	Leiterin des VN-Büros in Wien Generaldirektorin Ghada Fathi Waly
02.07.2020 19.09.2020	Präsident der Nationalversammlung von Slowenien Igor Zorčič
03.07.2020	Präsident des Nationalrates der Slowakei Boris Kollár
24.08.2020	Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission Katharina von Schnurbein bei den Salzburger Festspielen
24.08.2020	EVP-Fraktionsführer im Europäischen Parlament Manfred Weber bei den Salzburger Festspielen
25.08.2020	EU-Kommissar Johannes Hahn bei den Salzburger Festspielen
29.08.2020	Präsidentin des Nationalrates der Schweiz Isabelle Moret bei den Salzburger Festspielen
30.08.2020	Präsident des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Radek Vondráček und Präsident des Nationalrates der Slowakei Boris Kollár beim Treffen im Austerlitz Format
02.09.2020	Präsident der Nationalversammlung von Ungarn László Kövér
14.09.2020	Polnischer Senatsmarschall Prof. Tomasz Grodzki
15.09.2020	Ukrainischer Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj

BESUCHE BEI ABGEORDNETEN DES NATIONALRATES

17.02.2020	Aussprache von Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses mit der Leiterin des OECD Berlin Centres Nicola Brandt
26.02.2020	Aussprache von Mitgliedern des Ständigen EU-Unterausschusses mit dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich Prof. Dr. Martin Selmayr
28.02.2020	Arbeitsgespräch von Abg. z. NR Reinhold Lopatka mit dem nordmazedonischen Vizepremierminister Bujar Osmani
17.09.2020	Aussprache von VertreterInnen des Verfassungsausschusses mit einer Delegation des Medienausschusses des Senats der Tschechischen Republik

VIDEOGESPRÄCHE DES PRÄSIDENTEN DES NATIONALRATES

23.11.2020	Videogespräch mit dem Präsidenten der Nationalversammlung von Ungarn László Kövér
30.11.2020	Videogespräch mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Radek Vondráček
01.12.2020	Videogespräch mit dem Präsidenten der Versammlung von Nordmazedonien Talat Xhaferi
03.12.2020	Videogespräch mit dem Präsidenten der Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments Roberto Fico
16.12.2020	Videogespräch mit dem Präsidenten der Versammlung von Albanien Gramoz Ruçi
18.12.2020	Videogespräch mit dem Präsidenten des Schweizer Nationalrates Andreas Aebi

VIDEOGESPRÄCHE DER ABGEORDNETEN DES NATIONALRATES

26.06.2020	Videokonferenz der Vorsitzenden der EU-Ausschüsse von Nationalrat und Bundesrat mit dem Chefverhandler der Europäischen Kommission für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich Michel Barnier
17.09.2020	Videokonferenz der Obleute der EU-Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments mit dem Chefverhandler der Europäischen Kommission für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich Michel Barnier
14.10.2020	Videokonferenz von Mitgliedern des Ständigen EU-Unterausschusses des Nationalrates mit Mitgliedern des Ausschusses für Äußeres und Gemeinschaftsangelegenheiten der italienischen Abgeordnetenversammlung
25.11.2020	Videokonferenz von Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates mit Mitgliedern des Ausschusses für Äußeres und Gemeinschaftsangelegenheiten der italienischen Abgeordnetenversammlung

VIRTUELLE FÜNFTE IPU-WELTKONFERENZ

Über 115 der weltweit führenden gesetzgebenden Institutionen nahmen am 19. und 20. August 2020 an der virtuellen fünften IPU-Weltkonferenz unter dem Thema „Parlamentarische Führung für einen effektiveren Multilateralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für die Menschen und den Planeten schafft“ teil.

Die Konferenz wurde von der IPU in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament und den Vereinten Nationen organisiert. Ursprünglich für Wien geplant, wurde die Konferenz mit physischer Teilnahme aufgrund der COVID-19-Pandemie auf 2021 verschoben. Ein virtuelles Treffen im August war jedoch essenziell, um die aktuelle Gesundheitskrise sowie die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu diskutieren. „Viele Demokratien mussten in der Corona-Krise harte Entscheidungen treffen, als es um die Einschränkung von Grundfreiheiten ging. Solche Situationen sind ein Test für die Resilienz unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen. Krisen können nur unter Einbindung der Parlamente bewältigt werden“, unterstrich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Eröffnung der Konferenz.

Unter den RednerInnen waren neben ParlamentspräsidentInnen auch Abgeordnete, Diplomaten,

WissenschaftlerInnen und VertreterInnen multilateraler Organisationen. Erörtert wurde die internationale parlamentarische Zusammenarbeit hinsichtlich der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen der COVID-19-Welt. Weitere Panels behandelten u. a. Klimawandel, Weltordnungspolitik, nachhaltige Volkswirtschaften sowie Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus. Bei Letzterem brachten sich Nationalratspräsident Sobotka sowie Abg. z. NR Reinhold Lopatka als Vorsitzender der hochrangigen Beratergruppe zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus der IPU besonders aktiv ein. „Kein Opfer von Terrorismus darf alleine gelassen werden“, betonte Abg. z. NR Lopatka in der Diskussion, die vor allem die Perspektiven der Opfer von Terrorismus in den Mittelpunkt stellte. Zudem wurde auf aktuelle Entwicklungen und die erhöhte Verbreitung von Hassreden im Internet eingegangen, wobei sich Nationalratspräsident Sobotka insbesondere von der Zunahme des Antisemitismus alarmiert zeigte: „Wenn wir es ernst meinen mit der Demokratie, müssen wir alles tun, um gegen jede Form von Antisemitismus aufzutreten.“ Weitere Themen wie z. B. die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen oder die Förderung der Jugend in der Politik und in den Parlamenten wurden in Konferenzberichten vorgestellt.

In der Deklaration der Konferenz geht es vor allem



um die Stärkung des effektiven Multilateralismus, die internationale Kooperation und Solidarität, nicht zuletzt auch in Bezug auf die COVID-19 Pandemie. Diese Themen werden die ParlamentspräsidentInnen auch noch bei der Weltkonferenz 2021 (mit physischer Teilnahme) in Wien beschäftigen, auf der hoffentlich auch bereits ein Rückblick auf die erfolgreiche Bewältigung der weltweiten Gesundheitskrise möglich sein wird.

GIPFELTREFFEN DER PARLAMENTSPRÄSIDENTINNEN

Im Vorfeld der Weltkonferenz fand am 17. und 18. August das virtuelle 13. Gipfeltreffen der Parlamentspräsidentinnen statt, das von Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler und Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures gemeinsam mit der IPU Präsidentin Gabriela Cuevas Barron eröffnet wurde. Die Parlamentspräsidentinnen erörterten mit Expertinnen kollektive und individuelle Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die wirtschaftliche und finanzielle Eingliederung von Frauen zu stärken. Außerdem wurden die aktuellen Themen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Klimakrise und COVID-19-Pandemie behandelt. „Wenn geschlechtsspezifische Dimensionen in Krisen nicht berücksichtigt werden, verschärfen sich bestehende Ungleichheiten und neue entstehen“, warnte Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler

in diesem Zusammenhang. Auch die Zweite Nationalratspräsidentin Bures betonte, „COVID-19 darf nicht zu Rückschritten führen“, insbesondere da der Weg zur Erfüllung der Forderungen der Pekingener Deklaration ohnehin schon ein langer sei.



Highlights:

<https://youtu.be/RgBTZXdeyeA>



Deklaration:

<https://www.ipu.org/file/9550/download>



Bericht:

<https://www.ipu.org/file/9814/download>



Mehr zum Gipfeltreffen der Parlamentspräsidentinnen:

<https://www.ipu.org/event/13th-summit-women-speakers-parliament#event-sub-page-20914/>





1



2

1) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka trifft seinen italienischen Amtskollegen Roberto Fico

2) Ein österreichischer Gedenkdienster führt Nationalratspräsident Sobotka durch das Fondazione Museo della Shoah, das jüdische Museum in Rom.

3) Treffen mit dem deutschen Innenminister Horst Seehofer

4) Nationalratspräsident Sobotka mit Bassam Tibi bei der Verleihung des Ehrenkreuzes in Berlin

NR-PRÄSIDENT WOLFGANG SOBOTKA BESUCHTE ITALIEN

Eine Arbeitsreise mit Fokus auf bilateralen Gesprächen, Südtirol und den Austausch mit der Israelitischen Kultusgemeinde in Rom

Zur Intensivierung der bilateralen Kontakte besuchte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Ende Jänner Rom. Im Mittelpunkt der Reise standen Arbeitsgespräche mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Roberto Fico und der Senatspräsidentin Elisabetta Alberti Casellati. Präsident Sobotka lobte die gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen und betonte: „Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ist für Österreich ein wichtiger Punkt in der Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union“. Es gehe um eine klare Aufgabenverteilung zwischen der Union und den einzelnen Mitgliedstaaten. Als richtig und notwendig bezeichnete der Nationalratspräsident die Erweiterung der EU in Richtung Westbalkan: „Es ist erfreulich, dass Italien hier am selben Strang wie Österreich zieht“.

Südtirol als Modell für moderne Autonomie

Auf dem Programm stand auch ein gemeinsames Abendessen mit dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher und den Südtiroler SenatorInnen und Abgeordneten in der österreichischen Botschaft. Österreich nehme gemeinsam mit Italien seine Schutzfunktion sehr ernst. „Es ist mir eine Herzensangelegenheit, dass Österreich seiner Rolle in Hinblick auf Südtirol aktiv und engagiert nachkommt.“

Gemeinsam gegen Antisemitismus auftreten

Außerdem nutzte Präsident Sobotka seinen Aufenthalt in Rom für einen Besuch der Ausstellung „Shoah. L'infanzia rubata“ in der Fondazione Museo della Shoah und führte ein Gespräch mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde in Rom, Ruth Dureghello. Der Nationalratspräsident warnte vor dem Wiederaufkeimen des Antisemitismus in Europa. „Es braucht nicht nur den gesamtgesellschaftlichen Auftrag, entschieden gegen Antisemitismus aufzu-

stehen. Es liegt auch an der Politik, den Diskurs anzuregen, Öffentlichkeit zu schaffen und für dieses Thema zu sensibilisieren.“

DELEGATION DES ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRATES IN BERLIN

Vom 7. bis 8. September 2020 reiste eine Delegation des österreichischen Nationalrates nach Berlin und absolvierte dort ein dichtes zweitägiges Programm. Mit Delegationsleiter Nationalratspräsident Sobotka reisten ÖVP-Klubobmann August Wöginger, der stellvertretende Klubvorsitzende der Grünen-Fraktion Jakob Schwarz, der stellvertretende NEOS-Klubobmann Nikolaus Scherak und FPÖ-Klubobmannstellvertreter Hannes Amesbauer sowie VertreterInnen der Parlamentsdirektion. Mehrere Treffen mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Medizin boten Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über Fragen der internationalen parlamentarischen Zusammenarbeit, zum Thema des Umgangs mit der COVID-19-Krise sowie zu EU-Themen.

Bei einem Spaziergang durch das Regierungsviertel von Berlin unterhielten sich am 7. September Nationalratspräsident Sobotka und der deutsche Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn über die Herausforderungen und Entwicklungen in der COVID-19-Krise. COVID-19 war auch Gegenstand eines Mittagessens auf Einladung des österreichischen Botschafters in Berlin Peter Huber. Die Delegation hatte hier die Gelegenheit, sich mit zwei führenden deutschen Wissenschaftlern aus Medizin und Wirtschaft über medizinische und epidemiologische Fragen sowie die wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie auszutauschen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Berlinreise war der Kampf gegen den Antisemitismus. Bei einem Besuch des Jüdischen Museums Berlin traf die Delegation mit dem Geschäftsführer des Museums zusammen und erhielt eine Führung durch die neue Dauerausstellung. Bei einem Treffen von Nationalratspräsident Sobotka mit Felix Klein, dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, fand ein Austausch über die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland, aktuelle Gesetzgebungsvorschläge in beiden Ländern und die Wurzeln des Antisemitismus statt.

Ein Besuch im Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam führte die Delegation danach unter anderem an das Konzept des Design Thinking heran, einen Denkansatz, mit dem Transformationsprozesse in Gesellschaft und



Wirtschaft vorangetrieben werden können. In einer Diskussion mit dem Direktor des Instituts wurden u. a. aktuelle Projekte und Programme des Instituts vorgestellt und Fragen der digitalen Aufklärung erörtert.

Am Abend des 7. September überreichte Nationalratspräsident Sobotka in der österreichischen Botschaft in Berlin dem Politologen, Islamwissenschaftler und Nahostexperten Bassam Tibi das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse. Am 8. September traf Nationalratspräsident Sobotka mit dem deutschen Innenminister Horst Seehofer zusam-





men. Themen des Gesprächs waren aktuelle Fragen und Schnittstellen der beiden Länder hinsichtlich Grenzmanagement, in den Bereichen Asyl und Migration sowie dem zunehmenden Antisemitismus. Ein anschließender Besuch der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, die den deutschen Abgeordneten des Bundestages, der Landtage und des Europäischen Parlaments den Raum bietet, ihre Beziehungen

1) Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden internationale Treffen großteils in den virtuellen Raum verlagert.

2) Die Delegation des österreichischen Parlaments beim Besuch des Deutschen Bundestages mit dessen Präsidenten Wolfgang Schäuble

3) Nationalratspräsident Sobotka beim Austausch mit dem ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah ad-Sisi

4) Virtuelle Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zwischen der IMC FH Krems und der ägyptischen Universität des 6. Oktobers

über Parteigrenzen hinweg zu stärken, erlaubte der Delegation einen Einblick in die Möglichkeiten und die Funktionsweise der Gesellschaft.

Den Abschluss des Besuchs bildete ein Zusammentreffen der Delegation mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Schäuble, bei dem unter anderem über die Erfahrungswerte und Lehren aus dem bisherigen Krisenmanagement der COVID-19-Krise und die Rolle von Parlamenten diskutiert wurde. Zur Sprache kamen auch EU-Themen wie der Mehrjährige Finanzrahmen und die Perspektiven der EU-Erweiterung am Westbalkan.

DIE VIRTUELLE INTERNATIONALE WELT: VIDEOKONFERENZEN UND -GESPRÄCHE

Auch in Zeiten der COVID-19-Pandemie blieben die internationalen Kontakte belebt. Im Zeichen der Bedeutung des internationalen Austausches und der Zusammenarbeit gerade in Krisenzeiten beschritt das österreichische Parlament neue Wege und baute seine digitalen Angebote weiter aus, um virtuelle Begegnungen zu erleichtern. So fanden auf allen Ebenen – von europäischen und internationalen Ausschüssen über parlamentarische Versammlungen internationaler Organisationen bis hin zu Konferenzen und Treffen von Abgeordneten – im gesamten Jahresverlauf zahlreiche bi- und multilaterale Videokonferenzen statt.

Auch Nationalratspräsident Sobotka setzte auf das Format der Videokonferenzen, um die Kontakte zu seinen AmtskollegInnen im europäischen und internationalen Umfeld trotz Reisebeschränkungen weiter zu pflegen. Im Rahmen einer Serie von Videokonferenzen und Telefonaten fanden Gespräche des Nationalratspräsidenten mit seinen AmtskollegInnen aus Albanien, Deutschland,



Italien, Nordmazedonien, der Schweiz, Tschechien und Ungarn statt.

Ein Schwerpunkt dieser Gespräche lag im Erfahrungsaustausch über die Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie, deren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die Situation in den Parlamenten und über Wege aus der Krise. Neben COVID-19 war auch der Terroranschlag in Wien von Anfang November und die Rolle der Parlamente bei der Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung ein trauriges, aber zentrales Thema. Auch aktuelle Fragen der europäischen und internationalen Politik waren Gegenstand der Gespräche. So wurden insbesondere das EU-Budget und die Coronaaufbaufonds, die Erweiterungsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten und außenpolitische Themen wie die US-Wahlen oder aktuelle internationale Konflikte thematisiert.

BEZIEHUNGEN ZU ÄGYPTEN VERTIEFEN

Nationalratspräsident Sobotka führte im Rahmen seiner Ägyptenreise von 29. Februar bis 3. März 2020 Gespräche mit politischen und geistlichen Vertretern des Landes. Neben seinem Amtskollegen, dem Präsidenten des Repräsentantenhauses Ali Abd al-Aal, traf er auch mit Staatspräsident Abd al Fattah al-Sisi, Premierminister Mostafa Madbulisowie Hochschul- und Wissenschaftsminister Khaled Atef Abdul Ghaffar zusammen und sprach mit dem geistlichen Oberhaupt des sunnitischen Islam Sheikh Al Azhar und dem Papst der koptischen Christen Tawadros II.

Inhaltlich standen die Themen Wirtschaft und Bildung im Mittelpunkt, die sich bereits beim EU-Afrika-Forum 2018 in Wien als Schwerpunkte für die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern herauskristallisiert hatten. Ägypten als Nachbar Europas, Tor zu Afrika und Stabilitätsfaktor in der Region sei für Österreich ein zentraler Partner und es liege im gemeinsamen Interesse, die Beziehungen zu vertiefen. Die Gespräche in Kairo zeigten, dass im wirtschaftlichen Bereich und im Hochschulsektor dafür konkrete Perspektiven bestehen. Durch verstärkte Kooperation im Bildungssektor wolle Österreich zu Ägyptens Entwicklung und Stabilität beitragen,



unterstrich Nationalratspräsident Sobotka, der in seiner Delegation von mehreren Hochschulrektoren begleitet wurde.

Ein erstes sichtbares Ergebnis der Reise war die am 2. November 2020 per Videokonferenz unterzeichnete Kooperationsvereinbarung zwischen der IMC FH Krets und der ägyptischen Universität des 6. Oktobers über zwei Bachelorstudiengänge im Bereich Tourismus und Management, die ab dem Wintersemester 2021/22 von der FH Krets am Campus der Universität in Kairo angeboten werden sollen. „Die Vereinbarung gibt weitere Impulse für die bereits guten ägyptisch-österreichischen Beziehungen“ betonte Präsident Sobotka, der auch die Reise im Frühjahr nicht als Einmalereignis sehen möchte. „Es geht uns um kontinuierliche Kooperationsstrukturen. Daran werden wir gemeinsam mit Ägypten weiterarbeiten.“

TRILATERALE ZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES AUSTERLITZ-FORMATS

Auch dieses Jahr fand ein Treffen der Parlamentspräsidenten von Österreich, Tschechien und der Slowakei im Rahmen des Austerlitz-Formats statt. Der slowakische Vorsitz lud nach Bratislava ein. Die aktuellen Herausforderungen in der EU sowie die Fortführung des Erweiterungsprozesses standen im Mittelpunkt der Gespräche. Mit dem Treffen wollte man eine Brücke für die Staaten am Westbalkan bilden, erklärte der Nationalratspräsident und betonte die Wichtigkeit rascher Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien. Außerdem sollten die Reformanstrengungen von Serbien und Montenegro entsprechend gewürdigt werden. Auf Grund dieses Themas wurde das Format für dieses Treffen ausgeweitet und es wurden auch die ParlamentpräsidentInnen von Slowenien, Kroatien, Serbien und Montenegro nach Bratislava eingeladen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gab zudem zu bedenken, dass keines der Länder, die im Rahmen des erweiterten Austerlitz-Formats teilnehmen, zu den Gründungsmitgliedern der EU gehörten. "Wir waren alle einmal Kandidaten", unter-

strich er, Europa sei durch Erweiterungen Schritt für Schritt zusammengewachsen. Österreich sah sich immer als Fürsprecher der Westbalkan-Staaten und nehme diese Rolle nun gemeinsam mit den mittel-europäischen Nachbarn wahr.

Der Nationalratspräsident und seine Amtskollegen aus Tschechien und der Slowakei betonten in einer gemeinsamen Erklärung, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten als maßgebliche Stimme der Bevölkerung in diesen Prozess einzubinden sind. Gleichzeitig sollten auch die Überlegungen der Westbalkan-Staaten, die eine europäische Perspektive haben, gehört werden.

Österreichischer Vorsitz im Austerlitz-Format

Im Juli 2020 übernahm Österreich für ein Jahr die Koordinationsrolle im Austerlitz-Format und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka lud zur weiteren Intensivierung der Beziehungen im August zu einer informellen Zusammenkunft nach Grafenegg ein.

Dominiert wurden die Gespräche von COVID-19 und dessen Auswirkungen. Die Pandemie habe





die Bedeutung der Nachbarschaftspolitik unterstrichen und es sei wertvoll und wichtig, in Krisenzeiten bei der Erarbeitung gemeinsamer Lösungen auf seine Nachbarn zählen zu können, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Österreich werde den Fokus während des Austerlitz-Vorsitzes dementsprechend unter anderem auf den Austausch und die Abstimmung in Zusammenhang mit COVID-19 richten. Außerdem tauschten sich die drei Präsidenten in einer von Paul Lendvai moderierten Diskussionsrunde zum Thema Westbalkan aus.

Ein weiteres Treffen unter österreichischem Vorsitz soll im Frühjahr 2021 in Niederösterreich stattfinden. Neben COVID-19 sollen dabei unter anderem auch die Zukunft der EU, die EU-Erweiterung am Westbalkan und Hass im Netz besprochen werden.



(links) Das Austerlitz-Treffen in Bratislava (v. li.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der slowakische Parlamentspräsident Andrej Danko und der tschechische Parlamentspräsident Radek Vondráček
(rechts oben) Das Austerlitz-Treffen in Grafenegg (v. li.) Der tschechische Parlamentspräsident Radek Vondráček, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsident des slowakischen Nationalrates Boris Kollár
(rechts unten) Im Gespräch mit Boris Kollár und Radek Vondráček.

DER WESTBALKAN AUF DER AGENDA PARLAMENTARISCHER AKTIVITÄTEN

Auch im Jahr 2020 stand die Region des Westbalkans im Fokus parlamentarischer Aktivitäten. Nachdem im März 2020 der lang erwartete Durchbruch zur Entscheidung der EU-27 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien erfolgte, galt es, die Dynamik des Erweiterungsprozesses auch auf der Ebene der nationalen Parlamente weiterzutragen. So wurde im März 2020 von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eine neue Etappe in der parlamentarischen Zusammenarbeit in den Westbalkanländern gestartet: die nächste Phase der Implementierung und Verwirklichung des Modells der österreichischen Demokratiewerkstatt in Tirana und Skopje mit den Parlamenten von Nordmazedonien und Albanien.

Eine der ureigensten Aufgaben der Parlamente ist es, das Bewusstsein und Interesse für Demokratie und Parlamentarismus und zivilgesellschaftliches Engagement schon bei jungen Menschen zu wecken und zu fördern. Die seit 13 Jahren sehr erfolgreich im österreichischen Parlament laufende Demokratiewerkstatt mit ihrem besonderen Konzept der didaktischen Vermittlung wird im Sinne des capacity buildings in den Ländern Südosteuropas als best-practice-Beispiel dienen. Im Rahmen des bilateralen Besuchs des Nationalratspräsidenten Anfang März 2020 wurde daher mit einem zwischen den jeweiligen Parlamentspräsidenten unterzeichneten Letter of Intent in beiden Ländern der Startschuss gegeben. Trotz der schwierigen Arbeitsverhältnisse aufgrund von COVID-19 fand ein reger Informationsaustausch zur Unterstützung der Vorbereitungsarbeiten statt.



In Ergänzung zu bereits bestehenden beziehungsweise in Aufbau befindlichen Vermittlungsprogrammen unterstützt die Demokratiewerkstatt in besonderer Weise die Stärkung demokratischer Institutionen und die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit – eine der zentralen Forderungen seitens der EU – und leistet damit einen wichtigen zukunftsweisenden Beitrag, um Kindern und Jugendlichen Verständnis für parlamentarische Prozesse, Politik und Partizipation mitzugeben. Mit seiner langjährigen Expertise in der Region Südosteuropas ist das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), unterstützt von der Erste Stiftung, Implementierungspartner für das österreichische Parlament.

Darüber hinaus verfolgt das österreichische Parlament die bisherigen Aktivitäten und Initiativen in den sechs Westbalkanländern konsequent weiter. Im Sommer 2020 konnte das Westbalkan-Stipendienprogramm des österreichischen Parlaments im Zusammenarbeit mit dem European Fund for the Balkans ausgeschrieben werden.

Nach dem Pilotprojekt 2019/20 wird das Stipendienprogramm vom österreichischen Parlament finanziert und weiterhin gemeinsam mit dem European Fund for the Balkans (EFB) als regionalem Partner mit seinem Büro in Belgrad durchgeführt. COVID-19 bedingt erst ab Mai 2021 werden insgesamt sechs StipendiatInnen in den unterschiedlichsten Bereichen der Parlamentsdirektion vielfältige Erfahrungen sammeln. Essenziell dabei ist der gegenseitige Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen und die Intention, dem „Braindrain“ aus den Westbalkanländern entgegenzuwirken sowie ein Netzwerk von ExpertInnen aufzubauen, die in den jeweiligen Parlamentsverwaltungen mit ihren Erfahrungen dazu beitragen, ihre Institution weiterzuentwickeln, aber auch regional zusammenzuarbeiten. Auch wenn COVID-19 bedingt der Aufenthalt

der dritten Gruppe etwas verkürzt wurde und das Abschlussseminar verschoben werden musste, stimmen die Erfahrungen des ersten Jahrgangs des Programms sehr positiv, war das Stipendienprogramm doch sowohl für die StipendiatInnen als auch für die KollegInnen des österreichischen Parlaments eine Bereicherung.

Die dritte Säule der Initiativen des Parlaments bildet die aktuelle Beteiligung am seit Mai 2019 laufenden Twinning-Projekt der Europäischen Kommission in Bosnien und Herzegowina zur Unterstützung der Parlamente in der Annäherung an die EU „Empowerment and Further Support to the Parliaments of Bosnia and Herzegovina in EU Integration Tasks“. Dabei konnten 2020 trotz COVID-19 zahlreiche Onlineaktivitäten aus dem Homeoffice gesetzt werden, um durch Workshops, gemeinsam erarbeitete Konzepte und Empfehlungen im Bereich EU-Kommunikation, EU-Mitwirkung, Human Resources, Budget und elektronischer Gesetzgebungsprozess die Kompetenz und Expertise der Parlamente zu stärken und sie für den EU-Beitrittsprozess zu rüsten.

Im Herbst 2020 schien der nächste große Schritt im EU-Erweiterungsprozess, die Annahme des Verhandlungsrahmens für Albanien und Nordmazedonien und in weiterer Folge die Festlegung der tatsächlichen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen, zum Greifen nahe, stand Ende Dezember aber schließlich noch aus. Im Entwurf der Ratsschlussfolgerungen zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess Ende Dezember 2020 wird konkret darauf Bezug genommen sowie einmal mehr das Bekenntnis zur Erweiterung als „strategische Investition in Frieden, Demokratie, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität in Europa“ unterstrichen. In diesem Prozess der Heranführung an die EU sind die nationalen Parlamente also mehr denn je gefragt. Das österreichische Parlament wird seine Verantwortung wahrnehmen und weiterhin mit vielfältigen Projekten Initiativen setzen und seinen Beitrag dazu leisten.







5

1) Nationalratspräsident Sobotka mit der Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus Katharina von Schnurbein am Rande der Salzburger Festspiele

2) Abg. z. NR Martin Engelberg, der Präsident des American Jewish Committee David Harris, Abg. z. NR Michaela Steinacker (Obfrau der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Israel) und Nationalratspräsident Sobotka (v. li.)

3) Nationalratspräsident Sobotka mit EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn und dem Abgeordneten zum Europäischen Parlament Manfred Weber am Rande der Salzburger Festspiele

4) Abg. z. NR Norbert Sieber, Nationalratspräsident Sobotka, Präsidentin des Schweizer Nationalrates Isabelle Moret, Galerist Thaddaeus Ropac, Mitglied des Schweizer Nationalrates Nicolo Paganini (v. li.)

5) Delegation österreichischer Nationalratsabgeordneter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (v. li., hinten) Stephanie Krisper, Reinhold Lopatka, Franz Eßl, Michel Reimon, (vorne) Petra Bayr, Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures, Carmen Jeitler-Cincelli, Axel Kassegger

6) Virtuelles Gespräch zwischen Nationalratspräsident Sobotka und dem Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung László Kövér

7) Botschafter der USA in Österreich Trevor Traina und Nationalratspräsident Sobotka



6



7





13



14



15

8) Virtuelles Treffen zwischen dem tschechischen Parlamentspräsidenten Radek Vondráček und Nationalratspräsident Sobotka

9) Präsident der slowenischen Nationalversammlung Igor Zorčič und Nationalratspräsident Sobotka

10) Virtuelles Treffen zwischen dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer Roberto Fico und Nationalratspräsident Sobotka

11) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit Maria Elisabetta Alberti Casellati, der Präsidentin des italienischen Senats

12) Nationalratspräsident Sobotka bei seiner Rede beim European-Jewish-Association-Symposium in Krakau anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau

13) Kranzniederlegung und Gedenkminute im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

14) Nationalratspräsident Sobotka mit dem (damaligen) Premierminister der Republik Nordmazedonien Oliver Spasovski

15) Austausch zwischen der Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Nationalratspräsident Sobotka

Neue Ausstellung zeitgenössischer Kunst im Parlament

Bei der diesjährigen Ausstellung zeitgenössischer Kunst werden unterschiedliche Positionen von KünstlerInnen gezeigt, die zum Ort des Geschehens passen. In der Kunst geht es wie im Parlament um Diskurs und um die kreative Auseinandersetzung mit oft sehr kontroversiellen Themen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hat bei der Vernissage am 6. Oktober 2020 betont, dass gerade in schwierigen Zeiten die Kunst ein Geschenk an unsere Normalität ist und dass Kunst nicht nur Teil unseres Lebens ist, sondern auch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagiert. „Kunst ist eine Bereicherung und beeinflusst uns auch unbewusst.“

Der Kunstkurator des Parlaments Leopold Kogler erklärte, dass sich die Buntheit der Gesellschaft in den Werken der Ausstellung ausdrücken soll. Laut Kogler geht es vor allem darum, wie mit vieldeutigen künstlerischen Bildsprachen die Auseinandersetzung mit Kunst angeregt werden kann. Es entwickeln sich in den Räumlichkeiten differenzierte Gefühlslagen, weil so manches auf den ersten Blick nur angedeutet ist oder sogar unsichtbar bleibt.

DIE NEUN TEILNEHMENDEN KÜNSTLERINNEN UND KÜNSTLER

Folgende KünstlerInnen präsentieren in der Ausstellung ihre Werke: Doris Dittrich, Alois Mosbacher, Frenzi Rigling, Franz Schwarzinger, Johann Julian Taupe, Gerlinde Thuma, Josef Trattner, Martin Veigl und Maria Wiesner.

Doris Dittrich (1988) lebt und arbeitet in Wien und St. Michael (Burgenland). Sie sagt über ihre Werke: „Ich frage mich, was es bedeutet, Zeuge der diffizilen Komplexität unserer Gesellschaft, unserer Zivilisation und des menschlichen Lebens an sich zu sein. Als Künstlerin sehe ich meine Aufgabe in der Verpflichtung zum Handeln und eine Verantwortung zur Reaktion.“

Alois Mosbacher (1954) lebt und arbeitet in Wien und Obermarkersdorf (Niederösterreich). Er benutzt in seiner Malerei den Wald wie eine Bühne für mögliche Narrationen und gleichzeitig als strukturelles

Element, um das Bild und den Bildraum zu definieren, zu gliedern und formal zu bestimmen.

Frenzi Rigling (1958) lebt und arbeitet in Wien und Obermarkersdorf (Niederösterreich). Sie arbeitet mit textilen Werkstoffen und legt ihren Blick auf die Zwischenräume. Sie fokussiert nicht immer direkt auf etwas, sondern schaut eher daneben und nimmt den Raum zwischen den Dingen genauso wichtig, wie die Dinge selbst. Sie sagt: „Das Bild macht sich selbst, indem es diese Dinge neu zusammensetzt.“

Franz Schwarzinger (1958) lebt und arbeitet in Wien und Pressbaum. Der Direktor der Albertina, Klaus Albrecht Schröder, bezeichnete Schwarzinger als „Künstler, bei dem das Menschenbild wirklich zentral ist, andererseits hat er einen Begriff des Menschen, der das Kreatürliche viel weiter versteht, als wir das im engeren Sinn der heutigen Gegenwart wahrnehmen.“

Johann Julian Taupe (1954) lebt und arbeitet in Wien und Villach. Seine zahlreichen Ausstellungen waren in vielen europäischen Ländern und auch in Russland zu sehen. Malen ist für ihn ein fortwährender Prozess und Ausdruck seiner Erfahrungen und Eindrücke.

Gerlinde Thuma (1962) lebt und arbeitet in Wien und Gablitz (Niederösterreich). Ihre gezeigten Werke beinhalten die Elemente Kohlestaub und Wasser. Scheinbare Limitierungen sind nicht Einschränkung, sondern Anstoß für Richtungswechsel – das Schweben und Treiben setzt sich so von Bildraum zu Bildraum fort.

Josef Trattner (1955) lebt und arbeitet in Wien und Radlbrunn (Niederösterreich). Das rote Sofa, das sich in der Hofburg befindet, ist interaktiv nutzbar, Abgeordnete sollen Begriffe zum Thema Parlament und Demokratie auf das Sofa schreiben.



Die gezeigten Fotoarbeiten "in dialogue" weisen auf die Notwendigkeit von Dialog in der Politik hin und thematisieren gleichzeitig die zurzeit stattfindende Diskussion um Denkmäler.

Martin Veigl (1988) lebt und arbeitet in der Stadt Haag (Niederösterreich). Kurator Günther Oberhollenzer über den Künstler: „Er versucht in seinem künstlerischen Ansatz weniger, den Gegenstand auf das zentrale Wesensmerkmal zu reduzieren, sondern ihn zu verzerren und fragmentieren, ihn aufzulösen und neu zusammenzusetzen.“

Maria Wieser (1969) lebt und arbeitet in Mödling (Niederösterreich). Sie sagt über ihre Kunst: „Der Malprozess ist für mich eine Meditation voller Präsenz, die mir erlaubt neue Landschaften, neue Gebiete zu erkunden, zu begreifen und entstehen zu lassen. Auf meinem Weg lasse ich mich gerne überraschen, wohin mich der Pinsel und meine Hände geleiten.“

FÜHRUNG DURCH DIE AUSSTELLUNG

Für die Teilnahme an einer Sonderführung, die jeden zweiten und vierten Samstag im Monat stattfindet, ist keine Anmeldung erforderlich.

Mehr Informationen zu aktuellen, möglicherweise aufgrund der Corona-Pandemie eingeschränkten Führungszeiten zur Ausstellung sowie zu den Sonderführungen sind auf der Website des Parlaments unter www.parlament.gv.at abrufbar.



Margaretha Lupac-Stiftung: Demokratiepreis 2020

Die gemeinnützige Stiftung des Parlaments vergibt seit 2004 alternierend den Demokratie- und den Wissenschaftspreis. Insgesamt 43 Personen, Vereinen, Organisationen oder Projekten wurden die Preise der Margaretha-Lupac-Stiftung bisher zuerkannt.

Ausgezeichnet werden die Arbeiten, die das Verständnis für die Grundlagen, die Funktionsweise und die Grundwerte der österreichischen Republik fördern und die dazu beitragen, die Bedeutung von Toleranz im Diskurs über Fragen der Politik, Kunst und gesellschaftlichen Entwicklungen zu vermitteln.

Der Demokratiepreis 2020 der Margaretha Lupac-Stiftung steht erneut für die Vielfalt der Demokratie in Österreich. Wichtige Themen wie Demokratiebildung, politische Partizipation und Menschen- sowie Minderheitenrechte stehen im Mittelpunkt. Das Kuratorium der Stiftung folgte in seiner Sitzung am 20. Oktober 2020 den Vorschlägen der Jury. Der Demokratiepreis 2020 geht zu gleichen Teilen an die Historikerin Gertraud Diendorfer, die Initiativ-Gruppe BürgerInnen-Räte Vorarlberg sowie an ZARA.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Vorsitzender des Kuratoriums, zeigte sich erfreut, dass mit der Zuerkennung an diese drei PreisträgerInnen der Wert des gesellschaftlichen Engagements betont wird: „Man muss nicht einer Meinung sein, um die Arbeit der jeweils anderen anzuerkennen. Vielfalt und der daraus entstehende Diskurs sind wichtig für die Entwicklung unserer Demokratie!“ Jury-Vorsitzender Manfred Welan betont im Hinblick auf alle drei PreisträgerInnen zudem die nachhaltige Vermittlungs- und Kommunikationsarbeit sowie die Schaffung öffentlichen Bewusstseins für die jeweiligen Themen.



ZARA

Seit 20 Jahren leistet ZARA sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit. Die aufgegriffenen Themen sind wichtig und immer am Puls der Zeit sowie der gesellschaftspolitischen Herausforderungen, wie z. B. die Thematisierung von Hass im Netz. Zudem erfüllt ZARA eine wichtige Beratungs- und Informationsfunktion. Die MitarbeiterInnen arbeiten größtenteils ehrenamtlich.

„Rassismus und Hass im Netz schließen Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe aus. Deswegen setzt sich ZARA seit über 20 Jahren für Vielfalt, ein respektvolles Miteinander und gleichberechtigte Teilhabe ALLER ein. Die Auszeichnung mit dem Demokratiepreis der Margaretha Lupac-Stiftung ist für uns eine außerordentliche Ehre und eine große Motivation für unsere Arbeit. Der Preis führt vor Augen, dass wir alle zu einer demokratischen, gerechten, rassismusfreien Gesellschaft beitragen können.“

INITIATIVGRUPPE BÜRGERINNEN-RÄTE VORARLBERG

Die Vorarlberger BürgerInnen-Räte sind wohl die aktuell innovativste formell festgelegte Möglichkeit direkter Demokratie, die mittlerweile auch in der Vorarlberger Landesverfassung ihren Niederschlag gefunden hat. Schon seit 2006 regelmäßig durchgeführt, handelt es sich um ein sehr inklusives wie auch repräsentatives Verfahren, das nicht auf Parteien bzw. der Zugehörigkeit zu einer von ihnen ausgerichtet ist. In einer diskursiven Meinungsbildung werden umfassende Vorschläge entwickelt. Das Signal, das mit dem Aspekt des direkten

Austausches zwischen den staatlichen Strukturen Vorarlbergs und der Bevölkerung verbunden ist, ist besonders hervorzuheben.

*„Der Margaretha Lupac-Demokratiepreis spornt uns an uns weiterhin sowohl für Bürger*innen-Beteiligung in der Zivilgesellschaft einzusetzen, als auch die Weiterentwicklung von Beteiligung einzufordern. Beteiligung muss in Zukunft wirksamer sein, auf lokaler Ebene und auch in den Ländern und im Bund. Bürgerbeteiligung ist entscheidend, um der Polarisierung und der Demokratiemüdigkeit in unserer Gesellschaft entgegenzutreten und hat enormes Potential für die Demokratieentwicklung in unserem Land. Beides ist weiterhin unsere Motivation.“*

GERTRAUD DIENDORFER

Die Historikerin Gertraud Diendorfer blickt auf jahrzehntelanges erfolgreiches Engagement im Bereich der politischen Bildung und der Demokratiebildung zurück. Sie hat u. a. das Demokratiezentrum Wien mitbegründet und zeichnet maßgeblich für dessen wissenschaftliche und organisatorische Weiterentwicklung verantwortlich. Sie arbeitet zu wichtigen Themen (wie z. B. Demokratiebewusstsein, Genderaspekten und Migration), immer an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und praktischer Umsetzung, vorrangig im Schulbereich.

„Als überzeugte Demokratin freue ich mich ganz besonders über den Demokratiepreis der Margaretha Lupac-Stiftung. Ebenso wie der Namensgeberin ist es auch mir immer ein Anliegen gewesen, mich für die Stärkung von Demokratie einzusetzen. Ich sehe daher diesen Preis



als Bestätigung und Anerkennung meiner langjährigen Arbeit im Bereich Demokratieforschung und Politischer Bildung. Gerade in diesem Feld sind Preise ja eher selten zu finden, weswegen ich dieser Auszeichnung auch einen besonderen Wert zuschreiben kann – herzlichen Dank für die Zuerkennung.“

Mit dem Demokratiepreis 2020 werden so unterschiedliche und doch dem gemeinsamen Ziel der Stärkung der österreichischen Demokratie verpflichtete BürgerInnen ausgezeichnet, die ganz im Sinne Margaretha Lupacs wirken.

Die Ausschreibung zum Wissenschaftspreis 2021 läuft vom 15. Jänner bis zum 30. Juni 2021. Nähere Informationen finden Sie unter www.lupacstiftung.at.



(links) Team Zara

(rechts oben) VertreterInnen der Initiative bei der Übergabe der Unterschriften der ersten Sammelaktion zum Thema Grund und Boden an Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner

(rechts unten) Gertraud Diendorfer

THEMA

Sanierung





Kraftakt und Feinarbeit im Jahr der Krise

Die COVID-19-Pandemie hat 2020 alles Leben dominiert und auch die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes nicht verschont. Trotz zeitweiser Unterbrechung der Arbeiten konnte das Projekt jedoch wesentlich vorangetrieben werden.

Die Jahresbilanz 2020 über das Sanierungsprojekt fällt allen Widrigkeiten zum Trotz unter dem Strich positiv aus. „Obwohl es Störungen durch Corona gegeben hat, haben wir den Großteil der gesetzten Ziele erreicht“, erklärt die Bauaufsicht, die von der Arge Werner Consult & Wendl Ziviltechnik wahrgenommen wird. „Die Fertigstellung und das Finale liegen jedoch noch vor uns.“

Die größte und zugleich spektakulärste Etappe stellte der Einbau der Glaskuppel über dem Plenarsitzungssaal des Nationalrates dar. Sie wird im generalsanierten Parlamentsgebäude einen besonderen architektonischen Akzent setzen und eine völlig neue Raumatmosphäre schaffen. Diese wird künftig nicht wie bisher durch immer gleiches künstliches Licht, sondern durch den Wechsel von Tageslicht und Witterung bestimmt. Die Glaskuppel hat einen Durchmesser von 28 Metern und besteht aus rund 460 Scheiben. Der Transport der Einzelteile und deren Montage waren ein logistischer Kraftakt. (siehe Seite 84 und 85).

Über dem Sitzungssaal des Nationalrates wurde eine Ebene eingezogen. Von hier aus werden sich den Besucherinnen und Besuchern völlig neue Einblicke



in das Herz des Hauses auftun. Die Empore ist verglast, sodass der Sitzungsbetrieb nicht gestört wird. Die Verbindung mit der Glaskuppel verlangte den beteiligten Firmen Präzisionsarbeit ab, die sich im Toleranzbereich von wenigen Millimetern abspielte – eine architektonische, technische und handwerkliche Meisterleistung.

Im Sitzungssaal wurden im vergangenen Jahr die Podeste fertiggestellt, in denen die gesamte Verkabelung und die Zuluftkanäle untergebracht sind. Plangemäß zum Jahresende wurden die Grundplatten verlegt, auf denen der weitere Aufbau erfolgt. Die amphitheaterförmige Konstruktion ist flacher angelegt als im alten Sitzungssaal, es gibt keine Stufen, sondern ausschließlich Rampen – Barrierefreiheit ist eines der zentralen Kriterien für die Generalsanierung.

ROHBAU ABGESCHLOSSEN

Eine ganze Reihe von Detailprojekten konnte abgeschlossen werden, allen voran die baustatisch relevanten Rohbaumaßnahmen. Das betraf etwa die Agora, das neue Besuchsfoyer unter der Säulenhalle. In unmittelbarer Nähe befinden sich vier neue Stiegenhäuser, welche die vertikalen Hauptversorgungsachsen bilden werden. Die Schächte der dazugehörigen Lifte sind nicht betonierte, sondern verglast. Die Fahrt von der Agora hinauf in das Dachgeschoß verspricht ein außergewöhnliches Raumerlebnis.

Im zweiten Untergeschoß wurden die beiden Haustechnikzentralen eingebaut. Von insgesamt acht

Punkten aus wird die Klimatisierung des Hauses erfolgen. Geheizt wird mittels Fernwärme. Die Kühlung erfolgt über Fernkälte, die neu in das Gebäude eingeleitet wurde.

Eine überaus heikle Baumaßnahme geschah unter dem Bundesversammlungssaal, der im ursprünglichen Zustand erhalten ist und unterfangen werden musste. Hier soll ebenso ein neues Sitzungslokal entstehen wie unter dem Nationalratssitzungssaal. Während dieser aber komplett abgetragen wurde und neu aufgesetzt wird, muss unter dem historischen Saal auf den kostbaren Überbau Rücksicht genommen werden.

DACH WIEDER DICHT

Komplett dicht gemacht wurde das Dach mit einer Gesamtfläche von rund 12.000 Quadratmetern. Der bisher brachliegende Dachboden wird im Zuge der Generalsanierung erschlossen. So wird hier der Restaurantbereich angesiedelt sein. Im Rohbau fertiggestellt wurden zwei Multifunktionsräume als eigenständige Baukörper. Die Glaskörper wurden in das historische Dachgeschoß implementiert und sind von der Erde aus nicht zu sehen. Vier ausgelagerte Terrassen, je zwei in Richtung Ringstraße und Reichsratsstraße, komplettieren die neuartige Dachlandschaft.

In weiten Bereichen fertiggestellt wurde der Hohlraumboden. Unter diesem wurden die medienführenden Leitungen der Haustechnik – Heizung, Kühlung, Lüftung, Elektroinstallation – untergebracht, da die historischen Decken und Wände keine Einbauten erlauben. Auf dem Boden werden die



neuen Bodenbeläge (Parkett, Stein, Teppich) sowie die originalen Terrazzoplatten verlegt. Diese waren zu Beginn der Bauarbeiten Stück für Stück herausgelöst, nummeriert, gereinigt und notfalls instandgesetzt worden. Jede Platte kehrt exakt an jenen Platz zurück, an dem sie seinerzeit verlegt worden ist – eine diffizile Puzzlearbeit. Rund 11.000 Quadratmeter Parkettboden wurden bzw. werden verlegt und tragen zum noblen Charakter des Hauses bei.

KUNSTFERTIG UND PENIBEL

Ein eigenständiges, überaus personalintensives Detailprojekt sind die Restaurierungsarbeiten. Bis zu 80 RestauratorInnen sind in enger Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt am Werk. Die verschiedenen Oberflächen – Stuccolustro, Stein, Holz, Metall, Glas – erfordern jeweils SpezialistInnen. Deren kunstfertige, penible Arbeit besteht darin, Schäden zu beheben, Verunreinigungen zu beseitigen und den ursprünglichen Zustand so gut wie möglich wiederherzustellen.

Als Prämisse gilt, die historische Substanz nicht auf Hochglanz zu bringen, sondern deren Patina zu erhalten. Es darf dem Haus auch nach der Generalsanierung und Modernisierung durchaus angesehen werden, dass es vor rund 140 Jahren erbaut worden ist und in seiner genialen Konzeption wie seiner detailreichen künstlerischen Ausgestaltung von zeitloser Qualität ist. Das darf als Reverenz an Theophil Hansen, den Planer des Parlamentsgebäudes, verstanden werden.

Um die Arbeitswege für die Fenstersanierung kurz zu halten, wurde im zukünftigen Ausschusslokal II

unter dem historischen Sitzungssaal eine provisorische Feldwerkstätte eingerichtet. Tischler, Glaser und Maler nahmen sich hier der rund 740 Fenster an. Diese wurden ausgeglast, überarbeitet, mit patiniertem Leinöl gestrichen, getrocknet und wieder verglast. Die Flügel werden nach Sanierung der Fensterstöcke wieder eingehängt. Die rund 1.400 Türen wurden in verschiedenen Tischlereibetrieben saniert.

Ebenfalls extern wurden Luster und Leuchten gereinigt, falls nötig restauriert und neu verkabelt. Stück für Stück werden sie montiert, in der Beletage ist das bereits zur Gänze geschehen. Um Energiekosten deutlich zu senken, wird im gesamten Haus LED-Beleuchtung installiert. Ein zentraler Aspekt der Generalsanierung ist, bei Ausweitung der Nutzfläche den Energieeinsatz deutlich zu reduzieren.

Im Juli 2014 beschloss der Nationalrat einstimmig die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes. Dabei wurde eine Kostenobergrenze von 352,2 Millionen Euro gesetzlich festgelegt. Damals wurde angesichts des frühen Planungsstadiums darauf hingewiesen, dass es einen 20-prozentigen Kostenpuffer brauche. Dieser wurde jetzt unter dem Eindruck der COVID-19-Pandemie und im Hinblick auf weitere unvorhersehbare Ereignisse in das Gesetz aufgenommen. Das Kostenlimit für Ausweichquartier und Übersiedlung in Höhe von 51,4 Millionen Euro wurde vorsichtshalber in gleicher Weise ausgeweitet. Zieltermin für den Abschluss der Sanierungsarbeiten und für die Übergabe des Hauses an die Parlamentsdirektion ist 2022.

Tonnenschwere Eleganz krönt den neuen Saal

Über den Sitzungssaal des Nationalrates spannt sich eine imposante Kuppel, in der viel technisches Know-how steckt und die mehr als nur ein Dach ist. Der Transport riesiger Einzelteile und deren Montage stellte eine besondere logistische Herausforderung dar.

Der Sitzungssaal des Nationalrates steht im Zentrum der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes. Er wird komplett neu aufgebaut und erhält quasi als Krone eine besondere architektonische Note aufgesetzt: Über den Saal spannt sich eine Glaskuppel, die im vergangenen Jahr fertiggestellt wurde. 28 Meter Durchmesser, knapp vier Meter Höhe, rund 560 Quadratmeter Fläche – das sind die Eckdaten dieser imposanten Konstruktion.

Geplant und umgesetzt wurde die Kuppel von der Roschmann Group in Gersthofen bei Augsburg/Deutschland. Das Unternehmen mit seinen rund 300 MitarbeiterInnen kann auf eine langjährige Erfahrung im Bau von gläsernen Fassaden und Dächern verweisen und zählt zu den weltweit führenden Betrieben in diesem Bereich. Zweite Kernkompetenz von Roschmann ist die Isolierglasproduktion.

MARKANTER AKZENT

„Turning vision into reality“, lautet das Motto des Unternehmens, das nach eigener Angabe auf technisch versierte Dach- und Fassadenkonstruktionen mit Alleinstellungsmerkmal spezialisiert ist. Anspruch und Versprechen von Roschmann ist, individuelle Wünsche von Architekten und Ingenieuren konsequent und maßgeschneidert umzusetzen. Im konkreten Fall ging es um den Entwurf des Architekturbüros Jabornegg & Pálffy in Wien.

Dieser sieht vor, dass über dem Sitzungssaal ein markanter Akzent gesetzt wird. Die Zwischendecke wurde entfernt und durch das Glasdach ersetzt. Dadurch wird der Blick in den Himmel freigegeben, können im Saal Tagesverlauf und Witterung wahrgenommen werden. Der Sichtbezug nach außen wird für eine angenehme Atmosphäre sorgen und dem Raum einen hellen, modernen Charakter verleihen. Zugleich kommt der Glaskuppel Symbolik zu: Sie steht für eine weitere Öffnung des Hauses

im Zuge der Generalsanierung und grundsätzlich für Transparenz als zentrales Wesensmerkmal von Parlamentarismus.

Die Liste der Referenzprojekte der Firma Roschmann ist lang und illustert, sie reicht vom Sitz des Internationalen Olympischen Komitees in Lausanne über die Eingangsfassade des Louvre in Paris, den Bundestag in Berlin, die Europäische Zentralbank in Frankfurt, die Cité du Design in Saint-Étienne, das Verwaltungsgebäude von Hugo Boss nahe Stuttgart, den Flughafen in Málaga bis hin zur Duke University in Durham/USA, das Nationalmuseum in Oslo oder das Augsburger Fußballstadion.

AUSSERGEWÖHNLICHES PROJEKT

„Wir realisieren sehr oft besondere Projekte und sind spezialisiert auf maßgeschneiderte Gebäudehüllen“, sagt Vertriebsleiter Hans-Peter Scheffner. Dennoch sei das ein besonderes Projekt gewesen: „Ein Dach über einem Parlament baut man nicht jeden Tag. Auch nicht in dieser Konstruktionsart und auch nicht mit diesen außergewöhnlichen Gläsern.“

Dabei handelt es sich um eine sogenannte elektrochrome Verglasung. Gemeint ist damit die Fähigkeit von Molekülen und Kristallen, ihre optischen Eigenschaften durch ein elektrisches Feld bzw. einen Stromfluss zu verändern. Anders gesagt: Mittels Knopfdruck kann man die Sonne eindringen lassen oder aussperren. Deshalb wird von schaltbarem Glas gesprochen. Durch das Anlegen einer geringen Stromspannung wird das elektrochrome Glas aktiviert, der Licht- und Energiedurchlass kann variabel gesteuert werden. Auf diese Weise kann auf die Witterung reagiert werden, sodass im Saal große Temperaturschwankungen vermieden werden. Die Hitze eines Sommertages kann ausgeschlossen, die Sonnenwärme an einem Wintertag hereingelassen werden.



STEUERBAR UND BEGEHBAR

Das Glasdach besteht aus rund 460 Dreifach-Isolierglasscheiben. Die obere Schicht enthält die schaltbaren Elemente, deren Steuerung prinzipiell durch Tageslichtsensoren oder über die Saaltechnik erfolgt. Die Steuerung erfolgt träge und reagiert nicht sofort auf einzelne Wolkenfelder, die sich vorübergehend vor die Sonne schieben. Die Lichtdurchlässigkeit kann von etwa 46 Prozent (normal) auf minimal neun Prozent (voll gedimmt) abgedunkelt werden. Die Abdunkelung dauert rund 20 Minuten und wird somit kaum wahrgenommen. Integrierte Verbundsicherheitsgläser lassen ein Begehen des Dachs für Reinigungs- oder Wartungsarbeiten zu.

Die Glasebene mit einem Gewicht von 60 Tonnen stellte eine konstruktive Herausforderung an die Stahl- und Gitternetzstruktur dar. Diese wiegt rund 120 Tonnen und ist mit einer Kombination aus Schweiß- und Schraubverbindungen zusammengefügt. Um die beiden filigranen Tragstrukturen zu verbinden, mussten enge Fertigungs- und Montagetoleranzen eingehalten werden.

Alles in allem flossen rund 14.000 Arbeitsstunden bei Roschmann in Planung, Fertigung und Montage. Die einzelnen Elemente wurden im Werk in transportablen Bauteilgrößen vorgefertigt. Bewährte Devise dabei: Umso größer die Elemente, umso weniger Arbeit auf der Baustelle beim Zusammensetzen der Teile.

KRAFTAKT IM BLINDFLUG

Bereits im Herbst 2019 waren vier Stahldruckringe montiert worden, die das Fundament für die Kuppel bilden und in welche die Kräfte der Gitternetzschale

abgeleitet werden. Diese Unterkonstruktion wurde von Urbas Stahl- und Anlagenbau in Ruden in Kärnten gefertigt. Einen besonderen Kraftakt hatte die Firma Felbermayr aus Wels im Sinne des Worts zu stemmen. Sie transportierte die Ungetüme über rund 300 Kilometer nach Wien und hievte sie auf das Dach – eine logistische Meisterleistung.

43 Tonnen wiegt der schwerste der vier Ringe. Aber nicht nur das Gewicht, sondern vor allem auch die Länge von bis zu 32 Metern war herausfordernd. „Als Transportfahrzeuge kamen fünfschichtige Tieflader zum Einsatz“, berichtet Jan Kürner von der Felbermayr-Projektabteilung. Um Verkehrsbehinderungen tunlichst zu vermeiden und weil rund um das Parlamentsgebäude kein Lagerplatz zur Verfügung stand, mussten die Elemente in der Nacht herangekarrt werden. Die Chauffeure wurden per Funk gelotst.

Allein für den Aufbau des Krans waren an die 60 Lkw-Transporte nötig. In dem beengten Umfeld erforderte die Aufrüstung des Krans mit dem mehr als 100 Meter langen Hauptausleger höchste Präzisionsarbeit. Im Vergleich dazu war die eigentliche Kranarbeit laut dem Projektleiter Routine. Da der Kranfahrer in solchen Fällen keinen Sichtkontakt zum Hebegut hat, wird er von Kollegen dirigiert.

„Wesentlichen Anteil am Gelingen des Hubs hatten die Kommandos der Einweiser auf dem Dach“, berichtet Kürner. Diesen müsse der Kranfahrer buchstäblich blind vertrauen können. Nach rund zwei Stunden war der erste Druckring an seinem Platz. In weiteren drei Nachtschichten wurden die übrigen drei Komponenten korrekt eingehoben.

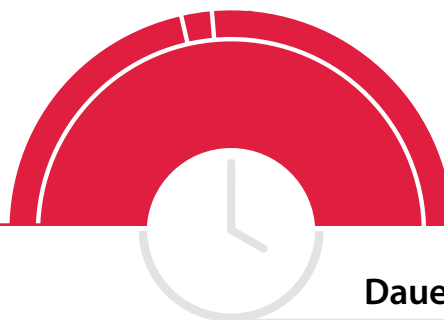
Die Arbeit des Nationalrates im Jahr 2020

Anzahl der Plenarsitzungen: **68**

Sitzungen mit Tagesordnung: **29**

Sondersitzungen: **3**

Zuweisungssitzungen: **36**



Dauer (hh:mm):

323:29

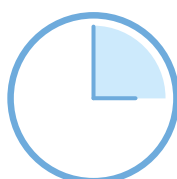
FRAGESTUNDEN UND AKTUELLE STUNDEN:



Aktuelle Stunden: **8**



Aktuelle Europa-
stunden: **4**



Fragestunden: **3**

Aufgerufene Münd-
liche Anfragen: **39**

Mündliche Zusatz-
fragen: **39**

Anzahl der
Debatten:

355

Dringliche Debatten: **10**

Dringliche Anfragen: **5**

Dringliche Anträge: **5**

Kurze Debatten: **6**

Anzahl der Steno-
graphischen Protokolle:

122

Schriftliche Anfragen an
die Bundesregierung:

4.328



Seiten: **11.092**

Anzahl der Ausschusssitzungen: **237**

Dauer (hh:mm): **723:04**

Untersuchungs-
ausschuss: **27**

Fach-
ausschüsse: **191**

Unter-
ausschüsse: **3**

Ständige Unter-
ausschüsse: **16**

BESCHLÜSSE:

● Einstimmig ● Stimmenmehrheit

Gesetzesbeschlüsse: **179**

77 (43 %)

102

Staatsverträge und Vereinbarungen: **20**

18 (90 %) **2**

Kenntnisnahmen Plenum: Berichte Bundesregierung, Rechnungshof, Volksanwaltschaft: **37**

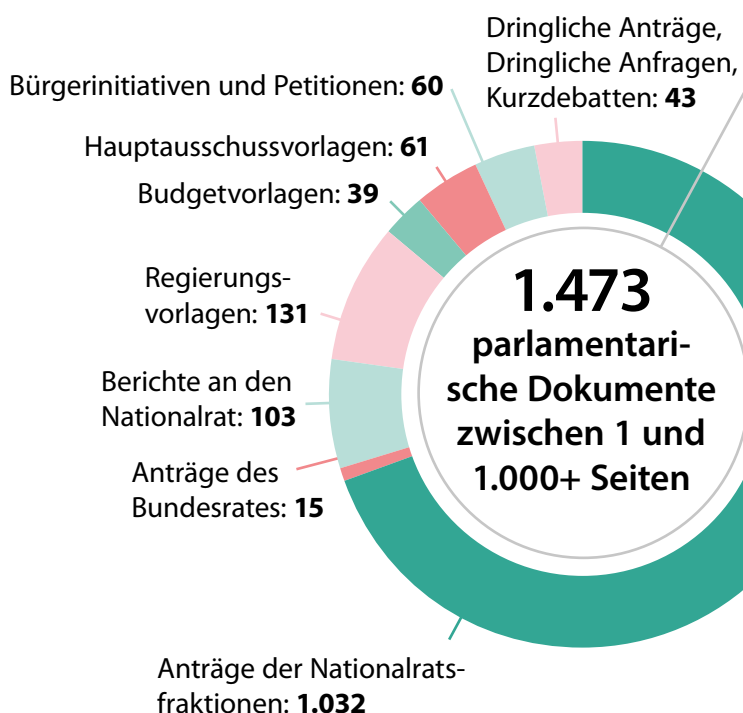
34 (91,9 %)

3

Entschlüsse: **126**

70 (55,6 %)

56



Vom Pressedienst für die Öffentlichkeit verständlich aufbereitet

5,9

Aussendungen der Parlamentskorrespondenz pro Arbeitstag



Nationalrat 2020 in Zahlen

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN IN 2020 (XXVII. GESETZGEBUNGSPERIODE)								
gerichtet an	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS	OK	Gemeinsam	Gesamt
Arbeit, Familie und Jugend	-	66	175	4	63	-	-	308
Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	-	11	15	-	5	-	-	31
Bildung, Wissenschaft und Forschung	-	69	97	1	84	-	-	251
Bundeskanzleramt	-	73	104	-	86	-	-	263
Büro der Bundesministerin/ des Bundesministers im Bundeskanzleramt	-	-	-	-	1	-	-	1
Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	-	55	63	2	76	-	-	196
EU und Verfassung	-	31	22	1	27	-	-	81
Europa, Integration und Äußeres	-	6	1	-	1	-	-	8
Europäische und internationale Angelegenheiten	-	30	63	2	47	-	-	142
Finanzen	-	114	98	6	98	-	-	316
Frauen und Integration	-	38	34	-	24	-	-	96
Inneres	1	159	314	21	143	-	-	638
Justiz	3	77	208	4	113	-	-	405
Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	5	57	154	1	72	-	-	289
Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport	-	38	75	-	35	-	-	148
Landesverteidigung	-	50	86	3	131	-	-	270
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	-	55	102	1	54	-	-	212
Nachhaltigkeit und Tourismus	-	9	11	-	4	-	-	24
Öffentlichen Dienst und Sport	-	3	1	-	-	-	-	4
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz	1	117	329	2	158	-	-	607
Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	-	8	7	-	8	-	-	23
Verkehr, Innovation und Technologie	-	9	4	-	2	-	-	15
Präsident des Nationalrates	-	11	10	-	4	-	-	25
Rechnungshof	-	2	1	-	1	-	-	4
Außenpolitischer Ausschuss	-	-	1	-	-	-	-	1
Finanzausschuss	-	1	-	-	-	-	-	1
	10	1.089	1.975	48	1.237	-	-	4.359

TÄTIGKEIT DES NATIONALRATES IN 2020

	Anzahl	hh:mm
PLENARSITZUNGEN	68	323:29
davon Sitzungen mit Tagesordnung	29	310:20
davon Sondersitzungen	3	9:53
davon Zuweisungssitzungen	36	3:16

VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN

		Abstimmung			
		Einstimmig		Stimmenmehrheit	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Gesetze	179	77	43%	102	57%
davon B-VG bzw. Bundesverfassungsgesetze	1	-	-	1	100%
davon einfache Bundesgesetze mit Verfassungsbestimmungen	8	6	75%	2	25%
Staatsverträge	20	18	90%	2	10%
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	-	-	-	-	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	12	9	75%	3	25%
davon zu EU-Themen	-	-	-	-	-
Berichte der Volksanwaltschaft	1	1	100%	-	-
Berichte des Rechnungshofes	24	24	100%	-	-
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	-	-	-	-	-
Anträge der Bundesregierung gemäß Art. 49b B-VG	-	-	-	-	-
Initiativen/Beschlüsse des Europ. Rates od. des Rates	-	-	-	-	-
EntschlieBungen	126	70	55,6%	56	44,4%

VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	63	48	76,2%	15	23,8%
---	----	----	-------	----	-------

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN

Schriftliche Anfragen an Mitglieder d. BReg.	4328
davon Dringliche	5
Schriftliche Anfragen an	
Präsident des Nationalrates	25
Präsidentin des Rechnungshofes	4
Ausschussobleute	2
Fragestunden	3
Aufgerufene mündliche Anfragen	39
Mündliche Zusatzfragen	39
Aktuelle Stunden	8
Aktuelle Europastunden	4
Ausschusssitzungen	237
davon Untersuchungsausschüsse	27
davon Fachausschüsse	191
davon Unterausschüsse	3
davon Ständige Unterausschüsse	16
Sitzungen von Enquete-Kommissionen	-
Enqueten	-
Sitzungen der Präsidialkonferenz	33

DRINGLICHE ANFRAGEN, DRINGLICHE ANTRÄGE, PETITIONEN UND BÜRGERINITIATIVEN 2020

Dringliche Anfragen	5
davon ÖVP	-
davon SPÖ	1
davon FPÖ	2
davon GRÜNE	-
davon NEOS	2
Dringliche Anträge	5
davon ÖVP	-
davon SPÖ	3
davon FPÖ	1
davon GRÜNE	-
davon NEOS	1
eingelangte Petitionen	47
eingelangte Bürgerinitiativen	13

Service und Information

Angebote des Parlaments

Hier finden Sie unser reguläres Angebot. Dieses kann sich aufgrund der COVID-19-Pandemie kurzfristig ändern.

INFOTEAM

Suchen Sie nach Informationen zum parlamentarischen Geschehen, zum Gesetzgebungsprozess, den parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten oder zu einzelnen MandatarInnen? Das Infoteam hilft bei Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie.

 +43 1 401 10-11

 info@parlament.gv.at

 Mo-Fr: 9:00–15:00 Uhr

FÜHRUNGEN

Das österreichische Parlament bietet kostenlos öffentliche Führungen in deutscher und englischer Sprache an. Für die Führungen benötigen Sie jeweils ein Ticket, das Sie in den Infopoints bzw. am Haupteingang Josefsplatz erhalten.

Führungen am Josefsplatz

Angeboten werden drei Führungsformate:

- Hofburg
- Parlamentarismus und Frauen und
- Kunst im Parlament.

Für Gruppen ist eine Anmeldung notwendig. Aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Homepage www.parlament.gv.at unter Gebäude und Führungen.

Führungen im Palais Epstein

Samstags werden jeweils um 10:30 Uhr und um 13:30 Uhr öffentliche Führungen durch die Repräsentationsräume des Palais Epstein angeboten. Tickets erhalten Sie am Infopoint Bau.Stelle, wo die Führung startet.

Führungen am Heldenplatz

Die Führung Demokratie.Macht.Orte hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich umfassend zu erläutern. Ebenso werden Führungen durch die aktuellen Ausstellungen am Heldenplatz angeboten. Tickets erhalten Sie am Infopoint Platz.Mit.Bestimmung am Heldenplatz, dem Startpunkt der Führungen.

Anmeldung und Information zu den Führungen:

 +43 1 401 10-2400

 besucherservice@parlament.gv.at

VERANSTALTUNGEN

Das Parlament ist regelmäßig Schauplatz von Veranstaltungen. Der Bogen reicht von Präsentationen über Vorträge und Konferenzen bis hin zu Kulturterminen. Informationen zu öffentlichen Veranstaltungen und zur Online-Anmeldung finden Sie unter www.parlament.gv.at/veranstaltungen.

Überdies finden Sie auf der Website des Parlaments eine Nachschau auf vergangene Veranstaltungen inklusive Links zu ausführlicher Berichterstattung, Begleitpublikationen, Fotos und Aufzeichnungen von Veranstaltungen als Videos-On-Demand. Erstmals steht auch der Tag der Offenen Tür 2020 als virtuelles Angebot zur Verfügung. Für Interessierte gibt es zudem die Möglichkeit, sich zu einem Einladungsabo für Veranstaltungen zu ausgewählten Themenkategorien anzumelden.

Ausstellungsort Heldenplatz

Am Heldenplatz bespielt das Parlament eine frei zugängliche Ausstellungsfläche mit wechselnden künstlerischen Installationen zu historischen und aktuellen Themen mit Parlamentsbezug.

DEMOKRATIEWEBSTATT

Die Kinderinternetseite DemokratieWEBstatt bietet Kindern und Jugendlichen ab acht Jahren altersgerechte Informationen über die Aufgaben und Abläufe im Hohen Haus. Regelmäßig werden Chats mit Politikerinnen und Politikern angeboten. Schulklassen aus ganz Österreich haben hier die Möglichkeit, im Chat Fragen direkt an die Abgeordneten zu richten.

 +43 1 401 10-2246

 www.demokratiewebstatt.at

 info.demokratiewebstatt@parlament.gv.at

KINDER, JUGENDLICHE UND LEHRLINGE

Demokratiewerkstatt

Kinder und Jugendliche lernen in interaktiven Workshops, wie Demokratie funktioniert und welche Rolle das Parlament dabei hat. Die jeweiligen Themen und Inhalte im Angebot der politischen Bildung sind altersgemäß für 8- bis 15-Jährige aufbereitet und werden in Form eines Film-, Radio- oder Zeitungsbeitrags erarbeitet. Dieser kann danach auf der Kinderinternetseite des Parlaments (DemokratieWEBstatt) abgerufen werden.

 +43 1 401 10-2930

 Pavillon Ring, Heldenplatz 10, 1010 Wien

Vom Klassenzimmer aus ist auch der Besuch eines Onlineworkshops möglich.

Die virtuelle Demokratiewerkstatt kann per Mausclick besucht werden:

 <https://www.demokratiewebstatt.at/demokratiewerkstatt/demokratiewerkstatt-virtuell>

 demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

 www.demokratiewebstatt.at

 www.facebook.com/demokratiewebstatt

Führungen für Jugendliche und Lehrlinge

Für Jugendliche ab zwölf sowie für Lehrlinge werden spezielle altersgerechte Führungen durch Räume des Parlaments in der Hofburg angeboten.

 +43 1 401 10-2400

 besucherservice@parlament.gv.at

Demokratie in Bewegung

Unter dem Titel Demokratie in Bewegung bietet das Parlament in Kooperation mit dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum zwei Workshops für SchülerInnen und Lehrlinge am jeweiligen Schulstandort an. Das Modul Bildung gegen Vorurteile behandelt das Thema Antisemitismus, das Modul Das Parlament kommt zu dir erklärt die Themen Demokratie und Parlamentarismus.

Termine buchen:

 +43 1 545 25 51-42

 termine_1@oegwm.ac.at

 www.demokratie-in-bewegung.at

BESUCH VON PLENARSITZUNGEN

Die Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates sind grundsätzlich öffentlich zugänglich. Für den Zutritt zum Gebäude benötigt man einen gültigen Lichtbildausweis. Für Einzelpersonen sind im Normalfall Sitzplätze vorhanden. Für Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung notwendig.

Anmeldung und Information:

 +43 1 401 10-2400

 besucherservice@parlament.gv.at

INFOPOINTS

Die Infopoints bieten den BesucherInnen des DemokratieQuartiers ein umfassendes Informationsangebot rund um Parlamentsführungen, die Sanierung des Parlamentsgebäudes, Demokratie und Parlamentarismus. Der Infopoint Bau.Stelle befindet sich vor dem historischen Parlamentsgebäude am Ring, den Infopoint Platz.Mit.Bestimmung finden Sie im Erdgeschoss des Pavillon Burg am Heldenplatz. Ein weiterer Infopoint wurde am Haupteingang Josefsplatz in der Hofburg eingerichtet. In jedem Infopoint werden in einem Shopbereich Geschenkartikel mit Parlamentsbezug und Literatur zu Parlamentarismus und Demokratie angeboten.

 +43 1 401 10-2006

 shop@parlament.gv.at

 Mo–Sa: 10:00–17:00 Uhr

PUBLIKATIONEN

Das österreichische Parlament veröffentlicht jährlich zwischen 30 und 40 Printprodukte, darunter Verlagskooperationen, Reports, Publikationen zu thematischen Schwerpunkten und Veranstaltungen oder Informationsfolder. In unseren Shops bzw. online können Sie viele dieser Publikationen entdecken, einzelne Produkte sind auch unter *print@parlament.gv.at* bestellbar.

✉ print@parlament.gv.at

PRESSEDIENTST

Der Pressedienst informiert via APA-OTS, auf www.parlament.gv.at und in den sozialen Medien über das aktuelle parlamentarische Geschehen und ist die Servicestelle für MedienvertreterInnen.

☎ +43 1 401 10-2272

✉ pressedienst@parlament.gv.at

Parlamentsskorrespondenz

In den Meldungen der Parlamentsskorrespondenz sind die parlamentarischen Diskussionen und Veranstaltungen kompakt zusammengefasst – ein unabhängiger und sachkundiger Wegweiser durch den Gesetzgebungsprozess. Mit einem kostenlosen E-Mail-Abonnement erhalten Sie die Aussendungen direkt.

Medienservice

Der Pressedienst ist Ansprechpartner für MedienvertreterInnen, die im Parlament recherchieren, fotografieren oder filmen möchten. Die Abteilung wickelt die Medienanfragen für die Parlamentsdirektion ab und betreut MedienvertreterInnen bei öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen.

Social Media

Der Pressedienst ist auch die Social-Media-Redaktion für Facebook, Twitter, Instagram und Youtube. Videoproduktionen ergänzen das Informationsangebot.



PARLAMENTSbibliothek UND PARLAMENTSARCHIV IM PALAIS EPSTEIN

Als Forschungs- und Informationszentrum für Demokratie, Parlamentarismus, Politik und Recht bietet die Parlamentsbibliothek mehr als 370.000 Bücher und 43.000 Aufsätze, rund 260 aktuelle Fachzeitschriften und Zeitungen sowie zahlreiche Onlinedatenbanken. Der Bibliothek ist das Parlamentsarchiv angeschlossen, das die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften ab 1861 umfasst.

Kontakt und Information:

🕒 Mo–Fr: 8:00–16:00 Uhr

Beachten Sie bitte, dass für den Zutritt die Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises notwendig ist!

☎ +43 1 401 10-2285

✉ bibliothek@parlament.gv.at

Onlinesuchportal:

🌐 bibliothek.parlament.gv.at

🌐 www.parlament.gv.at/bibliothek

🌐 www.parlament.gv.at/archiv

Bildnachweise

© **Parlamentsdirektion/Michael Buchner:** S. 60/61, 77 (7), 84/85, 86, 87, 89

© **Parlamentsdirektion/Peter Fodora:** S. 72

© **Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen:** S. 32/33, 39 (oben), 40, 42/43, 44, 55, 56, 66, 67, 78 (10),

© **Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS:** S. 14-15

© **Parlamentsdirektion/Thomas Topf:** S. 2/3, 19, 23 (oben), 24/25, 27 (unten), 28, 35, 48, 51 (unten), 57, 70 (1), 77 (5, 6), 78 (8), 81

© **Parlamentsdirektion/VOGL-Perspektive (www.vogl-perspektive.at):** S. 76 (1, 3, 4)

© **Parlamentsdirektion/Johannes Zinner:** S. 6, 9, 11, 12, 20, 23 (unten), 27 (oben), 33 (oben), 38, 39 (unten), 41, 52/53, 58, 62/63, 68, 69, 70 (2), 71, 73, 74, 76 (2), 78 (9, 11, 12), 79, 98/99

© **Knie:** S. 14 (unten)

© **Larissa Pollak/Büro Parlamentarischen Bundesheerkommission:** S. 51 (oben)

© **Lisa Praeg:** S. 83 (oben)

© **Volksanwaltschaft/Photo Simonis:** S. 47

© **Foto WILKE:** S. 83 (unten)

© **Johannes Zinner:** S. 82

Cover

© **Parlamentsdirektion/Johannes Zinner**

Statistiken und Infografiken

© **Parlamentsdirektion/Pia Wiesböck:** S. 28/29, 31, 45, 64/65, 90/91, 92/93

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: Victoria Anna Kadernoschka, Andreas Pittler, Susanne Roth

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Dieter Weisser, Pia Wiesböck

Korrektur: Aida Besirevic, Gerlinde Steininger

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Februar 2021

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.



1945
75. Jahrestag der konstituierenden Sitzungen
von Nationalrat und Bundesrat
am 19. Dezember 1945

2020
Die Wiedererrichtung von parlamentarischer
Demokratie und Bundesverfassung in Österreich

ALEXANDER
VAN DER BELLEN
Bundespräsident







@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



OeParl



www.parlament.gv.at

